



XVI. Legislaturperiode

XVI legislatura

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 8

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE

N. 8

.....
vom 14.03.2019

.....
del 14/03/2019

Präsident
Vizepräsidentin
Vizepräsident

Josef Nogger
Rita Mattei
Manfred Vallazza

Presidente
Vicepresidente
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 8

vom 14.03.2019

Inhaltsverzeichnis

Beschlussantrag Nr. 53/19 vom 15.2.2019, eingebracht von den Abgeordneten Köllensperger, Rieder, Ploner A., Ploner F., Unterholzner und Faistnauer, betreffend Landesverzeichnis der Hauspflegekräfte.Seite 4

Beschlussantrag Nr. 44/19 vom 5.2.2019, eingebracht vom Abgeordneten Repetto, betreffend Fahrten zum Konzentrationslager Mauthausen fördern. (Fortsetzung) Seite 13 +32

Beschlussantrag Nr. 52/19 vom 14.2.2019, eingebracht vom Abgeordneten Nicolini, betreffend die Ausdehnung der im Beschluss Nr. 886/2016 vorgesehenen Richtlinien für die Gewährung von Förderungen für Tätigkeiten und Investitionen im kulturellen und künstlerischen Bereich auf die italienische Sprachgruppe und

Beschlussantrag Nr. 54/19 vom 19.2.2019, eingebracht von den Abgeordneten Köllensperger, Ploner A., Ploner F., Unterholzner, Rieder und Faistnauer, betreffend die Vereinheitlichung der Richtlinien für die Gewährung von Förderungen für Tätigkeiten und Investitionen im kulturellen und künstlerischen Bereich. Seite 17

Beschlussantrag Nr. 57/19 vom 25.2.2019, eingebracht von den Abgeordneten Unterholzner, Faistnauer, Köllensperger, Ploner A., Ploner F. und Rieder, betreffend doppelten Bonus für Stromautos.Seite 26

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE

N. 8

del 14/03/2019

Indice

Mozione n. 53/19 del 15/2/2019, presentata dai consiglieri Köllensperger, Rieder, Ploner A., Ploner F., Unterholzner e Faistnauer, riguardante registro provinciale delle/degli assistenti familiari. pag. 4

Mozione n. 44/19 del 5/2/2019, presentata dal consigliere Repetto, riguardante promuovere dei viaggi al campo di concentramento di Mauthausen. (continuazione) pag. 13+32

Mozione n. 52/19 del 14/2/2019, presentata dal consigliere Nicolini, riguardante equiparazione dei criteri per la concessione di vantaggi economici per attività ed investimenti culturali ed artistici – estensione dei criteri previsti nella delibera 886/2016 al gruppo linguistico italiano e

Mozione n. 54/19 del 19/2/2019, presentata dai consiglieri Köllensperger, Ploner A., Ploner F., Unterholzner, Rieder e Faistnauer, riguardante parificazione dei criteri per la concessione di vantaggi economici per attività ed investimenti culturali e artistici. pag. 17

Mozione n. 57/19 del 25/2/2019, presentata dai consiglieri Unterholzner, Köllensperger, Faistnauer, Ploner A., Ploner F. e Rieder, riguardante doppio bonus per veicoli elettrici. pag. 26

Beschlussantrag Nr. 10/18 vom 11.12.2018, eingebracht von den Abgeordneten Foppa, Dello Sbarba und Staffler, betreffend ökologisch nachhaltig mit Stroh: der Bau innovativer, widerstandsfähiger, umweltfreundlicher und komfortabler Häuser soll unterstützt werden.Seite 36

Beschlussantrag Nr. 8/18 vom 3.12.2018, eingebracht von der Abgeordneten Mair betreffend: Altersarmut bekämpfen.Seite 42

Beschlussantrag Nr. 9/18 vom 11.12.2018, eingebracht von den Abgeordneten Amhof und Tauber, betreffend Brixen Süd – Ein- und Ausfahrt.Seite 51

Beschlussantrag Nr. 15/18 vom 13.12.2018, eingebracht von den Abgeordneten Amhof und Tauber, betreffend LKW-Fahrverbot auf der SS12.Seite 55

Mozione n. 10/18 dell'11/12/2018, presentata dai consiglieri Foppa, Dello Sbarba e Staffler, riguardante edilizia ecosostenibile con la paglia: sostenere case innovative, resistenti e di grande comfort abitativo. pag. 36

Mozione n. 8/18 del 3/12/2018, presentata dalla consigliera Ulli Mair, riguardante: combattiamo la povertà in età avanzata. pag. 43

Mozione n. 9/18 dell'11/12/2018, presentata dai consiglieri Amhof e Tauber: Bressanone sud – svincolo autostradale in entrata e in uscita. pag. 51

Mozione n. 15/18 del 13/12/2018, presentata dai consiglieri Amhof e Tauber, riguardante divieto di transito per i mezzi pesanti sulla SS12. pag. 55

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Josef Noggler

Ore 10.05 Uhr

Namensaufruf - appello nominale

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet. Laut Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung wird das Protokoll der jeweils letzten Landtagssitzung allen Abgeordneten in Papierform zur Verfügung gestellt.

Zum Protokoll können bis Sitzungsende beim Präsidium schriftlich Einwände vorgebracht werden. Sofern keine Einwände nach den genannten Modalitäten erhoben werden, gilt das Protokoll ohne Abstimmung als genehmigt.

Kopien des Protokolls stehen bei den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen, die mit der Abfassung des Protokolls betraut sind, zur Verfügung.

Wir fahren mit der Behandlung der Tagesordnungspunkte, die in die der Opposition zustehenden Zeit fallen, fort. Tagesordnungspunkt 11, Beschlussantrag Nr. 52/19.

Abgeordneter Köllensperger, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten, bitte.

KÖLLENSPERGER (Team Köllensperger): Zum Fortgang der Arbeiten! Wir haben einen Beschlussantrag eingebracht, der praktisch identisch ist mit diesem hier, und ich ersuche Kollegen Nicolini deshalb um eine gemeinsame Behandlung mit unserem Beschlussantrag Nr. 54/19. Danke schön!

PRÄSIDENT: Abgeordneter Nicolini, sind Sie mit der gemeinsamen Behandlung der Beschlussanträge einverstanden?

NICOLINI (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Sì, siamo d'accordo!

PRÄSIDENT: In Ordnung. Wir müssen Beschlussantrag Nr. 54/19 noch verteilen. Deshalb fahren wir mit dem nächsten Tagesordnungspunkt fort.

Abgeordneter Repetto, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten, bitte.

REPETTO (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten): Sull'ordine dei lavori. Io ho emendato la mozione di ieri sera.

PRÄSIDENT: Facciamo dopo.

Punkt 12 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 53/19 vom 15.2.2019, eingebracht von den Abgeordneten Köllensperger, Rieder, Ploner A., Ploner F., Unterholzner und Faistnauer, betreffend Landesverzeichnis der Hauspflegekräfte.**"

Punto 12) dell'ordine del giorno: "**Mozione n. 53/19 del 15/2/2019, presentata dai consiglieri Köllensperger, Rieder, Ploner A., Ploner F., Unterholzner e Faistnauer, riguardante registro provinciale delle/degli assistenti familiari.**"

Landesverzeichnis der Hauspflegekräfte

Die Südtiroler Bevölkerung wird im Durchschnitt immer älter. Dieser demografische Trend bringt verschiedene Probleme mit sich, u. a. die damit zusammenhängende Zunahme der Ansuchen um Pflegegeld an das Land. In Zukunft wird es nötig sein, für jene, die Pflegefälle betreuen, also für die Hauspflegekräfte, eine Vorsorge- und Fürsorgeversicherung vorzusehen, zumal sie aufgrund ihrer zeitintensiven Tätigkeit und der damit verbundenen starken Arbeitsbelastung einem erhöhten psychischen und physischen Druck ausgesetzt sind. Das würde zudem zu einer Legalisierung der Arbeitsverhältnisse in einem Bereich – jenem der Hauspflege in der Familie – beitragen, der durch niedrige Löhne und eine mangelnde Einhaltung der Gesetzesbestimmungen gekennzeichnet ist.

Da in Zukunft außerdem die Familien immer weniger die Möglichkeit haben werden, pflegebedürftige Angehörige selbst zu betreuen und es folglich eine zunehmend höhere Anzahl an Hauspflegekräften geben wird, die nicht zur Familie gehören, ist es erforderlich, Angebot und Nachfrage zusammenzuführen, um durch verpflichtende Fortbildungskurse einen Mindestqualitätsstandard für die Pflegeleistung zu gewährleisten. Der ideale Weg, um diese Ziele zu erreichen, wäre die Einführung eines Landesverzeichnisses der Hauspflegekräfte nach dem Beispiel des Trentino (Beschluss der Landesregierung Nr. 1862 vom 3. November 2014): Das Verzeichnis, in das man sich freiwillig eintragen kann, verfolgt das Ziel, die Qualität und Professionalität der Hauspflegekräfte zu steigern (die ständige Fortbildung ist Voraussetzung für den Erhalt der Mitgliedschaft) und das Zusammenführen von Angebot und Nachfrage zu erleichtern.

Es würde den Pflegebedürftigen die Möglichkeit geben, das Pflegegeld gezielt für die Bezahlung der im Verzeichnis eingetragenen Hauspflegekräfte zu verwenden. Es bräuchte somit weniger Kontrollen bei der Ausbezahlung dieser Mittel, welche – im Sinne einer gerechten und begründeten Verwendung des Pflegegeldes – ohnehin notwendig wären.

Eine Analyse der Daten für den Zeitraum von 2015 bis 2017 ergibt, dass im Trentino die Zahl der eingeschriebenen Personen kontinuierlich gestiegen ist: 359 im Jahr 2015, 485 im Jahr 2016, 599 im Jahr 2017 (Quelle: Pressemitteilung Cinformi-<http://www.cinformi.it/Comunicazione/Notizie/Trentino-Registro-dellebadanti>).

Vergleicht man diese Daten mit der Gesamtzahl der Hauspflegekräfte im Trentino, die sich Ende 2016 auf rund 6100 belief (Daten des NIFS aus dem Jahresbericht über die Einwanderung im Trentino 2017), so zeigt sich, dass derzeit ca. 10 % der Hauspflegekräfte in das Verzeichnis eingetragen sind.

Es besteht somit in diesem Bereich eine gute Ausgangslage. Dieses Modell sollte unseres Erachtens auch in Südtirol eingeführt werden.

Dies vorausgeschickt

verpflichtet
der Südtiroler Landtag

die Landesregierung,

1. zum Zwecke der Zusammenführung von Angebot und Nachfrage, der Legalisierung der Arbeitsverhältnisse und der Sicherung von Mindestqualitätsstandards für den Pflegedienst seitens der Eingeschriebenen durch die Einführung verpflichtender jährlicher Fortbildungskurse, ein Landesverzeichnis der Hauspflegekräfte vorzusehen;
2. dafür zu sorgen, dass die Hauspflegekräfte über einen regulären Arbeitsvertrag mit Vor- und Fürsorgeversicherung angestellt werden.

Registro provinciale delle/degli assistenti familiari

Il trend demografico in Alto Adige è quello di un progressivo innalzamento dell'età media della popolazione. Tra i molteplici problemi che questo andamento impone di affrontare vi è anche il conseguente accrescimento del numero di richieste di assegno di cura che giungeranno alla Provincia. In futuro sarà necessario garantire a chi assiste persone non autosufficienti, in particolare le badanti, una copertura sotto l'aspetto previdenziale e assicurativo, visti gli eccessivi carichi psichici e fisici a causa della natura intensiva del lavoro a cui spesso sono soggette. Questo consentirebbe inoltre di regolarizzare un settore – quello dell'assistenza a domicilio – in cui i salari sono modesti e il rispetto delle norme del lavoro precario.

Considerando, inoltre, che in futuro la disponibilità da parte dei familiari di curare le persone non autosufficienti sarà sempre minore e il conseguente aumento del numero di assistenti non appartenenti al nucleo familiare, è necessario agevolare l'incontro tra domanda e offerta, per assicurare uno standard minimo di qualità e professionalità con corsi di aggiornamento annuali obbligatori. Lo strumento ideale per raggiungere questi obiettivi è il registro provinciale delle/degli assistenti familiari, che è già stato introdotto in Trentino (vedasi relativa delibera della Giunta provinciale n.1862 del 3 novembre 2014): basato su un'adesione volontaria, il registro si pone l'obiettivo di elevare la qualità e professionalità delle/degli assistenti familiari (con aggiornamento continuo al fine del mantenimento dell'iscrizione stessa) e di costituire uno strumento di agevolazione per chi cerca e per chi offre servizi di cura e assistenza.

Esso consentirebbe all'assistito di utilizzare l'assegno di cura per il pagamento della persona che assiste tramite il registro e allo stesso tempo di ridurre la necessità di controlli relativamente all'erogazione dell'assegno di cura, che sono comunque necessari per garantire un equo e giustificato utilizzo del denaro.

Analizzando i dati dal 2015 al 2017, in Trentino si può notare un continuo aumento del numero degli iscritti. 359 nel 2015, 485 nel 2016, 599 nel 2017 (fonte: Comunicato stampa Cinformi-<http://www.cinformi.it/Comunicazione/Notizie/Trentino-Registro-delle-badanti>).

Confrontando questi dati con il numero totale delle/degli assistenti familiari in Trentino, che alla fine del 2016 sono circa 6.100 (dato Inps riportato dal Rapporto immigrazione in Trentino 2017), si può giungere alla conclusione che attualmente circa il 10% delle/degli assistenti familiari in Trentino sia iscritto al registro.

Si tratta di un buon punto di partenza. Un modello che reputiamo vada replicato nella nostra provincia.

Ciò premesso,

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
impegna*

la Giunta provinciale

- 1. a istituire un registro delle/degli assistenti familiari per agevolare l'incontro tra domanda e offerta, per regolarizzare i rapporti di lavoro e per assicurare uno standard minimo di qualità e professionalità delle/gli iscritte/i con corsi di aggiornamento annuali obbligatori;*
- 2. provvedere affinché l'assistente familiare disponga di un regolare contratto di lavoro comprensivo di una previdenza pensionistica.*

Abgeordnete Rieder, Sie haben das Wort für die Erläuterung, bitte.

RIEDER (Team Köllensperger): Danke, Herr Präsident! Zu unserem Beschlussantrag betreffend das Landesverzeichnis der Hauspflegekräfte möchte ich einfürend sagen, dass natürlich die Pflege, wie wir alle wissen, die große Herausforderung der Zukunft ist. Immer mehr Menschen brauchen auch Zuhause Pflege. Pflegestandards und Qualitätskriterien sind ganz selbstverständlich in den Krankenhäusern, in Pflege- und Betreuungseinrichtungen und deshalb muss wohl auch die Pflege Zuhause ein bisschen eine Grundqualität haben. Wir können uns Zuhause nicht auf das Glück verlassen, dass wir eine gute Pflegekraft finden. Deswegen haben wir hier gefordert, dass jene Menschen, die Zuhause Pflegefälle betreuen müssen, eine Unterstützung bekommen, weil sie manchmal wirklich eine Arbeit von 24 Stunden, 7 Tage in der Woche leisten und einem starken physischen und psychischen Druck ausgesetzt sind. Somit sollten sie auch legalisierte Arbeitsverhältnisse erhalten. In Zukunft wird immer mehr in den Familien gepflegt werden müssen, da Altersheime, Pflegeeinrichtungen und auch Krankenhäuser den großen Herausforderungen des demographischen Wandels nicht mehr allein bewältigen werden können. Wichtig wäre es, mit diesem Landesverzeichnis der Hauspflegekräfte einfach das Angebot und die Nachfrage zusammenzuführen, aber auch ein Mindestmaß an verpflichtenden Fortbildungskursen und Mindestqualitätsstandards für die Pflegeleistung zu gewährleisten. Ideal, um dieses Ziel zu erreichen oder zumindest einen ersten Schritt in dieser Hinsicht zu tätigen, ist die Einführung eines Landesverzeichnisses der Hauspflegekräfte, nach dem Beispiel des Trentino. Das Verzeichnis wäre so aufgebaut, dass man sich darin freiwillig eintragen kann, und verfolgt eben das Ziel, Qualität und Professionalität der Hauspflegekräfte zu steigern - dazu gehört auch eine ständige Fortbildung, die Voraussetzung für den Erhalt der Mitgliedschaft ist - und das Zusammenführen von Angebot und Nachfrage zu erleichtern.

Es würde den Pflegebedürftigen die Möglichkeit geben, das Pflegegeld gezielt für die Bezahlung der im Verzeichnis eingetragenen Hauspflegekräfte zu verwenden. Es bräuchte somit weniger Kontrollen bei der Ausbezahlung dieser Mittel, welche dann im Sinne einer gerechten und begründeten Verwendung des Pflegegeldes ohnehin notwendig wären. Wir haben noch eine Analyse der Daten für den Zeitraum 2015 bis 2017 gemacht, eben an dem Beispiel, was im Trentino mit der Einführung dieses Verzeichnisses passiert ist. Die Zahl der eingeschriebenen Personen ist kontinuierlich gestiegen. Das hat natürlich auch den Vorteil, dass Menschen, die eine Pflegeperson brauchen, einfach ein Verzeichnis vorliegen haben und nicht auf gut Glück jemandem eine Pflegekraft suchen müssen. Die Zahl der Eingeschriebenen ist also kontinuierlich gestiegen und ich betone, dass die Einschreibung freiwillig ist. 359 waren es im Jahr 2015, 485 im Jahr 2016, 599 im Jahr 2017. Wenn man diese Zahlen mit der Gesamtzahl der Hauspflegekräfte im Trentino vergleicht, die sich

Ende 2016 auf rund 6100 belief, so zeigt sich, dass im Moment circa 10 Prozent der Hauspflegekräfte in dieses Verzeichnis eingetragen sind. Es besteht somit eine gute Ausgangslage. Dieses Modell sollte unseres Erachtens auch in Südtirol eingeführt werden. Dies vorausgeschickt möchten wir den Vorschlag machen, erstens, zum Zwecke der Zusammenführung von Angebot und Nachfrage, der Legalisierung der Arbeitsverhältnisse und der Sicherung von Mindestqualitätsstandards für den Pflegedienst seitens der Eingeschriebenen durch die Einführung verpflichtender jährlicher Fortbildungskurse, ein Landesverzeichnis der Hauspflegekräfte vorzusehen, und zweitens, dafür zu sorgen, dass die Hauspflegekräfte über einen regulären Arbeitsvertrag mit Vor- und Fürsorgeversicherung angestellt werden.

PRÄSIDENT: Ich möchte daran erinnern, dass den Abgeordneten je drei Minuten Redezeit für die Wortmeldungen zur Verfügung stehen. Abgeordnete Foppa, Sie haben das Wort, bitte.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Danke, Herr Präsident Josef Noggler! Ich bedanke mich bei der Kollegin Rieder, dass Sie den Blick auf dieses Thema lenkt, denn sehr viele Menschen arbeiten hinter den Haustüren fast rund um die Uhr in Situationen, die für die Familien oft sehr schwer bewältigbar sind, und sie werden sehr oft nicht gesehen. Deshalb hier den politischen Blick und auch die politische Beleuchtung darauf zu werfen, finden wir sehr wichtig. Wir können den Antrag sehr gut mittragen, denn wir wissen, in welcher Realität insbesondere Frauen in Südtirol in diesem Sektor arbeiten. Da braucht es ganz eindeutig ein Regulativ und auch eine Aufwertung, die durch so ein Verzeichnis ganz sicher mit einhergeht. Deshalb die Unterstützung unsererseits!

Es ist eine Aufwertung für die Personen, für den gesamten Bereich. Es bestehen einige Risiken, die wir nicht ungesagt lassen wollen. Vielleicht kann dann auch in der Replik etwas dazu gesagt werden, denn es besteht natürlich die Gefahr, dass der Sektor sich in zwei Klassen aufteilt, und zwar in die akkreditierten sozusagen und in die anderen. Die anderen sind dann nochmal die Armen der Armen, vielleicht auch gerade jene, die eben nicht genug Fähigkeiten haben, sich soweit fortzubilden oder so viele Kompetenzen zu zertifizieren, dass sie in das Verzeichnis kommen. Da sehe ich durchaus eine Gefahr. Was die Fortbildung betrifft, finde ich es sehr wichtig – ich bin immer für Fortbildung und wir wissen alle, wie wichtig sie ist –, sich nicht nur Kompetenzen zu erwerben und die eigene Professionalität zu stärken, sondern auch in einen Austausch zu kommen, der auf einer bestimmten Ebene stattfindet. Mein Zweifel besteht bei der jährlichen Verpflichtung. Vielleicht können wir das Wort "jährlicher" getrennt abstimmen, damit wir einfach allgemein von verpflichtenden Kursen sprechen und die Frequenz nicht schon in den Antrag hineinschreiben. Es kann vielleicht auch mal sein, dass das nicht möglich ist. Deshalb zur Jährlichkeit hätte ich einfach eine getrennte Abstimmung gewollt, aber vielleicht willst du es auch rausnehmen. Zur Frequenz würde ich einfach nochmal um ein bisschen Nachverhandlung bitten. Ansonsten stehen wir dahinter und tragen diesen Antrag gerne mit.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Das ist ein sehr guter Vorschlag, der hier unterbreitet wird, weil es effektiv so ist, dass der Pflegebedarf stets zunimmt und hier natürlich zwei Philosophien ein bisschen zu berücksichtigen sind. Das eine ist die Pflege durch die Familienangehörigen. Das ist auch ein Aspekt, der einfach zu berücksichtigen ist, dass es für sehr viele Familienangehörige sehr schwer ist, die Angehörigen daheim zu pflegen, wenn man diese Pflegejahre nicht entsprechend für die Rentenjahre anerkannt bekommt. Also, das ist ein Aspekt, den es zu berücksichtigen gilt. Ich glaube, wenn wir eine Regelung treffen könnten, dass diejenigen, die ihre Angehörigen daheim pflegen, zumindest diese Jahre für die Rente angerechnet bekommen, würde man schon sehr viel Druck aus dieser Thematik herausnehmen. Auf der anderen Seite ist es natürlich auch so, wer selbst einmal einen Angehörigen daheim hatte und diesen pflegen musste, weiß, was das auch für einen psychologischen Druck mit sich bringt. Das heißt, es geht hier nicht nur um die Pflege an sich, sondern es geht ja im Grunde genommen darum, dass man - so krass das jetzt vielleicht klingen mag - in manchen Fällen fast zum Gefangenen im eigenen Haus wird. Das heißt, dass man manches Mal vielleicht kaum mehr einkaufen gehen kann, weil man nicht weiß, was inzwischen mit dem Pflegenden daheim passiert. Jede Freizeit, die man sich selbst nimmst, führt fast schon zu einem schlechten Gewissen, weil man diese ja praktisch von den Pflegenden abzwackt. Das ist schon mit einem sehr starken psychischen Druck verbunden. Ein dritter Aspekt, der leider in den letzten Jahren immer mehr zum Tragen kommt, ist, dass es immer schwieriger wird, einheimisches Personal von extern für diese Pflegedienste zu bekommen und damit natürlich für viele alte Menschen das Problem einhergeht, dass sie mit Pflegekräften konfrontiert werden, die nicht mehr die eigene Sprache sprechen. Dort sind Pflegekräfte im Idealfall - sage ich jetzt mal - aus dem osteuropäischen

Raum, sehr oft auch aus dem südamerikanischen Raum und noch weiter. Hier haben wir dann natürlich auch ein Pflegeproblem. Ich glaube, hier sollten wir uns überlegen - und diesen Vorschlag finde ich auch gut -, diese Fortbildungskurse – ich habe selbst einmal ein Pflegepraktikum gemacht und erfahren, welche wichtige Dinge in diesen Kursen vermittelt werden – oder ein solches Projekt nicht auch über die Europaregion Tirol anzusetzen. Dieses Problem haben wir nämlich nicht nur im Trentino - das wurde ja bereits genannt –, sondern gleichermaßen im Bundesland Tirol und in Südtirol. Ich weiß beispielsweise von Fälln, gerade wo es zwischen diesen Grenzgebieten, sei es im Wipptal, im Pustertal, aber natürlich auch im Vinschgau, sehr oft schwierig ist, Pflegekräfte von der anderen Seite der Grenze zu bekommen, die dann wieder mit rechtlichen Schwierigkeiten verbunden sind, von der Anerkennung von Rentenjahren gar nicht zu reden. Ich glaube, das wäre wirklich ein Vorzeigeprojekt, das wir in der Europaregion lancieren könnten, dass zum einen einheitliche Pflegestandards in der Ausbildung und in der Fortbildung festgelegt werden, zum anderen aber auch dieses Register bzw. dieses Verzeichnis für die ganze Europaregion Tirol gilt. Das heißt, dass jemand, der beispielsweise in der Gemeinde Gossensass wohnt, nicht auf ein Register angewiesen ist, von Personen, die von Bozen kommen, sondern vielleicht von Matrei oder von Gries Zugriff darauf haben kann und umgekehrt genauso. Also, hier wäre mein Vorschlag, dass man vielleicht in diesen Satz einfügt, nach dem Wort "Fortbildungskurse", die Worte "über die Europaregion Tirol" ein Landesverzeichnis der Hauspflegekräfte vorzusehen. Ich glaube, das wäre wirklich eine gute Sache, wenn wir es schaffen würden, das auf eine breitere Ebene zu stellen, denn es wird in Zukunft immer schwerer werden, Fachkräfte zu finden.

AMHOF (SVP): Herr Präsident, liebe Kollegin Rieder, danke auch Ihnen, dass Sie dieses Thema hier in den Landtag bringen. Ich glaube, dass es mittlerweile ein sehr wichtiges Thema geworden ist, das uns alle sehr beschäftigt. Wir haben sowohl in der Kleinkindbetreuung, als auch in der Betreuung der älteren Menschen sehr viel Nachholbedarf, vor allem auch wenn es darum geht, diese Berufe anzuerkennen und sie auch aufzuwerten, denn die Leistung, die diese Menschen in der Pflege und auch in der Betreuung unserer Kleinkinder erbringen, ist sehr, sehr wertvoll und passiert - wie Kollegin Brigitte Foppa schon gesagt hat - hinter den Türen. Wenige Menschen sehen es und es ist ein Beruf, der sehr belastend ist. Deshalb freue ich mich und denke, dass es wichtig ist, wenn wir heute darüber sprechen. Ich glaube allerdings nicht, dass wir mit der Schaffung eines Landesverzeichnisses für Hauspflegekräfte die Qualität, die Absicherung und auch die Aufwertung gewährleisten können, nicht in dem Maße, wie wir es uns wahrscheinlich wünschen würden. Ich teile deshalb die Auffassung von Kollegin Brigitte Foppa, dass wir damit durchaus diese zwei Klassen schaffen könnten, einmal jene Hauspflegekräfte, die in dieses Register eingetragen sind, und zum anderen jene Hauspflegekräfte, die einfach den Zugang nicht haben, denen es an Unterstützung fehlt und die dann auch immer wieder diese Randgruppe bleiben werden, die sie heute zum Teil auch sind. Wir haben als Land Südtirol einen anderen Weg eingeschlagen wie das Trentino. Wir organisieren heute die Hauspflegekräfte großteils über Sozialgenossenschaften. Wir haben auf dieses System gesetzt. Die Sozialgenossenschaften organisieren heute die Vermittlung der Hauspflegekräfte für die Familien. Sie bieten bereits Weiterbildung an. Sie garantieren diesen Hauspflegekräften auch eine Supervision, die es in vielen Fällen in diesem Job eben auch braucht. Sie garantieren ihnen Arbeitskräfte und damit auch eine gewisse Absicherung, wobei in all diesen Bereichen noch nachgebessert werden kann, vor allem bei den Arbeitsverträgen. Was noch dazukommt: Sie garantieren aber auch den AuftraggeberInnen, also den Familien, die Hauspflegekräfte anstellen, bei Krankheit oder bei Urlaub, eine Ersatzkraft, was unglaublich wertvoll ist. Wenn eine Hauspflegekraft ausfällt, stehen Familien ganz oft vor einer ganz großen Herausforderung: Wie manage ich das jetzt die nächsten Tage und Wochen? Ich denke, wir sollten uns vor allem auch darauf konzentrieren, wie wir diesen Beruf aufwerten, wie wir ihn absichern und wie wir diese Anstellung verbessern können. Zum einen müssen wir bei den Kollektivverträgen hier den Input geben, dass eine Überarbeitung stattfindet. Hier komme ich wieder zur Kleinkindbetreuung. Auch dort verdienen unsere Frauen meist viel zu wenig. Es wird der Leistung, die sie erbringen, einfach nicht gerecht. Wir sollten vielleicht auch andenken, dass wir die Sozialgenossenschaften noch ein bisschen mehr in die Verantwortung nehmen, ihnen Rahmen vorgeben, wie Weiterbildung zu organisieren ist, wie die Kollektivverträge ausschauen sollten, aber vor allem auch wie die Supervision für diese Frauen garantiert werden kann. Ich denke, dass wir als Land ihnen Rahmen vorgeben können und diese dann aber auch kontrollieren müssen. Das geschieht zum Beispiel bereits bei der Kleinkindbetreuung. In diesem Sinne würde ich mir das wünschen. Danke!

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Geschätzter Präsident! Ich finde den Vorschlag auch sehr gut, wobei ich sagen muss, dass es sehr viele Maßnahmen brauchen wird, um die Situation des Mangels an Pflegekräften in unserem Land wieder auf Vordermann zu bringen. Einiges wurde auch von der Kollegin Amhof bereits angesprochen, unter anderem die Zusammenarbeit zwischen den Sozialgenossenschaften, die sicher verstärkt werden muss. Bei einem generellen Landesverzeichnis müsste man darüber diskutieren, welche Kriterien es braucht, um da hineinzukommen oder wer diese bestückt, ob von den Sozialgenossenschaften oder von anderen Sozialpartnern, die auch schon Pflege anbieten, und auch von den Privaten. Denn es geht wirklich in ganz vielen Fällen darum, die Familien zu entlasten, bei Krankenhausaufenthalten, wenn es um Kurzzeitpflege oder wenn es darum geht, Urlaub für die Pflegenden Zuhause zu bieten. Dann müsste es ein Sammelpaket geben, aber grundsätzlich finde ich ein Verzeichnis gut. Darüber wie es dann bestückt werden muss, ob das dann wirklich nur eines ist, wo ich dann die Kategorien schaffe, sehe ich auch bedenklich. Jedenfalls soll es ein Verzeichnis sein, bei dem sich die Familien melden oder suchen können. Dann ist es egal, ob ich jetzt in meinem Bezirk oder aus dem nächsten Bezirk eine Kraft finde, die mir vielleicht ein paar Tage oder auch zwei Wochen aushelfen kann bzw. eine langfristige Pflege ermöglicht.

Einen Aspekt bei der Pflege, den es auch zu bedenken gilt, ist die Freistellung der Pflegenden. Das sind sehr oft die Schwiegertöchter, die eben in den Familien zum Handkuss kommen, die aber dann, weil sie nicht blutsverwandt sind, nicht freigestellt werden bzw. kein Anrecht auf Freistellung haben. Das wäre auch eine Maßnahme, die hier sicher förderlich bzw. zu lösen wäre. Prinzipiell den Vorschlag eines Landesverzeichnisses finde ich gut. Wie gesagt, über die Kriterien, wie das Verzeichnis bestückt wird, bzw. über die Auswahlkriterien müsste man sich noch einigen.

NICOLINI (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Grazie presidente. Cari colleghi, non possiamo che essere totalmente d'accordo su questa proposta, era uno dei punti fondanti del nostro programma elettorale e questa richiesta ci era arrivata da tantissima gente, che al momento di decidere se attivarsi con una badante, si trova in una situazione molto vulnerabile, dove avere un aiuto sarebbe molto gradito perché si trova completamente spaesata. Ma anche dalla parte di chi svolge questo servizio avere una certa ufficialità fa sì che in una casa può entrare in una casa può entrare in contatto con le persone che si trovano in una situazione vulnerabile con una certa facilità. Quindi appoggiamo pienamente questa mozione. Grazie.

URZI (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Grazie presidente. In estrema sintesi per dichiarare il sostegno all'iniziativa e proposta dei colleghi del Team Köllensperger. Mi pare che si debba assolutamente riconoscere come sia una curva demografica che ci impone di dover prevedere ciò che già oggi è realtà, ma prevedere l'evoluzione in senso ancora più significativo di un bisogno, di una fame di assistenza, di cura, di sostegno. Questa è un'iniziativa che va in questa direzione, quindi non può che essere sostenuta.

Mi preme, per aggiungere qualche ragionamento e argomentazione alla discussione, sottolineare un passaggio della mozione in cui si fa riferimento alla disponibilità da parte dei familiari di curare le persone non autosufficienti, che sarà sempre minore. È un po' una verità, magari talvolta si fa difficoltà ad ammetterla, però è una verità, ma perché i tempi della nostra vita quotidiana – dico nostra con un *pluralis maiestatis* – ormai si conoscono, le incombenze familiari a tutto tondo, gli impegni professionali, i doveri, anche la necessità evidentemente di farsi carico delle necessarie risorse economiche per sostenere poi gli sforzi di assistenza, nel caso di un familiare in casa, impongono tempi sempre più ristretti, quindi è una realtà. Però in questa realtà di allontanamento – purtroppo, possiamo dirlo anche se è una constatazione – delle famiglie da familiari in difficoltà, ci sono anche eccezioni meritevoli di massima attenzione.

Io vorrei quindi che si aprisse questa piccolissima finestra, se ne è parlato a livello sia parlamentare che a livello anche provinciale e regionale, i *caregiver*, gli assistenti familiari, cioè coloro che in famiglia si fanno carico dell'assistenza dei familiari e che quindi rinunciano alla propria prospettiva professionale, ai propri tempi liberi, alla cura di altri componenti della famiglia, un sacrificio enorme che comporta un costo personale enorme per cui l'ente pubblico restituisce molto poco. Noi abbiamo detto e lo ribadiamo, lo sosteniamo anche in questa circostanza, attenzione sui *caregiver*, sugli assistenti familiari e le necessità che l'ente pubblico si faccia carico almeno – questa è la richiesta che va rinnovata in questo Consiglio, così come approvato peraltro proprio da questo Consiglio e dal Consiglio regionale – della tutela previdenziale per gli anni che un assistente familiare, un familiare che assiste il proprio parente invalido o in difficoltà, ha dedicato rinunciando alla propria vita all'as-

sistenza. Almeno venga riconosciuto questo periodo dal punto di vista previdenziale, un contributo fondamentale nel senso del riconoscimento del valore pieno di un impegno. Grazie.

REPETTO (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten): Grazie. Questa mozione è veramente uno stimolo forte per affrontare un problema estremamente importante, che sta sempre di più coinvolgendo la società altoatesina nel suo complesso.

Io voterò a favore di questa mozione, però vorrei far presente a chi l'ha presentata tre aspetti essenziali importanti.

Il primo: è giusto che ci sia un registro provinciale degli assistenti familiari, ad esempio come c'è anche nell'ambito del vicino Trentino, dove c'è la possibilità di dare delle informazioni specifiche anche nelle località dove queste persone possono fare questo tipo di attività, però è chiaro che dal mio punto di vista – e questo se parlano con le centrali cooperative – è più coordinato e più professionale, un'operazione legata con le cooperative come avviene con le *Tagesmütter*, insomma che ci sia un ente che faccia da regia sotto questo profilo.

Il secondo: comunque questa è una piccola fetta legata all'assistenza nell'ambito degli anziani, è un'operazione molto più ampia, a mio modo di vedere, su cui deve essere messa la luce, l'attenzione da parte della Giunta provinciale e dell'assessore competente al sociale, legata non solo a questo aspetto dei badanti o degli assistenti familiari, ma deve essere legata alle case di riposo, come funzionano le case di riposo, che tipo di mancanza di personale c'è al loro interno. Su questo io presenterò una mozione in aprile.

Dall'altro lato la possibilità che questi anziani possano vivere il più a lungo possibile nelle proprie abitazioni, per cui un intervento anche in questo caso con ausili di carattere informatico e quant'altro. Secondo il nostro punto di vista deve essere un'operazione a tutto tondo, che non può solo legarsi a questo tipo di registro. È importante perché ci sono le professionalità, ma deve esserci un collegamento completo, perciò spero che anche gli altri colleghi del Consiglio provinciale possano in futuro lavorare in questa direzione proprio perché l'invecchiamento della popolazione in Alto Adige è ormai a livelli esponenziali, perciò questo tipo di soluzioni dovranno essere trovate con una loro logica. Grazie.

HOCHGRUBER KUENZER (Landesrätin für Raumordnung und Landschaftsschutz, Denkmalschutz - SVP): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist mir unheimlich wichtig, auch aufgrund meiner Erfahrungswerte im Bereich Seniorenbetreuung im privaten Bereich, hier Stellung zu beziehen. Wenn ich den Beschlussantrag lese und sehe, dass sich im Trentino von den 6.000 eigentlich nur 10 Prozent in diese Liste eingetragen haben, dann sind es 60 Personen. Die Frage, die ich mir stelle - und ich finde es wichtig, dass wir an der Qualität der Seniorenbetreuung arbeiten, dass wir Privates und Öffentliches gemeinsam in Abstimmung zulassen -, wenn so etwas sinnvoll ist, dann nur, wenn es auch eine bestimmte Verpflichtung hat, für all jene, die im privaten Bereich arbeiten. Das heißt, wir könnten es an ein Pflegegeld koppeln, dass diese Personen einen Mindeststandard an Ausbildung haben bzw. dass sie sich in diese Liste auch eintragen sollten. Ansonsten sehe ich den Verwaltungsaufwand einfach nicht effizient genug, um hier eine Verbesserung zu erzielen.

Hinweisen möchte ich – und da haben Kollegin Amhof und ich in der letzten Legislatur einen Beschlussantrag eingebracht -, dass wir natürlich auf römischer Ebene daran weiterarbeiten müssen. Die Frauen, die in diesem Pflegebereich arbeiten, sind alle mit einem Kollektivvertrag angestellt. Wenn wir alle Kollektivverträge anschauen, die es gibt, dann sind es die schlechtesten in Bezug darauf, was die Einzahlungen für Sozialabgaben, für Leistungen bei Krankheit betrifft und auch dementsprechend, wie es dann mit der Rente aussieht. Qualität beginnt natürlich auch da, dass wir den Mut haben müssen, dass wir dieser Pflegearbeit dementsprechenden Wert beimessen. Worauf ich noch hinweisen möchte, ist die Eigenverantwortung der Familienmitglieder. Ich bin davon überzeugt, dass wir auch in diese Richtung arbeiten müssen, dass wir nicht bei allen sagen können, dass das jetzt die öffentliche Hand übernimmt. Ich denke einfach zwei Generationen zurück, so war es in den Familien selbstverständlich, dass sie in den Familien dafür verantwortlich sind, wie sie mit ihren älteren Mitmenschen umgehen und wieviel jemand Pflege braucht. Inzwischen gibt es ganz viel Unterstützung und ich begrüße es auch, dass diese Unterstützung den älteren Menschen mehr Lebensqualität gibt. Ich möchte schon sagen, dass früher beileibe nicht alles gut war, aber diese Unterstützung vom Pflegegeld – wir haben heute davon gelesen, wieviel das Land Pflegegeld ausgibt – sollte vielleicht in Zukunft auch an bestimmten Standards gekoppelt werden, was die Qualität anbelangt bzw. an die Personen, die diese

Pflege leisten. Deshalb sehe ich in diesem Beschlussantrag einfach viel zu wenig Effizienz, was damit erreicht werden soll.

KÖLLENSPERGER (Team Köllensperger): Ich hatte das Thema in der letzten Legislaturperiode schon einmal in den Landtag gebracht und auch damals auf das Beispiel des Trentino Bezug genommen. Wir sehen, dass es durchaus ein Schritt in die richtige Richtung ist. Natürlich ist es nicht die komplette Lösung aller Probleme, die mit dem Thema Hauspflegekräfte verbunden sind. Eigenverantwortung ist ja gut, aber etwas mehr Transparenz und Übersicht trägt dazu bei, dass man einen Schritt – so wie es im Trentino geschehen ist - in diese Richtung macht, einen Schritt in die Richtung mehr reguläre Arbeitsverträge der Hauspflegekräfte, eine Absicherung im Sinne der Vor- und der Fürsorge, auch für Krankheitsfälle und Urlaubsfälle, wie Kollegin Amhof gesagt hat. Es wäre auch ein Schritt in die Richtung Legalisierung dieser Arbeitsverhältnisse mit einer Einhaltung von Mindestqualitätsstandards und gleichzeitig weniger Kontrollbedarf der Pflegegeldempfänger, weil diese Kosten ja dann belegt sind und dann in einem Register samt ihren Arbeitsverträgen festgehalten werden. Ich glaube, es wäre ein Schritt in diese richtige Richtung. Natürlich gibt es danach noch weitere Schritte, die gesetzt werden müssen, aber man sollte zumindest mal dem Vorbild des Trentino folgen und in diese Richtung gehen. Wenn wir auch das nicht machen, dann bleibt alles, wie es ist. Ihr wisst genau, was das heißt, mit dem Wildwuchs, den wir heute in diesem Sektor haben.

DEEG (Landesrätin für Soziales, Wohnbau, Familie und Senioren - SVP): Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geschätzte Einbringer dieses Beschlussantrages! Ich danke allen für das Aufgreifen des Themas und für die Diskussion, weil es eine wichtige und richtige Diskussion ist. Die Fragen, über die wir jetzt diskutiert haben, sind die richtigen, wenn ich das so sagen darf. Die Fragen, über die wir diskutieren, sind: Wer pflegt in den Familien? Wie wollen wir Pflege organisieren? Soll sie im privaten Bereich sein? Soll sie im öffentlichen Bereich sein? Soll es vielleicht ein gutes Miteinander zwischen Öffentlichen und Privaten geben? Wir führen die Diskussion – das hat Kollegin Amhof schon gesagt – auch in anderen Bereichen, Kleinkindbetreuung usw. Da haben wir uns auch schon über dieses Thema ausgetauscht, auch ein bisschen über die Medien. Die Frage ist: Wird gut gepflegt? Das ist eines der Hauptthemen. Sind die Menschen gut versorgt? Werde ich heute als alter Mensch – und es gibt auch viele Seniorinnen und Senioren, die nicht Pflegefälle sind -, wenn ich ein Pflegefall bin, gut versorgt? Auch diese Frage ist richtig. Wir müssen eine Antwort darauf geben und gemeinsam darüber nachdenken, wie wir das garantieren können. Darum geht es hier! Deshalb ist es richtig, dass wir uns diese Frage stellen. Es geht auch darum - und ich richte mich an die Kollegen Köllensperger, Urzi und Repetto -: Wie geht es denen, die pflegen? Wie geht es den Familienangehörigen, die pflegen? Haben wir Entlastungsmöglichkeiten für sie? Das sind meistens Frauen. Gibt es eine Absicherung für die Rente? Ich darf sagen, dass es diese gibt, aber sie wird vielfach nicht genutzt. In der Region gibt es heute die Möglichkeit, ab 41 Jahren jedes Jahr bis zu 4.000 Euro für die Absicherung der Pflege durch Einzahlung in die Zusatzrente zu bekommen. Das gleiche haben wir bei den Erziehungszeiten. Nützen es die Leute, wissen es die Leute? Die Fragen sind richtige und wichtige und deshalb noch einmal von unserer Seite, von unserer Landesregierung ein großes Danke schön dafür! Wir unterstützen das Thema Sicherung der Qualität eindeutig. Das ist eines der großen Themen.

Kollege Leiter Reber, Sie haben gesagt, dass wir in der Debatte auch ein bisschen ehrlich sein müssen, und ich bitte darum. Das große Thema, das wir zurzeit überall haben, ist wirklich: Schaffen wir es - und Kollege Lanz hat es gestern im Zusammenhang mit dem Fachkräftemangel gesagt - mit unseren Kräften – unsere Kräfte heißen in diesem Fall einheimische Kräfte - alle Herausforderungen, die auf uns zukommen, zu handeln? Schaffen wir das oder nicht? Da sind gerade die Seniorenheime und Anstellungen ein riesiges Thema. Bitte seien wir so ehrlich und schauen wir uns das gemeinsam an! Dann können wir auch einmal sagen: "Nein, wir schaffen es nicht", weil – absolut gesehen – die Zahlen einfach nicht da sind. Somit können wir aber nicht sagen: "Wir wollen keine ausländischen Arbeitskräfte", weil wir sie nun mal brauchen. Ich will nur die ... Entschuldigen Sie, das haben Sie jetzt nicht gesagt! Ich erlaube mir eine 360 Gradwendung zu machen, weil ich ein bisschen Zeit habe. Also die Sicherung der Qualität bzw. die Sicherung einer guten Qualität und die Begleitung der Familienangehörigen sind große Themen, genauso wie die Fragen: Wer arbeitet dort und sind die Menschen, die in der Pflege arbeiten, versichert? All das wollen wir uns anschauen und schauen wir uns an. Jetzt darf ich einfach die provokative Frage stellen: Glauben Sie wirklich, dass wir das mit einem Verzeichnis schaffen? Schaffen wir das? Wir haben uns diese Frage auch in Beantwortung dieser Geschichte gestellt und gesagt: "Nein!" Warum nicht? Diese Diskussion gibt es seit 15 Jahren. Das darf ich an dieser Stelle sagen,

das ist keine neue Diskussion. Es ist eine Diskussion, die man in Trient geführt hat. Dort wurde dieses Verzeichnis eingeführt und Sie selbst schreiben in Ihrem Beschlussantrag, dass nur 10 Prozent darin eingetragen sind. Ich persönlich und unsere Verwaltung glauben, dass wir das nicht mit einem Verzeichnis lösen können. Das ist natürlich die Paradeschichte, die sie in Rom machen. Das heißt, wir haben ein praktisches Problem und viele offene Fragen. Wir würden hier eine bürokratische Maßnahme ergreifen, ein Verzeichnis, bei dem viele Menschen ausgeschlossen sind. Das Problem klingt super und die Lösung einfach, aber am Ende haben wir nichts gelöst. Das ist die Situation und darüber diskutieren wir. Wir diskutieren jetzt nicht über gute Pflege und über Schwarzarbeit, sondern darüber, ob wir die Probleme in der Pflege mit einem Verzeichnis lösen können. Ich sage Nein. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass das nicht der Fall sein wird. Das ist der Grund, warum wir diesen Beschlussantrag nicht annehmen werden. Nicht deshalb, weil uns die Themen nicht wichtig sind - das möchte ich noch unterstreichen -, sondern weil wir glauben, dass die Lösung nicht die richtige ist. Die Herausforderungen in der Pflege sind große. Deshalb lade ich Sie alle ein und mache auch gerne einen Diskussionstisch dazu auf, wo wir mit allen darüber diskutieren können: Wie lösen wir das Thema Pflege, 20, 30 und künftig? Ich darf Ihnen sagen, dass es vielleicht eine Lösung gibt, aber nicht in dieser Form. Bitte reden Sie mit uns darüber, aber führen wir kein Verzeichnis ein, das das Problem nicht löst! Dies ist mein Appell an Sie und in diesem Sinne werden wir uns dagegen aussprechen.

RIEDER (Team Köllensperger): Herr Präsident, vorausschickend möchte ich fragen, ob es technisch möglich ist, aus Punkt 1 das Wort "jährlicher" zu streichen, ohne einen Abänderungsantrag einzubringen. Ist das möglich? Oder sollen wir getrennt darüber abstimmen? Der Präsident sagt, dass es möglich ist, zu streichen. Gut, danke schön!

Natürlich ist dieses Verzeichnis nicht die Lösung aller Pflegeprobleme, das wäre ja auch ein bisschen einfach. Aber ich glaube, es ist wichtig, dieses Thema zu thematisieren. Das haben Sie, Kolleginnen und Kollegen, hier alle bestätigt, auch Sie, Frau Landesrätin. Es ist natürlich so, dass dieses Verzeichnis nur ein erster Schritt und nur ein Beispiel ist. Kollegin Hochgruber Kuenzer, 10 Prozent sind eingeschrieben, das sind 610 Eingeschriebene in der Region Trient. Vielleicht ein bisschen zur Erklärung für die Kollegin Foppa: Das Register ist wirklich nur ein erster Schritt, einfach eine Erfassung dieser Pflegekräfte. Im ersten Moment ist eine Erfassung vorgesehen, wo die Pflegekräfte, die natürlich eine Ausbildung haben und bestimmte Voraussetzungen mitbringen müssen, dann im Laufe der Zeit die Möglichkeit haben, zum Beispiel ihre Sprachkenntnisse zu verbessern und eventuelle Weiterbildungen zu machen. Es ist wirklich nur eine Grundlage. Hauptsächlich dient das Verzeichnis auch dazu, den pflegenden Angehörigen eine Hilfe zu geben, denn es ist wirklich so, dass in dem Moment – und das wissen wir alle, die wir schon mal mit dem Thema konfrontiert wurden –, wo es dann eilt, oft kein Platz oder kein Übergangsbett im Altersheim zur Verfügung steht. Dann wäre man als Angehörige sehr froh - so wäre es zumindest mir gegangen -, wenn man mit diesem Verzeichnis jemanden zur Verfügung hat, bei dem man sagt: "Ich kann mir hier eine Pflegehilfskraft heraussuchen." Natürlich brauchen wir weitere Lösungen. Wenn Sie, Frau Landesrätin, einen Diskussionstisch anbieten, werden wir sehr gerne mitarbeiten. Ich weiß, dass das ein großes Thema ist und dass wir da auch alle zusammenarbeiten müssen, damit wir diese Herausforderung für die Zukunft lösen und gemeinsam angehen können. Wenn wir da noch einmal auf die Sozialgenossenschaften hinkommen, dann muss ich schon sagen, dass es gut ist, wenn auch die Altenpflege über Sozialgenossenschaften organisiert wird, wo dann auch Weiterbildung, Absicherung und Supervision angeboten wird. Mir sind jetzt noch nicht so viele Sozialgenossenschaften in diesem Bereich bekannt, aber vielleicht muss ich mich da noch besser informieren. Wenn wir jetzt über die Gehälter und über die Löhne reden und wenn ich an die Sozialgenossenschaften in der Kleinkinderbetreuung denke, dann haben diese nicht unbedingt bessere Löhne für die Angestellten zur Folge. Wenn ich an die Löhne der KinderbetreuerInnen denke, dann wissen wir alle, dass diese zu niedrig sind, obwohl sie in Sozialgenossenschaften organisiert werden. Für mich ist wirklich noch einmal zu sagen, dass das Landesverzeichnis als erster Schritt gedacht ist, damit wir dann in die richtige Richtung gehen und den Angehörigen eine gute Unterstützung bieten können.

Vielleicht noch ein kleiner Hinweis oder Gedanke meinerseits zur Möglichkeit, bei der Region anzusuchen oder in diese Rentenversicherung einzuzahlen! Glauben Sie wirklich, dass Familien, bei denen jemand zuhause bleiben muss, um Angehörige zu pflegen, 4.000 bis 5.000 Euro im Jahr erübrigen und die dann einzahlen können, auch wenn sie danach in einem späteren Zeitpunkt zurückerstattet werden? Man muss den Vorschuss ja auch mal zahlen. Danke schön!

DEEG (Landesrätin für Soziales, Wohnbau, Familie und Senioren - SVP): Ich möchte klarstellen, dass es nicht vorfinanziert werden muss. Ich muss einmal 360 Euro im Zusatzrentenfonds eingezahlt haben und es wird dann direkt auf den Zusatzrentenfonds überwiesen. Es muss also nichts vorfinanziert werden. Bitte sagen wir das draußen auch! Inhaltlich haben Sie Recht!

PRÄSIDENT: Die Abgeordnete Foppa hat den Antrag auf getrennte Abstimmung gestellt. Die Einbringerin hat ihrerseits erklärt, dass sie damit einverstanden ist, das Wort "jährlicher" im Punkt 1 des beschließenden Teiles zu streichen. Somit verzichtet die Abgeordnete Foppa auf getrennte Abstimmung. Ich eröffne die Abstimmung: mit 16 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen ist Beschlussantrag Nr. 53/19 abgelehnt.

Punkt 9 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 44/19 vom 5.2.2019, eingebracht vom Abgeordneten Repetto, betreffend Fahrten zum Konzentrationslager Mauthausen fördern.**" (Fortsetzung)

Punto 9) dell'ordine del giorno: "**Mozione n. 44/19 del 5/2/2019, presentata dal consigliere Repetto, riguardante promuovere dei viaggi al campo di concentramento di Mauthausen.**" (continuazione)

Es ist ein Ersetzungsantrag vom Abgeordneten Repetto eingebracht worden, der wie folgt lautet:

"Fahrten zum Konzentrationslager Mauthausen fördern

Am 5. Mai 1945 befreite die US-Armee das Arbeits- und Konzentrationslager Mauthausen (am 6. Mai 1945 wurde auch Gusen befreit).

Tausende von Gefangenen aus allen europäischen Ländern, die unter nationalsozialistischer Besatzung standen, kamen an diesem berüchtigten Ort ums Leben.

Mauthausen war ein Konzentrationslager der "Kategorie 3" – das bedeutete Bestrafung und Vernichtung durch Arbeit.

Im Lager kamen auch sieben Bozner ums Leben: Adolfo Beretta, Gerolamo Meneghini, Erminio Ferrari, Tullio Degasperì, Decio Fratini, Romeo Trevisan und Walter Masetti. Sie wurden in einem der 13 Transporte aus dem Durchgangslager der Südtiroler Landeshauptstadt in die Konzentrationslager Mitteleuropas, darunter Mauthausen, deportiert.

In Südtirol ereigneten sich weitere tragische Ereignisse, etwa die Deportation in die Vernichtungslager der jüdischen Gemeinschaft von Meran und anderer Personen aus den verschiedenen Gemeinden Südtirols, z. B. Franz Thaler.

Jedes Jahr wird in Mauthausen beispielsweise der Jahrestag der Befreiung am ersten Sonntag im Mai gefeiert. Seit 2000 entsendet die Stadt Bozen eine Delegation zur Erinnerung an die gefallenen Märtyrer und vor allem an die sieben Bozner Bürger, deren Fotos neben dem Krematorium von Gusen, einem der Nebenlager von Mauthausen, hängen.

Der Südtiroler Landtag
verpflichtet

die Landesregierung,

unter Wahrung der Autonomie der Schulen über die drei Landesressorts für Schule auch Reisen zum KZ Mauthausen zu fördern, um dieses Konzentrationslager und das Schicksal vieler aus dem Durchgangslager Bozen deportierten Bürgerinnen und Bürger bekannt zu machen, die das Unglück hatten, an diesem Ort des Leidens und des Todes in Gefangenschaft gehalten zu werden. Dies auch, um die Erinnerung an unsere sieben Mitbürger, die für die Werte der Freiheit und der Demokratie starben, wach zu halten.

Gleichzeitig wird der Landtagspräsident ersucht, eine breite Beteiligung der politischen Vertreter des Südtiroler Landtages an der Gedenkfeier zum Jahrestag der Befreiung des KZ Mauthausen am 5. Mai 2019 zu ermöglichen."

"Promuovere dei viaggi al campo di concentramento di Mauthausen

Il 5 maggio 1945 veniva liberato il campo di lavoro e di concentramento a Mauthausen dagli americani. (Gusen è stato liberato il 6 maggio 1945!)

In quel famigerato luogo trovarono la morte migliaia di prigionieri di tutte le nazionalità europee occupate dalle truppe naziste.

Il Lager era classificato di "classe 3" (come campo di punizione e di annientamento attraverso il lavoro).

Nel Lager trovarono la morte anche sette bolzanini (Adolfo Beretta, Gerolamo Meneghini, Erminio Ferrari, Tullio Degasperì, Decio Fratini, Romeo Trevisan, Walter Masetti) che furono deportati dal Lager di Bolzano in

uno dei 13 trasporti organizzati nel capoluogo dalla provincia di Bolzano verso i campi di concentramento del centro Europa tra cui anche quello di Mauthausen.

Altre tragedie colpirono la Provincia di Bolzano come la deportazione della comunità ebraica di Merano verso i campi di sterminio e di altre persone da diversi comuni dell'Alto Adige come ad esempio Franz Thaler.

Ogni anno viene celebrata a Mauthausen la ricorrenza della liberazione nella prima domenica di maggio ad esempio, e la città di Bolzano dall'anno 2000 invia una sua rappresentanza per ricordare i martiri caduti e soprattutto i sette bolzanini, le cui foto sono appese vicino al forno crematorio di Gusen, uno dei campi dipendenti di Mauthausen.

Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
impegna

la Giunta provinciale

tramite i tre assessorati provinciali alla scuola di promuovere, nella totale autonomia scolastica, anche dei viaggi al KZ Mauthausen per far conoscere questo campo, fare capire il destino di tanti deportati civili del Lager di Bolzano che ebbero la sventura di approdare in questo luogo di sofferenza e di morte e fare conoscere i sette nostri concittadini che morirono per i valori di libertà e di democrazia.

Nello stesso tempo si chiede che venga autorizzata dal presidente del Consiglio una ampia partecipazione di rappresentanti politici del Consiglio provinciale il 5 maggio 2019, in occasione della Cerimonia di liberazione del Lager di Mauthausen."

Abgeordneter Repetto, Sie haben das Wort für die Erläuterung des Ersetzungsantrages, bitte.

REPETTO (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten): Grazie presidente. Ho fatto un emendamento della mozione in funzione degli interventi che ci sono stati in aula e nella parte introduttiva ho inserito "Altre tragedie colpirono la Provincia di Bolzano come la deportazione della comunità ebraica di Merano verso i campi di sterminio e di altre persone da diversi comuni dell'Alto Adige" e ho citato in questo caso il compianto Franz Thaler.

Nella parte dispositiva è stato modificato "tramite i tre assessorati provinciali alla scuola di promuovere nella totale autonomia scolastica", perciò specifico quello che hanno detto i tre assessori provinciali alla scuola e sono i vari istituti che hanno questa loro autonomia nel poter decidere se inviare i ragazzi presso questo campo di concentramento.

L'ultima parte era che il presidente del Consiglio autorizzasse un'ampia partecipazione di rappresentanza politica del Consiglio provinciale il giorno 5 maggio 2019, in occasione della Cerimonia di liberazione del Lager di Mauthausen.

Queste erano le modifiche emerse dalla discussione di ieri. Grazie.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Grazie presidente. Io avevo espresso il mio voto favorevole alla mozione originaria, ora ho qualche osservazione – tecnica più che altro – sul testo che ci è stato proposto e mi riferisco in modo particolare alla parte impegnativa.

Bene fare riferimento all'autonomia scolastica, questo è un principio sempre corretto, affinché ogni singola scuola sia sensibilizzata ad attivarsi, nella seconda parte si dice, però, "Nello stesso tempo si chiede che venga autorizzata dal presidente del Consiglio una ampia partecipazione di rappresentanti politici del Consiglio provinciale" e onestamente che il presidente del Consiglio autorizzi i rappresentanti ..., io direi "promossa" una partecipazione. Anche se non sono autorizzato, violo l'autorizzazione e vado lo stesso. Quindi io chiedo di cambiare "autorizzata" con "promossa".

Poi un altro passaggio: "il 5 maggio 2019", io proporrei – perché questo documento possa avere una valenza anche *pro futuro* e non solo legata al 2019 – di mettere "che venga promossa dal presidente del Consiglio una ampia partecipazione di rappresentanti politici del Consiglio provinciale in occasione delle cerimonie annuali di liberazione del Lager di Mauthausen", cioè ogni anno da qui in avanti, se no il prossimo anno dobbiamo fare un'altra mozione per dire "2020", poi "2021" ... Io faccio queste proposte, le trasformo anche in un piccolo emendamento, forse necessario proprio dal punto di vista tecnico e poi lascio ovviamente al presentatore la possibilità di valutarle nel merito. Grazie.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Herr Präsident! Wir hatten ja gestern bereits darauf hingewiesen, dass wir es als problematisch sehen, wenn man immer nur sozusagen den Faschismus der anderen sieht. Wir hätten gestern eigentlich diesem Antrag zugestimmt, werden es aber heute nicht tun. Wir werden nicht dagegen stimmen, sondern uns der Stimme enthalten. Ich begründe dies auch, weil es heute eine gewisse Aktualität gibt, wenn der italienische Präsident des EU-Parlaments gestern in einer Radio-Sendung meinte, dass Mussolini eigentlich gar nicht so schlimm gewesen wäre und viele tolle Sachen gemacht hätte. Er hätte Brücken gebaut und Italien trockengelegt. Vielleicht wäre hier auch einmal eine Stellungnahme der SVP angebracht, denn schließlich hieße es ja, dass wir zusammen mit Tajani kandidieren, da wir jetzt vor den EU-Wahlen stehen. Dann erscheint es mir einfach heuchlerisch, wenn unser Landtag dazu aufruft, dass wir auf der einen Seite den Nationalsozialismus und seine Verbrechen ablehnen sollen, in Südtirol aber rein juristisch nichts dagegen machen, dass wir überall faschistische Relikte haben sowie "Hitlerwein", "Mussoliniwein" und jedes Jahr auch Mussolini-Kalender verkauft werden können. Wir selbst haben Anzeige bei der Staatsanwaltschaft gemacht, die keinen Finger gerührt hat. Es wird nichts gemacht! Ein Vertreter von Forza Italia, einer staatstragenden Partei, deren Mitglied der Präsident des EU-Parlamentes ist, verharmlost Mussolini und den Faschismus. Unter diesen Voraussetzungen sehe ich mich außerstande, diesem Antrag zuzustimmen, wie wohl ich das Ansinnen vom Abgeordneten Repetto erkenne. Ich habe also nichts Inhaltliches dagegen, dass man daran erinnert. Nur erscheint es mir einfach heuchlerisch. Um auch hier ein Zeichen des Protestes gegen derartige Äußerungen zu setzen, werden wir uns heute bei diesem Beschlussantrag der Stimme enthalten. Sie wissen aber alle, dass wir selbst auch mehrfach Vorschläge gemacht und gerade auch das gutgeheißen haben, was den "Zug der Erinnerung" anbelangt. All das sind positive Initiativen. Wir möchten hier nicht falsch verstanden werden, aber uns geht es einfach darum, aufzuzeigen, dass es heuchlerisch ist, wenn man nur an den Faschismus der anderen gedenken will. Entweder man ist Antifaschist oder man ist es nicht! Das ist dasselbe, wie wenn man schwanger ist, denn ein bisschen schwanger geht nicht! Man kann nicht den Nationalsozialismus der einen ablehnen und auf der anderen Seite sagen, dass all das in Südtirol nicht so schlimm war. Wie hat Berlusconi einmal gemeint: "Mussolini hat seine Leute auf Urlaub geschickt."? Also, auf eine solche Art von Geschichtsaufarbeitung und Geschichtserinnerung möchte ich mich nicht einlassen, auch deswegen – und das darf man nicht vergessen - weil diese Menschen, die aus Italien in die deutschen Konzentrationslager deportiert worden, nicht aus dem Nichts in die deutschen Konzentrationslager deportiert worden sind. Da gab es zu Beginn eine enge Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Regimen, sprich zwischen Hitler und Mussolini. Da gab es italienische Rassengesetze, aufgrund derer dann Leute später deportiert worden sind. All das steht in einem Zusammenhang. Das kann man einfach nicht so ausblenden und so tun, als ob es nur die Schuld auf der einen Seite gegeben hätte. Wir erinnern daran, dass wir als Landtag da hinfahren und der Opfer gedenken, was ja auch richtig ist. Dann kann man auf gleicher Weise nicht in Südtirol den Antifaschisten herzeigen und sagen: "Hier in Südtirol akzeptieren wir das". Das ist für uns einfach nicht nachvollziehbar und auch nicht unterstützenswert. Deswegen werden wir uns bei diesem Antrag heute enthalten.

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Wir haben gestern darüber gesprochen und ich habe gestern schon angemerkt, dass mir der Antrag zu einseitig ist, nämlich zugeschnitten auf die Opferseite, weil nur die sieben Bozner angeführt werden. Ich habe gestern schon gesagt, dass alle Opfer des Nationalsozialismus in allen Bereichen gemeint sein müssen. Bei den Gedenkstätten würde ich mich nicht nur auf Mauthausen konzentrieren, sondern alle Gedenkstätten, die es gibt, einbeziehen. Dann kann ich da auch ruhigen Gewissens zustimmen. Ich weiß nicht, ob Sie im ersten Satz des beschließenden Teils abändern könnten, dass nicht nur Reisen zum KZ Mauthausen, sondern auch zu anderen Gedenkstätten gefördert werden können. Dann wären auch Dachau und andere drinnen. Zugleich sollte die Erinnerung nicht nur an unsere sieben Mitbürger gelten, sondern – es waren ja Hunderte Betroffene - einfach an unsere Mitbürger. Somit wären nicht nur die sieben Bozner gemeint. Wir sind nicht der Gemeinderat von Bozen, sondern der Landtag, deshalb müssen wir diesen Beschluss für alle fassen. Wenn diese Änderungen gemacht werden, kann ich auf alle Fälle zustimmen, weil ich auch nichts davon halte, gegenseitig aufzurechnen. Wir haben einen konkreten Beschlussantrag vorliegen und es wird einen anderen Beschlussantrag geben, in dem es konkret um den italienischen Faschismus gehen wird, wo ich mir dann die gleiche Solidarität wünsche.

LANZ (SVP): Bereits gestern war das Thema in der Diskussion, dass man eigentlich eine Formulierung wünscht, die breiter ist. Diese haben wir jetzt in dieser Form vorliegen. Ich schließe mich dem Grundgedanken an, dass man es natürlich in Zukunft schon so formulieren sollte, dass es auch für andere Gedenkstätten möglich ist. Ich lese das aus dem ersten Punkt heraus, wenn man sagt: "Unter Wahrung der Autonomie der Schulen". Man könnte den Beschluss, der ja diesen Schulen zur Kenntnis gebracht werden muss, so formulieren, dass man auf die Gedenkstätten hinweist und auch das Thema des Faschismus miteinbringt. Dann hätte man eigentlich beide Themen gleichzeitig gelöst.

Das Ermächtigen vonseiten des Landtagspräsidenten ist für uns problematisch. Wir würden hier vorschlagen, entweder die Formulierung "zu unterstützen", "zu fördern" oder "zu begünstigen" zu verwenden. Danke!

VETTORI (Lega Alto Adige – Südtirol): Grazie presidente. Il cons. Urzi nella sua decennale esperienza d'aula ha fatto delle considerazioni giuste, nel senso perché ridurre allo spazio temporale del 5 maggio 2019 questa mozione, quando diventerebbe comunque poi oggetto di ripresentazione magari per gli anni successivi questa consiliatura.

Allora io farei anche un'altra proposta, perché ha ragione dal suo punto di vista anche il collega Knoll e anche il collega Leiter Reber ha ragione, secondo me chiudere nella parte impegnativa con "in occasione della cerimonia di liberazione del Lager di Mauthausen", poi dopo uno dice "perché invece a Birkenau non si può avere la partecipazione di consiglieri provinciali se ne hanno voglia, o in tutti gli altri Lager?"

Sarebbe semmai da generalizzare nella parte impegnativa – è una proposta che faccio io – chiedendo, caldeggiando, invitando i consiglieri provinciali singoli a partecipare alle cerimonie di commemorazione della liberazione dal regime nazifascista, così almeno accontentiamo tutti quanti, creiamo un ombrello generale su quello che è il fatto storico in oggetto e così si rientra nella Giornata della Memoria e in tutte quelle manifestazioni che durante l'anno vengono calendarizzate, in cui ognuno di noi, secondo la propria sensibilità, può decidere se o non partecipare.

PRÄSIDENT: Wir müssen die weitere Behandlung dieses Antrages jetzt aussetzen, weil ein Änderungsantrag vonseiten des Abgeordneten Urzi eingegangen ist. Wir werden diesen übersetzen und verteilen, woraufhin wir wieder zur Behandlung zurückkehren. Abgeordneter Vettori, wenn weitere Änderungsanträge geplant sind, würde ich vorschlagen, sie jetzt alle gemeinsam zu formulieren. Danach können wir darüber diskutieren. Abgeordneter Leiter Reber, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Zum Fortgang der Arbeiten! Ich schlage vor – es ist zwar nicht nummeriert -, über den beschließenden Teil getrennt abzustimmen, unabhängig von der Änderung, die der Kollege machen wird.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Nur zum Verständnis! Der Kollege hat ja diesen Abänderungsantrag angekündigt. Bereitet er diesen vor, weil unter diesen Voraussetzungen würden wir zustimmen? Das würde mich jetzt interessieren. Bevor wir in die Abstimmung gehen und wieder jemand einen neuen Änderungsantrag einbringt, wäre es sinnvoll, wenn wir uns hier darauf einigen, wer Abänderungsanträge einbringt. Der Kollege hat den Vorschlag gebracht, deswegen würde ich vorschlagen, dass auch er ihn auch selbst einbringt. Ich kündige an, dass wir unter diesen Voraussetzungen zustimmen würden.

PRÄSIDENT: Das heißt, dass jetzt möglicherweise zwei Änderungsanträge eingebracht werden, einer vom Abgeordneten Urzi und einer vom Abgeordneten Vettori, wenn ich richtig verstanden habe. Danach werden wir wieder auf die Behandlung dieses Beschlussantrages zurückkehren. Kollege Urzi, bitte

URZI (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Presidente, anche proprio per quel tipo di esperienza maturata, quando un documento parte a un obiettivo, poi dovrebbe mantenere l'obiettivo, perché se poi se ne stravolge il senso e si integra in questo, poi in quello, allora diventa una cosa diversa rispetto a come è partito. Siamo partiti con obiettivo e tema l'ambito della cerimonia di Mauthausen, in relazione a una serie di episodi dignitosamente citati dal collega Repetto, dopodiché se si aggiungono argomenti e temi, allora diventa una cosa universale, allora si possono anche ricordare le vittime dei gulag, poi dopodiché ci mettiamo la Cambogia.

Allora io invito veramente a rimanere su binari di ragionevolezza, si è posto un obiettivo, se non si vuole poi essere oggetto di fraintendimento, io invito a mantenere l'obiettivo sul quale peraltro gran parte del Consiglio si era impegnato a votare favorevolmente, dopodiché se il collega vuole cambiare e stravolgere allora non ha più senso, perché se partiamo con la mozione sull'assistenza sociale e poi finiamo a votare un documento sulla pensione dei giornalisti, c'è qualcosa che non funziona. Grazie.

PRÄSIDENT: Bis jetzt liegt uns nichts vor, was nicht im Sinne des Beschlussantrages wäre. Somit fahren wir mit der Behandlung der Tagesordnung fort.

Punkt 11 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 52/19 vom 14.2.2019, eingebracht vom Abgeordneten Nicolini, betreffend die Ausdehnung der im Beschluss Nr. 886/2016 vorgesehenen Richtlinien für die Gewährung von Förderungen für Tätigkeiten und Investitionen im kulturellen und künstlerischen Bereich auf die italienische Sprachgruppe**" und

Punkt 49 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 54/19 vom 19.2.2019, eingebracht von den Abgeordneten Köllensperger, Ploner A., Ploner F., Unterholzner, Rieder und Faistnauer, betreffend die Vereinheitlichung der Richtlinien für die Gewährung von Förderungen für Tätigkeiten und Investitionen im kulturellen und künstlerischen Bereich.**"

Punto 11) dell'ordine del giorno: "**Mozione n. 52/19 del 14/2/2019, presentata dal consigliere Nicolini, riguardante equiparazione dei criteri per la concessione di vantaggi economici per attività ed investimenti culturali ed artistici – estensione dei criteri previsti nella delibera 886/2016 al gruppo linguistico italiano**" e

punto 49) dell'ordine del giorno: "**Mozione n. 54/19 del 19/2/2019, presentata dai consiglieri Köllensperger, Ploner A., Ploner F., Unterholzner, Rieder e Faistnauer, riguardante parificazione dei criteri per la concessione di vantaggi economici per attività ed investimenti culturali e artistici.**"

Beschlussantrag Nr. 52/19/Mozione n. 52/19:

Ausdehnung der im Beschluss Nr. 886/2016 vorgesehenen Richtlinien für die Gewährung von Förderungen für Tätigkeiten und Investitionen im kulturellen und künstlerischen Bereich auf die italienische Sprachgruppe

Die Regelung des Verfahrens ist Gegenstand des Landesgesetzes Nr. 171/1993. Das Landesgesetz Nr. 9/2015 "Landeskulturgesetz" bildet die Rechtsgrundlage für die finanzielle Unterstützung des Kulturschaffens.

Mit den Beschlüssen Nr. 886/2016, Nr. 1127/2016 und Nr. 1236/2016 wurden neue Kriterien festgelegt, welche die Gewährung von Zuschüssen in der Praxis vereinfachen und eine wesentliche Anpassung an die europäischen Rechtsvorschriften ermöglichen. Neu eingeführt wurden etwa die Möglichkeit der Finanzierung zu Lasten mehrerer Haushaltsjahre, die Einreichung des Zuschussgesuchs über zertifizierte elektronische Post u. a. m.

Der Beschluss Nr. 886/2016 betrifft die "Genehmigung der Richtlinien für die Gewährung von Förderungen für Tätigkeiten und Investitionen im kulturellen und künstlerischen Bereich für die deutsche Sprachgruppe sowie die Publikationen und verlegerische Tätigkeit für die deutsche und für die ladinische Sprachgruppe".

Der Beschluss Nr. 1127/2016 enthält "Richtlinien zur Förderung von Tätigkeiten und Investitionen im kulturellen und künstlerischen Bereich durch die Landesabteilung ladinische Kultur und ladinisches Schulamt".

Der Beschluss Nr. 1236/2016 betrifft die "Richtlinien für die Gewährung von Förderungen für Kunstschaffende durch die Landesabteilung italienische Kultur".

Die Landesämter für deutsche, italienische und ladinische Kultur gewähren jährlich Förderungen an Einzelpersonen sowie an öffentliche und private Körperschaften (Vereine, Genossenschaften, Komitees, Stiftungen usw.), die in der Regel keinen Gewinnzweck verfolgen, für kulturelle und

künstlerische Aktivitäten sowie für Investitionen (Ankauf von Ausstattung für ihre kulturellen Aktivitäten, Sanierung und Modernisierung von Kultureinrichtungen), die der gesamten Südtiroler Bevölkerung zugute kommen.

Das vielfältige Kulturangebot trägt wesentlich zum Aufbau eines Ganzjahrestourismus in Südtirol bei. Die Projekte rund um die "Kulturhauptstadt Italiens" sowie rund um die "Kulturhauptstadt Europas" sind positive Beispiele dafür, dass es sich von der Kultur sehr gut leben lässt und dass ein reges Vereinswesen in diesem Bereich der Schlüssel zum Erfolg ist.

Bei einem Vergleich zwischen den oben genannten Beschlüssen kommt allerdings eine Gesetzeslücke zum Vorschein: Während es im Beschluss Nr. 886/2016 ausdrücklich heißt, dass deutschsprachige Vereine "Investitionen im kulturellen und künstlerischen Bereich" tätigen können, ist diese Möglichkeit für die italienische Sprachgruppe nicht vorgesehen.

In einem Gebiet wie Südtirol, das vom Zusammenleben verschiedener Kulturen bereichert wird, ist es wichtig, die Vielfalt an kulturellen Ausdrucksformen zu fördern und ein Umfeld zu schaffen, in welchem sich die verschiedenen Kulturen voll entfalten und in einem dynamischen, produktiven und freien Austausch miteinander interagieren können.

In diesem Sinne halten wir es für wichtig und notwendig, allen Kulturanbietern und allen Nutzerinnen und Nutzern von Kulturangeboten auf lokaler Ebene gleiche Bedingungen für eine ausgewogene Entfaltung der kulturellen und künstlerischen Aktivitäten aller drei Sprachgruppen zu gewährleisten.

Dies vorausgeschickt und erwogen,

verpflichtet
der Südtiroler Landtag

die Landesregierung,

1. die im Beschluss Nr. 886/2016 enthaltene Regelung für Investitionen im kulturellen und künstlerischen Bereich auch auf die italienische Sprachgruppe auszudehnen;
2. die Beschlüsse Nr. 886/2016, Nr. 1127/2016 und Nr. 1236/2016 inhaltlich zu vereinheitlichen.

Equiparazione dei criteri per la concessione di vantaggi economici per attività ed investimenti culturali ed artistici – estensione dei criteri previsti nella delibera 886/2016 al gruppo linguistico italiano

La legge provinciale 171/1993 disciplina il procedimento amministrativo.

La legge provinciale 9/2015, rubricata "Legge provinciale per le attività culturali", rappresenta la legge di riferimento per i contributi in tale ambito.

Le delibere 886/2016, 1127/2016 e 1236/2016 hanno stabilito criteri nuovi semplificando nei fatti la concessione dei contributi e permettendo un sostanziale adeguamento alla normativa europea, nonché introducendo nuovi strumenti quali la possibilità di finanziamenti imputabili a più anni di esercizio, l'utilizzo delle PEC per accedere ai contributi, etc.

Nello specifico, la delibera n. 886/2016 è rubricata "Approvazione dei criteri per la concessione di vantaggi economici per attività e investimenti culturali e artistici per il gruppo linguistico tedesco, nonché per le pubblicazioni e per l'attività editoriale per il gruppo linguistico tedesco e ladino".

La delibera n. 1127/2016 reca "Approvazione dei criteri per l'incentivazione di attività e investimenti culturali e artistici da parte della Ripartizione provinciale cultura e intendenza scolastica ladina".

La delibera n. 1236/2016 è rubricata "Criteri e modalità per l'attribuzione di vantaggi economici ad artisti ed artiste da parte della Ripartizione provinciale cultura italiana".

Gli uffici provinciali alla cultura tedesca, italiana e ladina erogano annualmente vantaggi economici ad enti privati, pubblici e persone singole (associazioni, cooperative, comitati, fondazioni, etc.) che non perseguono, di norma, fini di lucro, per lo svolgimento di attività culturali o artistiche ed investimenti (acquisto di attrezzature funzionali alle attività culturali, ristrutturazione e rimodernamento di strutture culturali) a vantaggio di tutta la popolazione dell'Alto Adige/Südtirol.

La ricchezza delle proposte culturali funge da volano per la destagionalizzazione dell'offerta turistica. Gli esempi portati a livello nazionale ed europeo di quanto avviene con i progetti legati alla "città italiana della cultura" oppure a quella europea testimoniano che di cultura si può vivere e che il fermento delle associazioni è la chiave per il successo in questo tipo di attività.

La comparazione tra le citate delibere per le associazioni afferenti ai gruppi linguistici testimonia una lacuna normativa per quanto concerne la possibilità di effettuare "investimenti culturali ed artistici" in capo al gruppo italiano, mentre questa possibilità è ben specificata per il gruppo tedesco, con la delibera 886/2016.

Considerata la ricchezza e la varietà delle nostre culture in un territorio come l'Alto Adige, dove convivono più culture, è importante proteggere e promuovere la diversità delle espressioni culturali, favorendo le condizioni nelle quali le diverse culture possano prosperare e interagire reciprocamente in una dinamica di scambio produttiva e indipendente.

A tal fine si sottolinea quindi la necessità di porre tutti gli erogatori e i fruitori dell'offerta culturale locale nelle stesse condizioni per un equo sviluppo delle attività culturali e artistiche per tutti e tre i gruppi linguistici.

Ciò premesso e ciò considerato:

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

impegna

la Giunta provinciale

- 1. ad estendere quanto compreso nella delibera 886/2016 in materia di investimenti culturali ed artistici anche al gruppo linguistico italiano;*
- 2. a realizzare un'equiparazione sostanziale tra le delibere 886/2016, 1127/2016 e 1236/2016.*

Beschlussantrag Nr. 54/19/Mozione n. 54/19:

*Vereinheitlichung der Richtlinien für die Gewährung von Förderungen für
Tätigkeiten und Investitionen im kulturellen und künstlerischen Bereich*

Die Landesämter für deutsche, italienische und ladinische Kultur gewähren jährlich Förderungen an Einzelpersonen und öffentliche oder private Körperschaften (Vereine, Genossenschaften, Komitees, Stiftungen usw.), die in der Regel keinen Gewinnzweck verfolgen. Diese Förderungen für kulturelle oder künstlerische Aktivitäten sowie für Investitionen (Ankauf von Ausstattung für ihre kulturellen Aktivitäten, Sanierung und Modernisierung von Kultureinrichtungen) kommen der gesamten Südtiroler Bevölkerung zugute.

Das vielfältige Kulturangebot erfreut sich stetig wachsender Beliebtheit bei den Mitbürgerinnen und Mitbürgern aller Sprachgruppen, aber auch bei den EU-Bürgerinnen und -Bürgern sowie den Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürgern, die hier in Südtirol studieren oder arbeiten.

Mit den Beschlüssen Nr. 886/2016 (deutsche Kultur), Nr. 1127/2016 (ladinische Kultur) und Nr. 1008/2016 (italienische Kultur) wurden in Anlehnung an die EU-Richtlinien neue, vereinfachte Kriterien für die Gewährung von Förderungen festgelegt. Vorgesehen sind etwa die Möglichkeit mehrjähriger Finanzierungen, die Einreichung des Beitragsgesuchs über zertifizierte elektronische Post u. a. m.

Ein Vergleich der oben genannten Richtlinien zur Gewährung von Förderungen für die deutsche, die ladinische und die italienische Kultur zeigt jedoch, dass eine Ungleichbehandlung der antragstellenden Kulturanbieter besteht.

In einem Gebiet wie Südtirol, wo verschiedene Kulturen zusammenleben, ist es wichtig, die Vielfalt an kulturellen Ausdrucksformen zu schützen und zu fördern und ein Umfeld zu schaffen, in dem sich die verschiedenen Kulturen voll entfalten können und das einen dynamischen, freien und produktiven Austausch möglich macht.

In diesem Sinne ergibt sich die Notwendigkeit, allen Kulturanbietern und allen Nutzerinnen und Nutzern des lokalen Kulturangebotes die gleichen Bedingungen zu bieten und somit eine ausgewogene Entfaltung der kulturellen und künstlerischen Aktivitäten aller drei Sprachgruppen zu gewährleisten.

Natürlich haben die verschiedenen Landesteile (Städte und Ortschaften) unterschiedliche Bedürfnisse. Es gibt jedoch Kriterien und Anforderungen wie die Transparenz, die Korrektheit, die finanzielle Stabilität und der Ethik-Kodex, die für alle Sprachgruppen ausnahmslos gelten müssen. Es geht also nicht darum, das Kulturpanorama einheitlich zu gestalten oder gegen ein reichhaltiges Angebot zu arbeiten, sondern vielmehr die Kriterien zur Gewährung von öffentlichen Beihilfen zu

überarbeiten, wobei den unterschiedlichen Anforderungen und den Besonderheiten der kulturellen und künstlerischen Tätigkeiten der drei Sprachgruppen Rechnung getragen werden muss. Dies vorausgeschickt,

verpflichtet
der Südtiroler Landtag

die Landesregierung,
die Richtlinien für die Gewährung von Förderungen für Tätigkeiten und Investitionen im kulturellen und künstlerischen Bereich für die deutsche Sprachgruppe gemäß Beschluss der Landesregierung Nr. 886/2016 auf die ladinische und die italienische Sprachgruppe auszudehnen.

*Parificazione dei criteri per la concessione di vantaggi
economici per attività e investimenti culturali e artistici*

Gli uffici provinciali alla Cultura tedesca, italiana e ladina erogano annualmente vantaggi economici ad enti privati, pubblici e persone singole (associazioni, cooperative, comitati, fondazioni, ecc.) che non perseguono, di norma, fini di lucro, per lo svolgimento di attività culturali o artistiche ed investimenti (acquisto di attrezzature funzionali alle attività culturali, ristrutturazione e rimodernamento di strutture culturali) a vantaggio di tutta la popolazione dell'Alto Adige.

Sempre più si apprezza la pluralità dell'offerta culturale fruita da concittadini di tutti i gruppi linguistici così come dai cittadini comunitari e non che si trovano nel nostro territorio per motivi di studio o lavoro.

Con delibera n. 886/2016 (cultura tedesca), delibera n. 1127/2016 (cultura ladina) e delibera n. 1008/2016 (cultura italiana) sono stati stabiliti nuovi criteri ed è stata semplificata la procedura di concessione dei contributi, adeguandola alle direttive europee. Per esempio, viene prevista la possibilità di finanziamenti pluriennali, l'uso della posta elettronica certificata per la domanda di contributo, ecc.

Il confronto tra i sopraccitati criteri di assegnazione dei contributi alla cultura tedesca, ladina e italiana evidenzia un trattamento diversificato dei richiedenti elargitori di offerte culturali.

In un territorio come l'Alto Adige dove convivono più culture è importante proteggere e promuovere la diversità delle espressioni culturali, favorendo le condizioni nelle quali le culture possano prosperare e interagire reciprocamente in una dinamica di scambio libera e produttiva.

A tal fine si sottolinea quindi la necessità di porre tutti gli erogatori e i fruitori dell'offerta culturale locale nelle stesse condizioni per un equo sviluppo delle attività culturali e artistiche per tutti e tre i gruppi linguistici.

È evidente che i territori (le città e i paesi) e i gruppi linguistici hanno esigenze diverse, ma ci sono dei paletti (trasparenza e correttezza, solidità finanziaria, codice etico) che vanno oltre ogni gruppo linguistico e non ammettono discriminazioni di alcun genere. Non si tratta quindi di rendere omogeneo il panorama culturale o di eliminare la ricchezza della molteplicità, ma di verificare i criteri con cui vengono assegnati i mezzi pubblici, rispettando la diversità e la specificità delle attività culturali e artistiche per tutti e tre i gruppi linguistici.

Ciò premesso,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
impegna

la Giunta provinciale

ad applicare i criteri per la concessione di vantaggi economici per attività e investimenti culturali ed artistici della cultura tedesca anche a quella ladina ed italiana, estendendo ad esse i criteri contenuti nella delibera n. 886/2016.

Abgeordneter Nicolini, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

NICOLINI (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Grazie presidente. Questa mozione si propone l'equiparazione dei criteri che sono previsti per il gruppo linguistico tedesco con un'estensione verso i criteri del gruppo linguistico italiano per le attività culturali e artistiche delle associazioni.

Storicamente sono sempre stati equiparati sullo stesso piano fin dal dopoguerra, però essendo cresciuta l'importanza delle associazioni culturali e anche il peso delle iniziative e avendo visto che c'era bisogno anche

di una maggiore complessità del fenomeno, perché l'Europa nel frattempo era intervenuta sul fatto che bisognava fare dei bilanci ordinari anche per queste associazioni ove il fatturato avesse superato i 50.000 euro, in sede a tutte queste considerazioni la Provincia aveva deciso nel 2015 di regolare la regolamentazione delle associazioni culturali con una legge provinciale, poi nel 2016 i rispettivi assessorati hanno deliberato tre delibere, una per l'assessorato alla cultura tedesca, una ladina e una italiana.

Nonostante ci sia stata questa sequenza temporale, la delibera relativa al gruppo linguistico tedesco era molto più dettagliata e andava molto più incontro forse a quelle che erano le esigenze delle associazioni di stampo tedesco, ma anche delle associazioni che non sono dei grandi enti che si possono permettere dei commercialisti o possono permettersi anche dei *planer* che possono fare dei *business plan* e quindi il risultato è stato quello che la delibera del mondo tedesco era molto più semplificata per l'utente che doveva chiedere un finanziamento, mentre la delibera dell'italiano era piena di orpelli, la platea era meno estesa, i benefici contemplati erano minori e quindi in fin dei conti si dava più discrezionalità all'organo competente per decidere se questi contributi e vantaggi economici erano meritati o no.

Un'altra parte che mancava nella delibera italiana erano gli investimenti pluriennali in cultura, quindi anche questa parte è importante, perché ci sono dei programmi che sono più complessi e quindi hanno bisogno di più tempo per essere decisi.

In concreto, quindi, noi proponiamo l'estensione dei criteri che valgono per le associazioni di cultura tedesca verso gli enti di cultura italiana, quindi non vogliamo togliere niente, rispetto a quel che è la delibera dell'assessore tedesco, ma estenderla a vantaggio anche degli enti culturali e associazioni artistiche italiane. Grazie.

KÖLLENSPERGER (Team Köllensperger): Ich danke dem Kollegen Nicolini für die gemeinsame Behandlung! Ich hatte diesen Beschlussantrag bereits in der letzten Legislatur in einer sehr ähnlichen Form eingebracht und möchte auch angesichts der Debatte, die sich damals vor zwei Jahren oder letztes Jahr im Landtag entwickelt hat, noch einmal ein paar Sachen präzisieren. Damals ging die Debatte in die Richtung, als ob man hier das kulturelle Angebot zwischen Deutschen, Italienern und Ladinern vereinheitlichen möchte. Das gilt es natürlich nicht! Es geht hier einzig und allein um die Kriterien zur Vergabe von öffentlichen Geldern. Welches kulturelle Angebot danach damit inhaltlich umgesetzt wird, ist ein anderes Thema. Das hat damit nichts zu tun. Hier sticht natürlich ins Auge, dass die Kriterien bei der Vergabe sehr unterschiedlich sind. Gerade im italienischen Bereich sind einige Kriterien eingefügt worden, die eigentlich Willkür bedeuten, wie das Kriterium der "ampia fiducia". Wir wissen alle, warum das eingefügt wurde, nämlich damit man gewissen Kulturvereinen, die einem nicht genehm waren, kein Geld geben musste. "Ampia fiducia" bedeutet praktisch Willkür und Ermessensentscheidung. So etwas sollte niemals eine Basis bei der Vergabe von öffentlichen Geldern sein. Deswegen schlagen wir hier vor – und ich habe den Antrag im Vergleich zum letzten Jahr etwas umformuliert -, dass man die Kriterien für die Tätigkeit und für die Investitionen im kulturellen und künstlerischen Bereich für die deutsche Sprachgruppe auf die italienische und ladinische ausweitet. Dann hätte man bei den Kriterien Homogenität, natürlich nicht beim kulturellen Angebot. Ich möchte das schon einmal unterstreichen, damit die Debatte nicht wieder in eine eventuelle Angleichung der kulturellen Tätigkeiten abdriftet. Das soll es hier definitiv nicht sein. Es geht hier darum, dass man die durchaus gut geschriebenen deutschen Kriterien einfach für den gesamten Bereich auch für die italienischen und ladinischen Kriterien anwendet und Sachen wie eine vertrauensbasierte Vergabe von öffentlichen Geldern herausstreicht. Das kann es wirklich nicht sein. Dann soll jeder mit diesen Geldern das bestmögliche kulturelle Angebot für seine Sprachgruppe machen. Darum geht es hier und um nichts anderes! Deswegen ersuche ich um Annahme dieses Antrages. Wir wissen auch, dass die ganze Geschichte ja bereits vor dem Verwaltungsgericht anhängig ist, weil jemand im italienischen Kulturverein aufgrund des Fehlens eines Kriteriums, das nur im italienischen Beschluss drinnen ist, geklagt hatte. Damals wurde ihm Recht gegeben. Ich weiß nicht, wie das inzwischen weitergegangen ist. Aber es ist klar, dass, wenn man solche Kriterien verwendet, man die Tür auch für Rekurse aufmacht. Das sollten wir vermeiden. Ich glaube, die deutschen Kriterien funktionieren ausgezeichnet. Verwenden wir sie einfach für alle drei Sprachgruppen!

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Herr Präsident! Das Problem liegt einfach darin, dass man Ungleiches nicht mit Gleichem vergleichen kann. Mit "ungleich" meine ich nicht wertend, sondern einfach unterschiedliche kulturelle Voraussetzungen, das heißt, was die Verteilung der Kultur in Situationen auf Landesebene, aber auch was die Kulturarbeit als solche anbelangt. Wir müssen zum einen mal berücksichtigen, dass

die deutsche und die ladinische Kultur in Südtirol eine besondere Förderung genießt, weil wir eben eine Minderheit im italienischen Staat sind, während ja italienische Kulturorganisationen gesamtstaatlich durchaus tätig sein und auch von dieser Seite her gefördert werden können. In der kulturellen Ausrichtung besteht schon ein Unterschied, ob sich beispielsweise in Bozen eine Gruppe bildet und sagt: "Wir sind jetzt ein Kulturverein" oder ob wir vielleicht eine Musikkapelle haben, die seit 200 Jahren in unserem Land tätig ist, vielleicht ein Archiv besitzt, über eine umfangreiche Tätigkeit und über ein Vereinsleben verfügt. Das sind einfach inhaltliche Unterschiede.

Kollege Nicolini nennt im einleitenden Text ein sehr schlechtes Beispiel für die kulturelle Arbeit. Er sagt: "*Das vielfältige Kulturangebot trägt wesentlich zum Aufbau eines Ganzjahrestourismus in Südtirol bei. Die Projekte rund um die "Kulturhauptstadt Italiens" ...*" Das ist das schlechteste Beispiel, das du bringen konntest, weil dieses Projekt der Kulturhauptstadt Italiens, welches so schlecht verwaltet wurde, vor dem Rechnungshof gelandet ist. Der Kollege hier im Landtag, ohne ihn namentlich nennen zu wollen, hat Unsummen für dieses Projekt ausgegeben, auch im Vergleich zu Venetien, wo ungefähr 70.000 Euro ausgegeben wurden. In Südtirol wurde über 1 Million Euro für irrsinnige Projekte ausgegeben. Das hatte überhaupt nichts mehr mit Südtiroler Kulturarbeit zu tun. Dort wurden wir als eine Kulturregion Triveneto vermarktet. Also, da sage ich ganz ehrlich, dass ich froh bin, wenn wir unterschiedliche Kriterien haben und nicht alles gleichbehandelt wird, sondern der Stellenwert einer autochthonen Kultur erkannt wird. Das ist in Südtirol nun mal die deutsche und ladinische Kultur. Die Kultur der Italiener soll natürlich auch gefördert werden, aber diese kann man nicht mit einer kulturellen Tätigkeit von Vereinen, die über Jahrzehnte, ja manches Mal sogar über Jahrhunderte gewachsen sind, vergleichen, weil auch unterschiedliche Voraussetzungen dafür da sind. Deswegen bitte ich einfach den Landesrat, hier auch ein bisschen Aufklärung zu bieten, wie es mit den Fördermaßnahmen für die italienische Kultur in Südtirol aussieht und welche Möglichkeiten auch von staatlicher Seite gegeben sind, die wir Südtiroler in der Form vielleicht nicht bekommen können. Über ein bisschen Aufklärung darüber wäre ich Ihnen sehr dankbar.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): La materia toccata da queste due mozioni è piuttosto delicata e di solito questi criteri vengono trattati con le associazioni, abbiamo le consulte culturali e credo che questi criteri fissati dall'assessorato italiano, tedesco e ladino vengano discussi con le associazioni. Io sono sicuro che questo sia successo.

La penso un po' diversamente, però, dal cons. Knoll, cioè credo che su criteri diciamo metodologici tipo la trasparenza, la tenuta dei conti e i bilanci, le verifiche sui bilanci, eccetera, ci dovrebbero essere criteri uguali per tutti, cioè ci dovrebbe essere un catalogo di criteri che riguarda la correttezza della gestione delle associazioni, la modalità di presentazione delle domande, eccetera, che dovrebbe essere uguale per tutti, perché queste sono questioni che riguardano la trasparenza, la pulizia, il rigore, il controllo delle attività delle associazioni che ricevono benefici.

Dette queste cose, noi saremmo d'accordo sul punto 2 della mozione Nicolini, che dice esattamente quello che ho detto, cioè invitare i tre assessorati a definire un catalogo di criteri omogeneo, a prescindere dal gruppo linguistico, perché la trasparenza non è una questione che può essere applicata in maniera diversa dal gruppo linguistico, la tenuta dei bilanci non dipende dal gruppo linguistico, dipende da dei criteri di correttezza amministrativa che devono valere per tutti.

Più dubbi noi invece abbiamo sul punto 1 della mozione Nicolini e sulla mozione del collega Köllensperger e altri, cioè sul trasferire i criteri attuali che sono diversi – prendo atto che sono diversi – ma dire "quelli dell'assessorato tedesco sono migliori, li trasferiamo anche agli italiani e ai ladini", su questo qualche dubbio ce l'ho. Poi di solito quando vedo una mozione che è fatta da due gruppi vuol dire che qui c'è qualcuno che ha spinto per questa cosa, allora può darsi che ci siano una, due o tre associazioni che starebbero più comode con i criteri dell'assessorato tedesco, però qui si rischia di fare un favore a un'associazione e uno sfavore ad altre dodici. Noi siamo molto a favore di un'omogeneizzazione e voteremo il punto 2 della mozione Nicolini. Chiediamo ovviamente la *getrennte Abstimmung*.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Grazie presidente. Devo dire che già il dibattito ha dimostrato come il tema sia una questione estremamente complessa, al di là di come possa apparire nella percezione immediata. Voglio banalizzarlo: anche quando in alcune circostanze si è sostenuto e si è detto, ass. Achammer, ass. Vettorato, ass. Alfreider, che potrebbe bastare un'unica Intendenza scolastica in Alto Adige, io ho detto che è bello come concetto, molto affascinante, però... Quando è stato detto che potrebbe

bastare un unico assessorato alla cultura, perché questo permetterebbe una visione di prospettiva, guardate, per chi come me si è affacciato in questo Consiglio dicendo e sostenendo che si dovrebbe inseguire un modello Alto Adige che vada anche oltre, pur nell'orgoglio delle appartenenze di ciascuno, intendiamoci, alle singole appartenenze linguistiche – strano, eh, che lo dica Urzì, invece questo è stato da sempre detto e da sempre affermato, da pochi compreso – e quindi si dice che basterebbe un unico assessorato alla cultura, io dico che non sono convinto, non sono sicuro che sia la scelta giusta.

Quando io devo dare risposte alle singole scuole nel territorio della provincia di Bolzano e penso che ci sono situazioni di estrema difficoltà sul territorio, quindi c'è una consistenza minima, ass. Vettorato, di italiani a Brennero, forse conviene avere attenzione e cura di questa particolare situazione e quindi avere la deroga della deroga, cosa imparagonabile, a Brennero non c'è un problema dello stesso tipo per il gruppo linguistico tedesco, allora io dico che forse è bene avere distinzione di atteggiamenti e di rapporti per le diverse esigenze.

Quindi io dico bello il principio, però attenzione, io condivido anche le perplessità del collega Dello Sbarba, che peraltro non si è permesso di esprimere una sentenza definitiva, ma ci mette un enorme punto interrogativo, ecco ce lo metto anch'io un enorme punto interrogativo. Allora di fronte a due documenti che comunque chiedono un voto, bisogna anche scegliere che cosa votare, aderisco anch'io alla richiesta di votare un forte approfondimento da parte degli assessorati coinvolti, sulla necessità di trovare quel minimo comune denominatore legato alle necessità ed esigenze di trasparenza, chiarezza dei bilanci, rapporto con la pubblica amministrazione, però con la capacità anche di lasciare margini di differenziazione in rapporto alle esigenze speciali e particolari dei diversi gruppi linguistici.

Questo è il senso del mio intervento, quindi devo dire che anch'io arrivo alla conclusione della necessità di votare con convinzione il punto 2 della mozione Nicolini e di astenermi, con l'esigenza di un approfondimento preciso e puntuale rispetto al punto 1 della mozione Nicolini e al punto unico della mozione dei colleghi del Team Köllensperger. Grazie.

VETTORATO (assessore alla scuola italiana, formazione professionale italiana, cultura italiana, energia, ambiente - Lega Alto Adige – Südtirol): Grazie presidente. Una volta ogni tanto mi trovo d'accordo anche con il cons. Dello Sbarba, nel senso che ha fatto un intervento, con anche altri colleghi.

Qui c'è da fare una precisazione su come sono strutturate le associazioni culturali italiane rispetto a quelle del mondo tedesco e ladino. Io sono entrato in punta di piedi e sto chiaramente incontrando associazioni; le associazioni tedesche sono raggruppate in rete, *Heimatbühne*, eccetera, di quelle italiane ne sono nate tre, quattro o cinque che si sono divise negli anni e si sono create queste associazioni monocellulari – le chiamo io – anche di una, due o tre persone, quindi le difficoltà sul presentare della documentazione è dovuta al fatto che le associazioni culturali italiane non fanno rete, questa è la verità ed è uno degli obiettivi che mi sono posto per questi anni, cioè cercare di raggrupparle e magari possiamo mettere anche a disposizione, come assessorato alla cultura italiana, una persona che dia una mano a redigere la documentazione.

Sul caso specifico che è stato citato, il cons. Dello Sbarba diceva che quando due gruppi presentano più o meno lo stesso tema, vuol dire che è stato spinto da una, due o tre associazioni, in realtà è una sola l'associazione culturale che secondo me ha spinto.

Io vi leggerei le risposte che ha dato il TAR, che ha chiaramente bocciato il ricorso proprio su questi aspetti, quindi non sono io, Giuliano Vettorato, che dice qual è la problematica, ma è un giudice che si esprime:

"Dal confronto tra le tre delibere" – perché il ricorso verteva sul fatto che ci sono differenze tra la cultura italiana e la cultura tedesca e ladina – "di cui è stato dato ampiamente conto in precedenza, al netto delle differenze formali e strutturali delle medesime emerge con chiarezza che per tutti e tre i gruppi linguistici occorre allargare alla domanda per la concessione di un contributo nella forma dell'assegnazione in linea con la natura e lo scopo del contributo in questione previsto nei suoi elementi essenziali all'articolo 2, comma 3 della legge provinciale 9/2015, i bilanci e i documenti contabili approvati dall'organo competente dell'associazione istante." Quindi per tutti e tre i gruppi linguistici si capisce che comunque bisogna presentare i bilanci. "Per tutti e tre i gruppi linguistici, quindi, è richiesta la produzione di documentazione atta a dimostrare con un sufficiente indice di certezza la stabilità e l'affidabilità organizzativa e la stabilità finanziaria. Per tutti e tre i gruppi linguistici è previsto il raggiungimento di un requisito dimensionale, l'aver percepito nell'anno precedente un contributo provinciale per gli italiani pari a 25.000 euro, per i tedeschi pari a 200.000 euro, per i ladini superiore a 15.000 euro, variamente declinato in ragione della consistenza dei gruppi linguistici, laddove il requisito richiesto per gli operatori nell'ambito della cultura italiana è molto meno stringente di quello per gli omologhi tedeschi. La

censura di legittimità della delibera 1008/2016 perché discriminatoria per gli aspetti che qui rilevano nei confronti della ricorrente, non è dunque sorretta da alcun fondato elemento.

Rispetto allo Statuto di autonomia, perché è stato fatto anche un ricorso al TAR, eccetera, il giudice si esprime così: "Le disposizioni di cui agli articoli 2 e 15 dello Statuto di autonomia evocano il principio di tutela delle minoranze linguistiche, predicato all'articolo 6 della Costituzione, in cui sono evidente declinazione, posto che la protezione delle minoranze medesime non può prescindere dalla salvaguardia delle rispettive identità culturali.

La distinzione per gruppi linguistici è dunque la conseguenza diretta del principio di tutela delle minoranze linguistiche e opera nei campi in cui assume rilievo l'autonomia linguistica e culturale, quali la scuola e, appunto, la cultura. In questo quadro si giustifica per i particolari settori in cui si rileva l'autonomia dei gruppi linguistici, l'articolazione in strutture amministrative distinte in ragione dei gruppi medesimi. È il caso delle tre ripartizioni, quella italiana per la cultura, quella tedesca e poi quella ladina e per la scuola italiana, tedesca e ladina.

In sintonia con i principi richiamati dall'art. 3 della legge provinciale 9/2015 prevede a sua volta la nomina di tre consulte culturali, quali organi consultivi e competenti, ognuna per il proprio gruppo linguistico e assieme per l'individuazione di indirizzi comuni di politica culturale. Il delineato sistema normativo si struttura dunque sulla salvaguardia dell'autonomia e della specificità culturale di ogni gruppo linguistico. L'articolo 2 dello Statuto speciale per la regione Trentino-Alto Adige, riconosciuta la parità di diritti ai cittadini, quale che sia il gruppo linguistico di appartenenza, proprio in ragione di detta parità e con il chiaro intento di sradicare ogni discriminazione in ragione della lingua e preservare i diritti delle minoranze linguistiche, pone l'accento sulla salvaguardia delle rispettive caratteristiche etniche e culturali. A sua volta l'articolo 15 del medesimo Statuto chiarisce tra l'altro che gli stanziamenti destinati dalla Provincia a scopi culturali sono utilizzati in proporzione diretta alla consistenza di ciascun gruppo linguistico e in riferimento all'entità del bisogno del gruppo medesimo."

Quindi si capisce che fondamentalmente non ci sono discriminazioni, i criteri sono uguali, se alcune associazioni, e parlo chiaramente della cultura italiana, hanno difficoltà a produrre la documentazione è perché forse sono poco strutturate e quindi uno dei miei obiettivi è quello di fare rete. Grazie.

ACHAMMER (Landesrat für Deutsche Bildung, Deutsche Kultur, Industrie, Handwerk, Handel und Dienstleistungen, Arbeit, Integration - SVP): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf den Worten von Landesrat Vettorato nur einiges anfügen. Im Grunde trifft es ja in erster Linie die italienische Kulturabteilung. Nachdem ich mich, Kollege Köllensperger, noch ziemlich genau an die Diskussion erinnern kann, möchte ich eines wiederholen. Damals war das Thema schon ein zentrales. Wenn wir über die Angleichung der Förderkriterien reden, müssen wir unterscheiden, ob wir jetzt den technisch administrativen Teil meinen. Da gibt es keine großen Unterschiede zwischen dem deutschen und dem italienischen Bereich, denn sämtliche Förderkriterien des Landes müssen sich an Grundsätze der Transparenz halten. Es ist nicht so, dass die Italiener beispielsweise die Abrechnung der Kulturorganisationen nicht verlangen würden. Das müssen sie selbstverständlich genauso wie auf deutscher Seite und es ist auch zwischen den Kulturabteilungen gemeinsam passiert, dass man diese Kriterien, was den administrativen Teil betrifft, gemeinsam ausgearbeitet hat. Dann gibt es aber zugegebenermaßen auch in diesen Kriterien einen kulturpolitischen Teil, das heißt, welche Kriterien der jeweilige Kulturbeirat zur Begutachtung der Förderansuchen hernimmt, um eine Empfehlung auszusprechen. Das sind Ermessenskriterien, das ist ganz klar. Jetzt kann man darüber diskutieren. Wir haben im deutschsprachigen Bereich lange diskutiert, ob es jetzt 20, 25 oder 30 Kriterien sein sollen, möglichst viele oder möglichst wenige, es bleibt ein Umstand. Kultur ist nie – Gott sei Dank – eine mathematische Disziplin. Es wird immer eine begründete Empfehlung für einen Beitrag geben müssen und es sind immer Ermessenskriterien. Das kann nicht so genau sein, dass ein Empfänger eines Beitrages herausliest, dass er jetzt soundsoviel bekommen würde. Das würde auch eine Streitkultur in die Kultur bringen, das wäre unmöglich. Wir haben uns für einige entschieden, haben aber auch Streitfälle, das gebe ich zu, auch im deutschsprachigen Bereich, wo jemand meint, aufgrund dieser Kriterien nicht gut berücksichtigt worden zu sein. Aber – noch einmal – das sind und bleiben Ermessenskriterien und deswegen bin ich sehr dafür, dass sowohl der deutsch-, der italienisch- als auch der ladinischsprachige Bereich unterschiedliche kulturpolitische Ermessenskriterien anwenden kann. Wir haben unterschiedliche Situationen, nur muss man es dann gut begründen, warum man jemandem eine Förderung ausspricht oder nicht. Vielleicht auch da noch ein Aspekt dazu. Man hat dann gesagt, wer die Förderung ausspricht. Wie Kollege Dello Sbarba gemeint hat, gibt es Kulturbeiräte, die eine Empfehlung auszusprechen. Dann hat man gesagt: Wenn jetzt fünf Leute zusammensitzen und aufgrund dieser Kriterien eine

Empfehlung aussprechen, dann wird es wohl Abhängigkeiten geben oder was auch immer. Nachdem wir einige Streitfälle hatten, habe ich ein Gutachten von außen von einem Verwaltungsrechtler angefordert und gefragt: "Was tun wir in so einem Fall?" Also, wenn man die Förderung nicht aufgrund von Förderkriterien ablesen oder ausrechnen kann, sondern ein Ermessenspielraum gegeben ist, was ist das beste Vorgehen für eine saubere Verwaltung? Die Antwort war, so viel wie mögliche Sichtweisen in einen Kulturbeirat holen, damit man möglichst objektiviert, weil es nicht von drei abhängt und nicht von fünf, sondern vielleicht von zehn oder fünfzehn. Es muss noch handlungsfähig bleiben, aber zumindest sind verschiedene Positionen, die sich ausgleichen. Das tun wir beispielsweise im deutschsprachigen Bereich.

Eine kurze Antwort noch auf die Frage von Kollegen Knoll, der nachgefragt hat, wie es mit den Förderkriterien oder Empfangsnehmern auf staatlicher Seite ist. Ich kenne im Moment nur einen einzigen, den es auch im deutschsprachigen Bereich betrifft, und das ist das Haydn-Orchester. Das ist der einzige Empfänger von staatlichen Förderungen, wenngleich das italienische Kulturministerium in der letzten Amtszeit bereits sehr, sehr komplizierte dreijährige Kriterien eingefordert und eingeführt hat. Vor allem eines - glaube ich - habe ich bei der Debatte vor zwei Jahren gezeigt. Es ist eine mathematische Formel herausgekommen, Anzahl an Veranstaltungen, hochgerechnet an der Anzahl an Besuchern, hochgerechnet an fixen Anstellungen usw. Man hat versucht, das mit einer mathematischen Formel zu objektivieren. Das ist in die Hose gegangen. Es liegt alles vor dem Staatsrat. Dementsprechend gibt es auf unserer Seite meines Wissens, was den deutschsprachigen Bereich betrifft, mit denen wir arbeiten, nur eine einzige Institution und das ist das Haydn-Orchester, das vom italienischen Kulturministerium dreijährig gefördert wird, mit vielen Unsicherheiten, jetzt auch vor Gerichten, die im Moment noch zu klären sind. Auf italienischer Seite weiß Kollege Vettorato natürlich genau Bescheid.

NICOLINI (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Grazie presidente. La prima conferma che mi è stata data anche dall'ass. Vettorato è che il TAR è anche un organo politicizzato, se deve andare in questa direzione, quindi lì sarà da vedere il discorso di come sono fatte le nomine e mettere un po' mano alla materia.

Io con questa mozione volevo dare proprio un taglio pragmatico ed evitare qualsiasi considerazione etnica. C'è una delibera che riguarda le associazioni del mondo di lingua tedesca che funziona, perché è molto dettagliata e permette anche poi di conseguenza alle associazioni culturali di fare rete. Tutto parte dai regolamenti, le associazioni devono adeguarsi senza lasciare troppo spazio alla discrezionalità politica dell'assessorato, perché questo è accaduto, per questo noi abbiamo ripetuto dopo 5 anni la stessa mozione. Abbiamo cercato di vedere se il vento era un po' cambiato, se anche questo assessorato voleva comunque avere la mano libera per decidere con discrezionalità quali associazioni premiare e quali no, poi è chiaro che è arrivata da un'associazione perché noi tutti portiamo quello che ci chiedono i nostri cittadini, non è che mi sono inventato io che c'era un problema sui criteri di cultura. Detto questo, la cultura ha una forte influenza su quello che pensa la gente, sull'ideologia e dunque è uno strumento che dovrebbe essere lasciato libero, senza nessun criterio che lascia discrezionalità all'organo competente per decidere chi deve andare avanti e chi deve fermarsi.

Vorrei solo dire che il Comune di Bolzano non ha nessuna differenza di regolamento su quello che riguarda i contributi che anch'esso eroga alle associazioni di lingua italiana o tedesca, perché qua si tratta di determinare delle regole e non tanto di fare una valutazione su quale cultura dovrebbe essere premiata o no e più regole ci sono, più sono stringenti per chi deve presentare le domande, per chi deve ricevere un contributo, meno discrezionalità si può dare all'organo politico. Grazie.

KÖLLENSPERGER (Team Köllensperger): Wir haben natürlich mit einigen Kulturvereinen gesprochen und ich kann Ihnen bestätigen, dass alle italienischen Kulturvereine, mit denen wir geredet haben, daran interessiert wären, die deutschen Kriterien des 886er Beschlusses übernehmen und anwenden zu dürfen. Das ist natürlich erfolgt. Dieser hat einfach Kriterien gemäß den EU-Richtlinien festgelegt, gewisse Kriterien, wie eine finanzielle Stabilität oder Rechnungslegung, wobei es ein Unterschied ist, ob ich eine Bilanzforderung oder eine Abschlussrechnung mache. Gewisse Kriterien kennen keine sprachlichen Unterschiede. Es sollte eben so sein, dass man ex ante die Erfüllung der Kriterien und die Finanzierbarkeit des vorgelegten Kulturprogrammes kontrolliert und ex post dann die belegten Spesen und nicht, dass man ex ante eine politische Entscheidung treffen kann: "Du bist mir genehm" oder "Du bist mir nicht genehm". Dieses Problem hat in den letzten Jahren auf der italienischen Seite existiert, nicht so sehr auf der deutschen. Darum geht es hier, also

um diese Ungleichbehandlung bei der Vergabe von Geldern, die eben schon zu Rekursen geführt hat. Um das zu vermeiden, sollte man die Kriterien vereinheitlichen. Unser Vorschlag im Unterschied zum Beschlussantrag des Kollegen Nicolini ist jener, dass man die deutschen Kriterien auf alle drei Bereiche anwendet, um diese Probleme in Zukunft zu vermeiden.

PRÄSIDENT: Die Abgeordnete Foppa hat eine getrennte Abstimmung beantragt. Wir haben jeweils zwei Anträge vorliegen. Eine getrennte Abstimmung zwischen Prämissen und beschließendem Teil würde bedeuten, dass wir beim Beschlussantrag Nr. 52/19 drei Abstimmungen durchführen, über die Prämissen, über Punkt 1 und über Punkt 2 des beschließenden Teils, während wir beim Beschlussantrag Nr. 54/19 zwei Abstimmungen durchführen, einmal über die Prämissen und einmal über den beschließenden Teil.

Abgeordneter Dello Sbarba, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten, bitte.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Mi scusi presidente, se Lei si riferisce alla richiesta di *getrennte* Abstimmung che ho posto io, io avevo solo chiesto il punto 2 del cons. Nicolini. Per me la mozione Köllensperger può essere votata interamente e anche quella Nicolini le premesse e il primo punto anche interamente, solo il punto 2 è da separare.

PRÄSIDENT: Wir kommen zur Abstimmung über den Beschlussantrag Nr. 52/19.

Ich eröffne die Abstimmung über die Prämissen und Punkt 1 des beschließenden Teiles: mit 8 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 2 des beschließenden Teiles: mit 12 Ja-Stimmen und 22 Nein-Stimmen abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Beschlussantrag Nr. 54/19: 8 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Punkt 13 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 57/19 vom 25.2.2019, eingebracht von den Abgeordneten Unterholzner, Faistnauer, Köllensperger, Ploner A., Ploner F. und Rieder, betreffend doppelten Bonus für Stromautos."**

Punto 13) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 57/19 del 25/2/2019, presentata dai consiglieri Unterholzner, Köllensperger, Faistnauer, Ploner A., Ploner F. e Rieder, riguardante doppio bonus per veicoli elettrici."**

Doppelter Bonus für Stromautos

Der Ausbau der Elektromobilität kann zukünftig als wichtige Voraussetzung für die Reduzierung der negativen Auswirkungen des Verkehrs auf Mensch und Umwelt gesehen werden. Elektromobilität bringt zwar den Vorteil der Umweltfreundlichkeit mit sich – aber Elektrofahrzeuge sind derzeit noch unverhältnismäßig teuer und sind umwelttechnisch gesehen nicht so vorteilhaft wie pauschal angenommen.

Durch die Förderung von Elektroautos sorgt man indirekt für eine Entlastung der Umwelt. Doch im Verhältnis zu den Löhnen liegt der Kaufpreis von Elektroautos für die meisten Bürger/innen über dem finanziell Leistbarem. Folglich ist ein Elektroauto derzeit noch etwas für Besserverdiener und nicht für Normalverdiener.

Auf staatlicher Ebene soll mit 1. März 2019 ein sogenannter Öko-Bonus in Kraft treten, den die italienische Regierung in das Haushaltsgesetz eingebaut hat. Um den Stadtverkehr durch kleinere E-Autos zu entlasten, macht es sicherlich Sinn jene Bürger/innen zu unterstützen, die ein solches Fahrzeug anschaffen möchten. Denn kleinere Elektroautos sind nur für kurze Strecken geeignet, können aber sinnvoll zur Verbesserung der Luftverschmutzung und der Parkplatznot in den Stadtzentren beitragen. Demnach soll jemand, der ein Fahrzeug mit geringem Schadstoff-Ausstoß, umweltfreundlich kauft und sein altes verschrottet, einen Bonus von bis zu 6.000 Euro erhalten (ohne Verschrottung bis zu 4.000 Euro). Hinzu soll eine steuerliche Begünstigung für Elektro-Ladestationen kommen.

In Südtirol gibt es bereits seit 2017 eine Kaufprämie für Elektrofahrzeuge, die bis zu 4.000 Euro beträgt. Darüber hinaus wird für Ladesysteme ein Beitrag von 70 bis 80 Prozent der zugelassenen Ausgabe bis maximal 1.000 Euro gewährt.

Der neue Mobilitätslandesrat Daniel Alfreider will nun dafür sorgen, dass der staatliche Bonus für Elektroautos mit der Kaufprämie des Landes kumuliert werden kann. Die Südtiroler Landesregierung will alle Elektroauto-Ankäufe, speziell der höheren Klasse, weiterhin fördern. Hochpreisige E-Autos wie z. B. jene der Hersteller Tesla, Audi und Porsche leisten können sind absolut als Premiumfahrzeuge anzusehen. Deren Kauf ist daher nicht förderwürdig, weder auf staatlicher noch auf Landesebene. Dies vor allem deswegen, weil der Mehrwert in puncto Umweltfreundlichkeit sehr gering ist. Eine nicht differenzierte Förderung von Elektroautos macht folglich aufgrund des enorm unterschiedlichen direkten und indirekten Verschmutzungsgrades keinen Sinn. Hinzu kommt, dass Bürger/innen, die sich ein großes Premium-Elektroauto leisten können, einen ungenutzten Beitrag für die Luftreinhaltung leisten sollen.

Diese Förderungen sollen ausschließlich Normalverdienern zu Gute kommen, die eventuell durch Dieselfahrverbote in Zukunft finanziell unter Druck geraten.

Dies vorausgeschickt

*verpflichtet
der Südtiroler Landtag*

die Landesregierung,

- 1. einen Landesbeitrag ausschließlich auf Kleinelektrofahrzeuge bis zu 1200 kg Leergewicht bzw. mit einem Verbrauch von bis zu 15,0 kWh/100 km zu beschränken;*
- 2. ausschließlich "kleine" Elektroautos und Elektroscooter zu subventionieren;*
- 3. ausschließlich Privatpersonen bis zu einem Maximaleinkommen von jährlich 36.000 Euro Netto und Firmen zur Förderung zuzulassen, wobei im Falle letzterer besondere Aufmerksamkeit einer Vorbeugung von Missbrauch gewidmet werden soll.*

Doppio bonus per veicoli elettrici

Lo sviluppo dell'elettromobilità può essere visto come importante requisito per ridurre gli effetti negativi che il traffico ha sull'uomo e sull'ambiente. L'elettromobilità ha sicuramente il vantaggio di essere ecosostenibile, ma attualmente i veicoli elettrici sono ancora sproporzionatamente costosi, e, da un punto di vista tecnico-ambientale, non sono così vantaggiosi come si è portati a pensare.

Promuovendo l'elettromobilità indirettamente si contribuisce a migliorare la tutela dell'ambiente. Ma in proporzione agli stipendi, il prezzo di acquisto dei veicoli elettrici è al di fuori della portata della maggior parte dei cittadini e delle cittadine. I veicoli elettrici restano quindi ancora accessibili soltanto alle fasce più abbienti e non a chi percepisce un reddito medio.

A partire dal 1 marzo 2019 a livello statale entrerà in vigore il cosiddetto ecobonus previsto dalla legge di bilancio. È sicuramente giusto sostenere le persone che desiderano acquistare un'utilitaria a trazione elettrica e contribuire così a decongestionare il traffico cittadino. Tali mezzi si prestano soltanto ai brevi tragitti ma possono contribuire a combattere l'inquinamento atmosferico e a risolvere il problema dei parcheggi nei centri urbani. Una persona che decide quindi di acquistare un veicolo a basse emissioni di CO2 e di rottamare la macchina vecchia, contribuendo così alla tutela dell'ambiente, può ricevere fino a 6000 € di bonus (senza rottamazione fino a 4000 €). A questo si aggiunge un bonus fiscale per le colonnine di ricarica.

Già nel 2017 in Alto Adige è stato introdotto un premio per l'acquisto di veicoli elettrici che può ammontare a un massimo di 4000 €. Inoltre viene concesso un contributo pari al 70 o all'80% della spesa ammessa fino a un massimo di 1000 € per i sistemi di ricarica.

Il nuovo assessore alla mobilità Daniel Alfreider vuole impegnarsi affinché il bonus statale per veicoli elettrici possa essere cumulato con il premio di acquisto concesso dalla Provincia. La Giunta provinciale vuole continuare a promuovere l'acquisto di veicoli elettrici, in particolare quelli delle classi più elevate. Le macchine elettriche costose, ad esempio quelle prodotte da Tesla, Audi e Porsche, sono da considerarsi senza dubbio veicoli del segmento premium. Il loro acquisto quindi non va incentivato né a livello statale né a livello provinciale, soprattutto visto che il loro valore aggiunto per l'ambiente è molto basso. L'incentivazione indiscriminata di veicoli elettrici

non ha molto senso, in quanto ci sono differenze enormi nel grado di inquinamento diretto e indiretto. Le persone che possono permettersi un veicolo elettrico del segmento premium dovrebbero dare un contributo all'ambiente senza ottenere sovvenzioni.

Questi incentivi devono essere destinati soltanto a chi percepisce un reddito medio e rischia di trovarsi in difficoltà finanziarie a causa dei futuri divieti di circolazione delle vetture diesel.

Ciò premesso,

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
impegna*

la Giunta provinciale

- 1. a limitare il contributo provinciale soltanto ai piccoli veicoli elettrici con una massa a vuoto massima di 1200 kg o un consumo massimo di 15,0 kWh/100 km;*
- 2. a sovvenzionare unicamente "piccoli" veicoli elettrici e scooter elettrici;*
- 3. a prevedere i bonus soltanto per privati con un reddito annuo massimo di 36.000 € netti e per le aziende, facendo particolare attenzione in quest'ultimo caso alla prevenzione di eventuali abusi.*

Abgeordneter Unterholzner, Sie haben das Wort für die Erläuterung, bitte.

UNTERHOLZNER (Team Köllensperger): Danke, Herr Präsident, sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Elektroautos und die Förderungen in ganz Europa sind in aller Munde. Wie wir alle wissen, sind Elektroautos derzeit noch im Hinblick auf Kosten-Nutzen viel zu teuer. Es wäre gut, wenn die Kollegen zuhören würden, dann würden sie nachher vielleicht gut entscheiden. Es tut mir leid, ich meine das ernst, aus gegenseitigem Respekt, weil es genau diese Herren betrifft. Ich schicke voraus, dass ich absolut dafür bin, die Umwelt zu schonen und zu schützen. Ich und Personen in meiner Firma fahren seit 10 Jahren Elektroautos. Wir haben ein Werkstattnetz mit 28 Werkstätten aufgebaut und Leute ausgebildet, all das ohne Förderungen. Das zeigt, dass man auch etwas für die Umwelt machen kann, wenn man umweltbewusst ist, auch ohne Förderungen. Es spricht absolut nichts dagegen, wenn man kleine Autos fördert, die Sinn machen. Wenn wir jetzt hergehen und einen doppelten Bonus für große Fahrzeuge, für große Hersteller und für Premiumfahrzeuge geben, dann glaube ich, ist das eine komplett falsche Botschaft aus diesem Hause. Es darf nicht soweit kommen, dass diese Förderung für einen Tesla, einen BMW oder einen Porsche gewährt wird. Wenn es wirklich soweit kommt, dann werde ich meinen Tesla verkaufen, weil ich mich schäme. Das sage ich ganz offen, auch nach Rücksprache mit einigen Unternehmerkollegen, die bereits Elektroautos fahren. Sie bestätigen mir, dass es nicht sein kann, dass ich mir heute einen Tesla oder einen Porsche kaufen kann und dann noch eine Förderung dafür bekomme. Genau aus diesem Grund ersuche ich - und habe den Beschlussantrag auch so formuliert -, wenschon kleine Autos für die Stadt, welche eine Autonomie von 100 Kilometern haben, oder Elektro-Scooter zu fördern. Das mag richtig sein, aber nicht große Autos oder Premiumfahrzeuge! Als Experte rate ich Euch einmal die Daten anzuschauen. Heute hat ein Euro-6-Diesel eine Umweltbilanz von 196 Gramm pro Kilometer CO₂ und ein Elektroauto – das sind Durchschnittswerte – 199 Gramm pro Kilometer CO₂ Ausscheidung. Deshalb sage ich nicht, dass ich gegen die Elektromobilität bin, aber dass man vernünftige Entscheidungen trifft und das Steuergeld vernünftig einsetzt. Man sollte es nicht Leuten geben, die es absolut nicht notwendig haben, so was gefördert zu bekommen.

PRÄSIDENT: Bevor wir zu den Wortmeldungen kommen, möchte ich die Gelegenheit wahrnehmen und die 5B Verwaltung-Wirtschaftsfachoberschule Brixen mit Prof. Helmuth Plaickner recht herzlich hier im Landtag begrüßen!

Abgeordneter Leiter Reber, Sie haben das Wort.

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Ich kann insofern nicht nachvollziehen, dass auch nur die großen Kategorien sozusagen unterstützt werden und nicht jene Bereiche, wo vielleicht derzeit die Technik viel empfindlicher ist. Aber ich möchte dir, lieber Sepp, hier persönlich für diesen Antrag danken, denn du bist für mich ein Held, der immer wieder auf Facebook und überall den Diesel verteidigt. Du fällst nicht in diesen Hype mit ein und sagst, dass alter Diesel total abzuschaffen wäre. Du verteidigst ihn wirklich mit Herzblut. Meine Stimme bekommst du deshalb auch für diesen Antrag.

STAFFLER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Elektromobilität gehört heute und in Zukunft zum Verkehrsmix, kann man sagen. Es ist nicht die Lösung aller Probleme, aber die Elektromobilität wird ihren Teil zur Lösung der Verkehrsproblematik beitragen, aber nicht zur Verkehrsproblematik in dem Sinne, was jetzt Staus und Verkehrsschlangen betrifft, sondern wenn es um die Luftqualität geht. Wir müssen ein bisschen unterscheiden. Es gibt natürlich - und das steht im Beschlussantrag richtig drinnen - eine indirekte Entlastung, was den CO₂-Ausstoß betrifft. Wieso indirekt? Weil wir als Fahrer mit Elektromobilität den CO₂-Ausstoß in der Stadt oder auf der Straße nicht haben, aber irgendwo haben wir ihn, falls die Stromproduktion nicht von regenerierbaren Ressourcen kommt. Das heißt, solange wir Kohlestrom, Gasstrom oder Atomstrom haben, ist natürlich die Ökobilanz nicht unbedingt positiv, was den CO₂-Haushalt betrifft. Ausgenommen sind natürlich die Atomkraftwerke, aber die wollen wir in Zukunft hoffentlich nicht mehr haben. Die Elektromobilität hat sehr wohl eine direkte Entlastung zur Folge. Wir kennen ja die Problematik bei uns in Südtirol. Ich möchte nur auf die A22 und auf die Italienstraße in Bozen verweisen. Dort gibt es Messungen, die besorgniserregend sind. Oder auf der Romstraße in Meran sind die NO₂- oder NO_x-Werte über dem Grenzwert. Wir wissen das schon seit Jahren. Wenn es bei solchen punktuellen Einsätzen gelingt, durch Elektromobilität Benziner und Diesel aus dem Verkehr zu ziehen, dann können wir uns natürlich etwas erwarten. Aber wir dürfen an dieser Stelle auch die Elektromobilität weder in den Himmel heben, noch verteufeln. Es ist eine komplizierte und komplexe Angelegenheit. Es geht schlussendlich immer um die Umweltbilanz, weil Umweltbilanz bedeutet, dass praktisch ein Produkt vom ersten Startpunkt der Entstehung bis zur endgültigen Verschrottung bzw. bis zum endgültigen Recycling mit Umweltparametern bedient wird. Man versucht zu verstehen, ob die Umweltbilanz positiv oder negativ ist. Die Umweltbilanz ist etwas ganz Wichtiges und mit der Umweltbilanz werden wir uns in Zukunft in allen Bereichen unseres täglichen Lebens immer mehr beschäftigen müssen. Also bezüglich Umweltbilanz sind sich die Fachleute heute noch nicht ganz einig, aber einig sind sie sich sehr wohl darüber, dass die Premiumfahrzeuge in der E-Mobilität, von der Umweltbilanz her gesehen, negativ ausfallen, während die Kleinfahrzeuge positiv aussteigen. Aus diesem Grund finden wir den Antrag für unterstützenswert und denken, dass man in diese Richtung gehen sollte. Danke schön!

NICOLINI (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Grazie presidente. Io volevo rivolgermi al cons. Unterholzner. Noi siamo per promuovere a tutti i costi la mobilità elettrica e apprezzo molto quindi che sia stato portato a tema e nonostante il grande rispetto e considerazione che ho per il consigliere, io non sono d'accordo su un punto e per questo chiederemo anche la votazione separata, su quello che limita il *bonus* soltanto ai privati con il reddito annuo inferiore ai 36.000. Il limite per le auto di grossa cilindrata ci deve essere, per le grosse potenze, così come c'è anche negli incentivi nazionali, infatti quelli sono previsti fino a 61.000 euro, proprio per far entrare la Tesla Model 3, ma un limite invece per chi comunque vuole contribuire a inquinare un po' meno, anche se ha un reddito più alto, io sono totalmente favorevole.

Quello della mobilità elettrica è un grande tema, spero che si parlerà ancora di questo perché non riguarda soltanto l'inquinamento che produce la macchina, ma soprattutto l'approvvigionamento energetico che viene per spingere le auto elettriche. Grazie.

LANZ (SVP): Die Einführung von neuen Technologien ist natürlich immer damit verbunden, dass es zu Beginn eine Zündung braucht. Es braucht Motivatoren. Es braucht Bewegungen in eine Richtung, ohne eigentlich zu wissen, ob es die richtige Richtung und dann auch zielführend ist. Aber ich glaube - wie auch die Vorredner gesagt haben -, dass die Elektromobilität eine Alternative zur heutigen Mobilität ist und deswegen auch gefördert und unterstützt gehört. Ich möchte da der Landesregierung und dem zuständigen Landesrat Komplimente aussprechen, dass man sich in diese Richtung aktiviert hat und das dementsprechend fördert. Ich bin persönlich gegen diesen Antrag und haben es auch so in der Fraktion besprochen. Der Landesrat wird in der Ausführung bestätigen, dass wir Maßnahmen treffen wollen oder müssen, die Richtung Umwelt gehen und nicht in andere Bereiche. Deswegen ist es wichtig, dass es gemacht wird, aber ich persönlich bin dagegen, und zwar aus einem bestimmten Grund. Wir reden hier immer von der Abschaffung von zusätzlichen Hürden, von zusätzlichen Regelungen, von zusätzlichen Kontrollen und von zusätzlichen Maßnahmen. Und wir reden immer von der Aufwertung der Eigenverantwortung. Die Möglichkeit, einen Beitrag zu beantragen, heißt, dass man die Möglichkeit hat, einen Beitrag zu beantragen. Wenn wir in einem Jahr hier sitzen und die Statistiken anschauen, dann bin ich gespannt und würde gerne sehen, ob diejenigen, die heute sagen, dass sie keinen Beitrag brauchen, auf diesen verzichten, denn es ist ja möglich. Insofern bin ich gegen diesen Beschlussan-

trag, weil ich es sinnvoll sehe, dass man diese Initiative womöglich unterstützt. Ich ersuche den Landesrat, hier andere Thematiken miteinfließen zu lassen, denn die Forcierung dieses Bereiches bringt unweigerlich andere Problematiken mit sich. Ich denke an das Versorgungsnetz, die Versorgung generell mit Strom, wie das gehandhabt wird, aber vor allem auch alternative Möglichkeiten dazu. Danke!

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Als ich vorher den Kollegen Unterholzner gehört habe, ist mir das Zitat von Silvius Magnago eingefallen, der mal gesagt hat: "Wenn jeder Südtiroler einen Hubschrauber braucht, dann wird es Förderungen dafür geben, dass jeder Südtiroler einen Hubschrauber bekommt." Vielleicht sagt Landesrat Alfreider mal: "Wenn jeder Südtiroler einen Tesla braucht, dann gibt es die Förderung für einen Tesla." Aber Scherz beiseite! Du hast natürlich auf diese Kategorie von Autos angespielt. Es ist nachvollziehbar, wenn man sagt, dass die Förderung der Elektroautos nicht für Luxusautos, sondern nur für Kleinfahrzeuge da sein sollte. Nur etwas sticht mir dabei ins Auge: Was ist beispielsweise mit Nutzfahrzeugen von Firmen, wenn jetzt eine Firma einen Klein-Lkw oder einen Lkw hat? Hier spricht man ausschließlich von kleinen Elektroautos. Das ist dann kein kleines Elektroauto mehr. Vielleicht müsste man eine Unterscheidung für Unternehmen machen. Du kannst danach erklären, wie es gemeint ist. Das wäre meine Frage, weil grundsätzlich stimmen wir schon zu. Es soll jetzt nicht das Luxussegment mitgefördert werden, wie wohl es eine Grundsatzdiskussion ist. Wenn man will, dass man auf Elektroautos umstellt, dann kann man sich ja die Grundsatzfrage stellen: Fördern wir einfach alle, egal, in welchem Segment? Das ist eine Philosophie, der man sich natürlich in Förderkriterien immer stellen muss. Fördere ich alle oder nur eine bestimmte Sparte der Bevölkerung? Es wird letztens eine Preisfrage sein, ob wir es uns leisten können, alle zu fördern, wahrscheinlich nicht. Deshalb erscheint es in einem ersten Schritt sicherlich sinnvoll, einmal die Kleinwagen zu fördern, auf dass dieser Hinweis drinnen ist, dass man ab einer bestimmten Einkommensgrenze nicht mehr förderungsbedürftig ist. Das erscheint durchaus sinnvoll. Aber, wie gesagt, hier wäre einfach die Präzisierung erbeten, wie es mit Unternehmensautos aussieht. Ich glaube, gerade dieser Bereich ist ein großer Sektor, auf den wir eigentlich ein Hauptaugenmerk legen müssen, wenn wir uns beispielsweise die Entwicklung auf der Brennerautobahn anschauen. Ich bin kein Freund der Dieselfahrzeuge, aber aus anderen Gründen. Dann geht die Entwicklung in Zukunft auch in Richtung Elektro-Lkws einzusetzen. Es gibt ja auch Projekte mit Oberleitungen usw. Dann haben wir die Wasserstoffwagen, wo wir ja das Versuchszentrum in Südtirol haben. Also, hier gibt es verschiedene Technologien, die im Moment angedacht werden. Ich glaube, laut aktuellem Stand wird der Trent eher hin zu batteriebetriebenen Autos gehen, eher nicht zu Wasserstoff und Oberleitungen, aber das ist meine persönliche Einschätzung. Aber, wie gesagt, es wird hier sicherlich eine Förderung von Lkws und Kleinlastkraftwagen usw. brauchen. Deswegen bitte ich um eine Präzisierung.

LOCHER (SVP): Geschätzter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es ist ein sehr interessantes - Josef und von dir als Wirtschaftsfachmann – Thema und vor allem eine sehr interessante Thematik. Ich glaube, in Südtirol erleben wir tagtäglich in den Winter-, Frühlings-, Sommer und Herbstmonaten, wieviel Verkehr durch unser Land rollt und wie groß die Belastung durch die diesel- und benzingetriebenen Fahrzeuge ist. Deshalb müssten wir in Südtirol die Ersten sein, Innovationen und Initiativen in diese Richtung zu fördern. Dieser Antrag ist vielleicht ein bisschen zu früh. Wenn wir sagen könnten, dass mindestens 10 Prozent von der Elektromobilität heute schon unterwegs ist, dann würde mir das gut gehen, aber ich möchte mich da schon unserem Fraktionssprecher, Herrn Lanz, anschließen. Es ist noch ganz wenig. Jetzt schon eine Klassengesellschaft zu machen, wäre absolut zu früh. Ich komme aus der Landwirtschaft und sehe heute schon die elektrobatteriegetriebene Motorsäge sowie die Mähmaschine mit Elektroantrieb. Das heißt, dass hier eigentlich Initiativen besonders förderungswürdig sind. Innovation soll uns nicht hindern. Mir ist es auch manchmal ein Dorn im Auge - es klingt zwar sehr schön nach außen -, nur eine gewisse Klassengesellschaft, die sich dies sonst nicht leisten kann, zu fördern. Die anderen schließen wir wieder aus, denn im Grunde genommen sollten wir die Leute, die sehr, sehr tüchtig in Südtirol sind, nicht auf der Strecke lassen. Ich weiß schon, dass das sehr sozial gedenkt ist, vielleicht nicht immer interessant, aber auf der anderen Seite ist das momentan ein so kleiner Prozentsatz, dass uns die Umwelt einfach mehr wert sein muss. Das haben wir schon einige Mal mit den ganzen Thematiken und Verkehrsproblematiken erlebt. Mir geht jedes Thema gut, nur Elektro muss vorangetrieben werden. Denken wir auch daran, dass wir momentan 2,5 Milliarden Kilowatt Verbrauch und 5 Milliarden Kilowatt Produktion in Südtirol haben. Wir sind bei Weitem noch über dem, was wir verbrauchen. Das heißt, dass wir in Südtirol noch momentan das Doppelte produzieren, was wir verbrauchen. Es ist von mir aus gesehen ganz entscheidend, dass wir auch hier keine Zwei-Klassengesellschaft schaffen,

dass wir der Umwelt und der Elektromobilität zuliebe eigentlich sehr sehr Vieles machen können. Ich glaube, eines ist ganz wichtig, die Sensibilisierung, darauf hinzuweisen, dass wir für Elektromobilität etwas machen. Das müsste unsere Botschaft aus dem Landtag absolut sein, in eine Richtung zu gehen. Die Umwelt wäre mir in diesem Moment viel viel lieber, als wieder eine Klassifizierung zu machen. Ein Thema muss uns wichtig sein: Das Klima wird sicherlich eines der größten Herausforderungen in Zukunft werden und auch für uns in der nächsten Periode. Danke schön, jedenfalls! Ich glaube, Elektromobilität soll gefördert werden.

TAUBER (SVP): Lieber Präsident, liebe Eingebler! E-Mobilität ist natürlich aktuell noch ganz, ganz niedrig in Südtirol. Fakt ist, dass es international ein großes Thema ist. Wenn wir beispielsweise an China denken, wie stark die Großmächte aktuell die E-Mobilität fördern, um einfach diesen Markt nach vorne zu treiben, dann ist es richtig, dass wir das in Südtirol genauso machen. Ich bin ein Unternehmer und bin der Meinung, dass alles, was einfach ist, den Menschen hilft, hier ganz gewaltige unterschiedliche Charakterisierungen zu schaffen und unterschiedliche Thematiken aufzustellen, für den einen schon und für den anderen nicht, da schon und da nicht. In einer Zeit, in der wir wirklich noch sehr mager unterwegs sind, ist das wirklich zu überdenken. Meiner Meinung nach geht es darum, die Sensibilisierung zu fördern, vor allem auch den Leuten vor Ort, die diese E-Autos heute nutzen, die Dinge so aufzustellen, dass sie effektiv fahren können, die Territorien besser auszustatten, die Gemeinden zu optimieren, vor Ort überall Zapfsäulen richtig zu positionieren, damit auch die Dinge gut funktionieren. Grundsätzlich glaube ich, dass wir in dieser Zeit einfach E-Autos unterstützen sollen, für die Umwelt insgesamt. Es ist natürlich ein Teil des Ganzen und wird nie das Gesamtpaket Südtirols betreffen. In diesem Sinne denke ich sind wir dafür ein bisschen Liberalisierung. Danke schön!

ALFREIDER (Landesrat für Ladinische Bildung, Ladinische Kultur, Verkehrsnetz, Mobilität - SVP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Danke vor allem für die Diskussion, wobei ich die Einbringer eines schon fragen muss: Worum geht es eigentlich? Um die Punkte, die hier angeführt worden sind, sprich um eine spezifische Maßnahme oder die allgemeine Diskussion um Mobilität, umweltfreundliche Mobilität, alternative Energien usw.? Hier ist es sehr, sehr wichtig, dass wir uns noch stärker mit dieser Thematik auseinandersetzen, wie Kollege Tauber jetzt gerade gesagt hat. In diesem Bereich Mobilität und umweltfreundliche Bewegung braucht es noch sehr, sehr viel Engagement von uns allen. Was können wir Südtiroler, jeder einzelne von uns, als Beitrag leisten, um zu einem Punkt zu kommen, weniger Umweltbelastung, weniger Lärmbelastung und weniger Luftverschmutzung zu haben? Ich muss aber schon sagen: Eines ist das Thema im Allgemeinen anzuführen und etwas anderes sind diese drei Punkte, die hier angeführt worden sind.

Zu Punkt Nr. 1, einen Landesbeirat ausschließlich für Kleinfahrzeuge vorzusehen: Wir sehen die Maßnahme zur Förderung von Elektrofahrzeugen bzw. hybriden Fahrzeugen vor, welche für uns einmal eine Innovationsförderung sein müsste. Die Technologie soll weiter gefördert werden; jeder einzelne kann einen Beitrag leisten. Natürlich ist der Beitrag viel kleiner, wenn ein großes Fahrzeug gekauft wird. Natürlich fällt der Beitrag viel größer aus, wenn ein kleines Fahrzeug gekauft wird. Und hier finde ich es einfach manchmal schon verrückt, wie man ein technisches Thema ... Sie haben sich ja selbst als Experten in diesem Bereich ernannt, wobei ich die Aussagen von Kollegen Locher viel, viel konkreter fand, da man auf die konkreten Bedürfnisse eingeht, die zum Beispiel einen gewissen Technologievorsprung auch in den verschiedenen Bereichen führen, sprich in der Landwirtschaft, in der Mobilität und in der Automobilindustrie. Diese Förderung gibt es seit Jahren. Das ist nichts Neues. Das ist nicht etwas, was wir jetzt in diesem Moment erfunden haben. Jetzt hat auch der italienische Staat eine zusätzliche Förderung vorgesehen, um in die Elektromobilität zu investieren. Also führen wir hier wieder ein bisschen Klarheit in die Diskussion. Vielleicht könnten wir uns das nächste Mal in den Gesprächen vorher austauschen. Wir haben in Trient über dieses Thema gesprochen und anschließend kam dieser Beschlussantrag, den ich für die Diskussion der Elektromobilität sehr befürworte. Durch die entstandene Diskussion können wir darüber diskutieren. Sie sagen selbst, dass man durch die Förderung von Elektroautos indirekt für eine Entlastung der Umwelt sorgt. Wir haben das Thema in den großen Städten der Peripherie und auf den Dolomiten-Pässen, wo wir alle sagen: Es braucht eine Green-Mobility, damit wir unsere Umwelt schonen. Jeder von uns kann seinen Beitrag leisten. In diesem Sinne ist das auch gesehen. Schon seit einiger Zeit sind Förderungen in einem Ausmaß von bis zu 4.000 Euro in Südtirol vorgesehen. Es stimmt, was vorhin von Kollegen Locher gesagt worden ist: Es gibt gerade mal 0,5 Prozent Elektrofahrzeuge in Südtirol. Das heißt, es gibt hier sicherlich eine riesen Anzahl an Elektrofahrzeugen nach dieser Förderung, die wir schon seit Jahren haben. Aber mit diesem Beitrag wird diese Anzahl erhöht werden. Es stimmt auch, dass Südtirol ein Land ist, das selbst Energie aus natürlichen Ressourcen produziert und gerade diesen Weg würden wir gehen. Wir

wollen aus unseren natürlichen Ressourcen die Energie so gut wie möglich umsetzen, damit wir keine Umwege haben, damit wir nicht unnötig Energie von außen einkaufen müssen, damit wir das, was hier produzieren, selbst als Energie nutzen können. Daran werden wir weiterarbeiten.

Punkt 3 wurde auch von Kollegen Lanz vorhin kurz angeschnitten. Wir reden jeden Tag davon, dass wir die Bürokratie abbauen müssen, dass wir leichte Maßnahmen und schnelle Wege finden müssen. Das, was Sie hier vorschlagen, wäre wieder ein Schritt in Richtung mehr Bürokratie, mehr Aufwand und mehr Personalressourcen, die man wieder braucht, um was zu machen? Uns selbst wieder Hürden aufzuerlegen, was wir absolut ablehnen. Es gibt schon viel zu viel Bürokratie, und wir möchten hier einfache Lösungen, um unsere Maßnahmen auch umzusetzen. Deswegen sind wir zum Schluss gekommen, dass wir diesen Antrag in allen drei Punkten absolut ablehnen müssen, wobei wir die Debatte – und ich bedanke mich persönlich dafür, dass das Thema überhaupt zur Diskussion kommt - natürlich weiterführen müssen. Was wollen wir als Südtiroler tun, um in dieser weltweiten Entwicklung einen kleinen Beitrag zu leisten? Was kann jeder Einzelne von uns tun, damit wir in den Städten eine bessere Mobilität und auch eine bessere Luft in Zukunft haben werden? Was können wir auf unseren Dolomitenpässen tun, damit es eine neue umweltfreundliche Mobilität gibt? Da gibt es viel Handlungsbedarf. Es braucht natürlich noch viel Einsatz von uns allen, damit wir hier eine gute Lösung finden. Danke!

UNTERHOLZNER (Team Köllensperger): Herr Präsident! Ich habe es mir nicht viel anders erwartet. Also, die kleinste Bürokratie ist, wenn wir keine Förderung machen. Diese Förderung – wie ich die Frage gestellt habe – ist ganz klar definiert. Ich kann Ihnen auch zwei Zahlen nennen. Derzeit gibt es in Südtirol 450 zugelassene Elektroautos. Sie können jeden fragen, ob er ein Elektroauto mehr oder weniger gekauft hätte mit oder ohne Förderung. Und auch zum Kollegen Locher, ganz klar und unmissverständlich: Ich bin absolut für Innovation und nicht gegen die Elektromobilität. Ich bin nur dagegen, dass wir hier in diesem Haus die Automobilindustrie unterstützen. Wenn wir die Premiumfahrzeuge unterstützen, also ein großes Elektroauto, das als Premiumfahrzeug eingestuft wird, dann kann man das nicht verallgemeinern. Genau aus diesem Grund habe ich auch ein Netto-Lohn-Einkommen mit 36.000 Euro gedeckelt. Wieso? Wir in diesem Haus werden so um die 50.000 Euro Netto im Jahr verdienen. Deshalb sollte es uns nicht einfallen, dass wir noch ein Elektroauto gefördert bekommen. Elektroautos – wie gesagt – sind aus meiner Sicht absolut förderungswürdig. Jeder, der es sich leisten kann, soll und kann sich gerne ein Elektroauto kaufen. Ich spreche nicht dagegen. Mir geht es hier rein um die Sache. Ich kann einfach nicht vertreten - ihr werdet das schon imstande sein, den Leuten draußen zu erklären -, dass, wenn ich einen Tesla kaufe, dann noch einen Beitrag erhalte. Ich habe mit einigen Unternehmerkollegen Rücksprache gehalten, die bereits seit Jahren Elektroautos fahren, Tesla und Co. Kein einziger hat mir geantwortet: "Ich hätte das Auto nur gekauft, wenn ich eine Förderung bekomme." Ganz im Gegenteil: Jeder von diesen Unternehmerkollegen würde sich schämen, die Hand aufzuhalten und für – ich präzisiere – ein Elektropremiumfahrzeug, also nicht für ein Kleinauto, eine Förderung zu beanspruchen.

Ich danke dem Kollegen Liter Reber für die Unterstützung! Es geht mir rein um die Sache. Auch wenn ich ab und zu etwas zum Diesel poste, heißt das noch lange nicht, dass ich gegen die Elektromobilität bin. Ich will einfach ehrlich als Fachmann sprechen. Und das darf ich sagen, weil ich 40 Jahre in dieser Industrie war und sie somit in- und auswendig kenne. Deshalb möchte ich hier mehr als Experte und weniger als Politiker sprechen. Ich vertrete absolut die Förderung und die Maßnahmen, um die Luftreinhaltung zu unterstützen.

Vielleicht noch ein Punkt zum Kollegen Staffler! Es gibt EU-Richtlinien und Werte, die man natürlich einhalten muss. Er bestätigt mir richtigerweise, dass die großen Elektroautos eine schlechtere Umweltbelastung aufweisen als die Diesel-Fahrzeuge. Genauso gibt es die Messungen entlang der Autobahn, wo es EU-Vorschrift ist, dass diese 25 Meter außerhalb der Straße und nicht neben dem Auspuff zu messen sind. Leute, entweder wir halten diese Sachen alle ein oder wir halten sie nicht ein! Viel bessere Initiativen und Maßnahmen wären es, wenn wirklich mal jeder vor seiner Haustür kehrt und im Sommer Sommerreifen und im Winter gute Winterreifen montiert. Man sollte kontrollieren, ob der Reifendruck stimmt, und die Autos gut warten. Das wäre der beste Beitrag für eine saubere Umwelt. Das sind am wenigsten Schikanen gegenüber unseren Handwerkern und gegenüber den Leuten, die jeden Tag arbeiten und jeden Tag auf ihr Fahrzeug angewiesen sind. Deshalb entscheidet aus eurem Bauchgefühl! Ich glaube einfach, dass wir diese Botschaft nach außen senden sollen, dass wir Ja die Elektromobilität fördern, aber keine Premiumfahrzeuge. Danke!

PRÄSIDENT: Zur Präzisierung, Landesrat Alfreider, bitte!

ALFREIDER (Landesrat für Ladinische Bildung, Ladinische Kultur, Verkehrsnetz, Mobilität - SVP): Nur ganz kurz, damit das auch festgehalten wird: Erstens, es wird niemand gezwungen – das können Sie auch Ihren Kollegen sagen –, Förderungen zu beantragen. Zweitens, das haben Sie jetzt nicht gesagt: Sie beantragen im dritten Punkt, dass nur Privatpersonen bis zu einem Maximaleinkommen von jährlich 36.000 Euro Netto und Firmen eine Förderung bekommen können. Nur, damit es nach außen hin klar ist: Diesen Unterschied machen wir nicht!

PRÄSIDENT: Wie vom Abgeordneten Nicolini beantragt, stimmen wir getrennt über den Beschlussantrag ab.

Ich eröffne die Abstimmung über die Prämissen und die Punkte 1 und 2 des beschließenden Teiles: mit 13 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 3 des beschließenden Teils: mit 19 Nein-Stimmen, 13 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Ich schlage vor, dass wir zur Behandlung von Tagesordnungspunkt 9 zurückkehren, **Beschlussantrag Nr. 44/19.**

Es sind noch zwei weitere Änderungsanträge eingegangen.

Der Änderungsantrag, eingebracht vom Abgeordneten Urzi, lautet: "Im beschließenden Teil werden die Wörter "an der Gedenkfeier zum Jahrestag der Befreiung des KZ Mauthausen am 5. Mai 2019 zu ermächtigen" durch folgenden Wortlaut ersetzt: "an den alljährlichen Gedenkfeiern zum Jahrestag der Befreiung des KZ Mauthausen zu fördern"."

"Nella parte dispositiva la parola "autorizzata" viene sostituita dalla parola "promossa" e le parole "il 5 maggio 2019 in occasione della Cerimonia di liberazione del Lager di Mauthausen" sono sostituite dalle parole "in occasione delle cerimonie annuali di liberazione del Lager di Mauthausen"

Der Änderungsantrag, eingebracht vom Abgeordneten Vettori, lautet: "Im beschließenden Teil erhält der zweite Absatz folgende Fassung: Gleichzeitig wird der Landtagspräsident dazu aufgefordert, auf eine breite Beteiligung der Landtagsabgeordneten an den Gedenkfeiern zur Befreiung der Konzentrations- und Vernichtungslager sowie zum Ende der nationalsozialistischen und faschistischen Diktatur hinzuwirken."

"Il secondo paragrafo della parte dispositiva è così sostituito: Nello stesso tempo si chiede che venga caldeggiata dal presidente del Consiglio provinciale una ampia partecipazione di membri del Consiglio provinciale alle cerimonie di commemorazione della liberazione dei campi di concentramento e sterminio e della fine della dittatura nazifascista."

Ich frage nun den Einbringer des Beschlussantrages, Abgeordneten Repetto, welchen Änderungsantrag er annimmt, bitte.

REPETTO (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten): Accetto quello del consigliere Vettori.

PRÄSIDENT: Abgeordneter Vettori, Sie haben das Wort zur Erläuterung Ihres Änderungsantrages, bitte.

VETTORI (Lega Alto Adige – Südtirol): Grazie presidente. L'emendamento prende spunto dalla discussione avuta in aula, dove si vuole fare un cappello generale più ampio su quello che è stato rimembranza degli accadimenti del periodo nazifascista. Quindi, capendo la volontà da parte del consigliere Repetto di ampliare quella che è la tematica dei Viaggi della Memoria, mi dono permesso di emendare il secondo comma della sua mozione, sostituendo il paragrafo con "Nello stesso tempo si chiede che venga caldeggiata dal presidente del Consiglio provinciale un'ampia partecipazione di membri del Consiglio provinciale alle cerimonie di commemorazione della liberazione dei campi di concentramento e sterminio" – perché così si hanno tutte e due le possibilità, sono due tipologie diverse di campi, quindi chi magari vuole andare a Mauthausen, sceglie quella destinazione, chi vuole andare in altri campi di concentramento, sceglie l'altra destinazione – "e della fine della dittatura nazifascista", perché parte tutto da lì e a quel punto anche la Giornata della Memoria, come avevo detto prima, diventa un'occasione di ricordo a cui i consiglieri provinciali possono comunque partecipare. Grazie.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich danke dem Kollegen Vettori für diese Abänderung. Unter diesen Voraussetzungen können wir diesem Antrag zustimmen. Wir danken natürlich auch dem Kollegen Repetto, dass er dieser Abänderung zustimmt. Ich glaube, es ist einfach wichtig, dass gerade wir hier in Südtirol beide Seiten der Geschichte erkennen, sehen und uns auch bewusst sind, dass wir Verantwortung für beide Seiten der Geschichte tragen und nicht auf einem Auge blind sind. Ich möchte – und das ist durchaus etwas, was ich anerkenne – hier dem Kollegen der Lega dafür danken - und das ist das erste Mal, dass im Landtag auch Kollegen der italienischsprachigen Bevölkerung hier bereit sind -, auch an die Verbrechen des Faschismus zu erinnern. Das ist eine Weiterentwicklung im Landtag, die ich durchaus anerkenne und ich hoffe, dass sich das auch so weiterträgt. Wenn wir es schaffen, Geschichte nicht gegeneinander auszuspielen, sondern anzuerkennen, dass es auf beiden Seiten der Geschichte Opfer und Täter gegeben hat, dann ist es – glaube ich – eine Weiterentwicklung, die unserem Land guttut. Deswegen stimmen wir diesem Antrag zu.

URZI (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Grazie presidente. Io non so onestamente dove fosse il collega Knoll in questi ultimi 5 anni, devo essere sincero, considerato che oggi afferma che si sia avuto un primo episodio di attenzione verso la storia dell'Alto Adige nelle sue diverse sfaccettature, credo veramente sia stato altrove.

Detto questo, presidente, io sono onestamente molto perplesso, innanzitutto per il cambiamento dell'ordine del giorno rispetto al tema che era stato originariamente posto dal collega Repetto, ma questo appartiene alla logica delle cose, ma sono molto perplesso per la lettura anche molto superficiale che peraltro viene accolta dal cons. Repetto rispetto a un invito per cui si chiede che venga caldeggiata dal presidente del Consiglio provinciale una partecipazione ampia dei membri del Consiglio alle cerimonie, eccetera, eccetera.

Qui stiamo votando in Consiglio provinciale una dichiarazione di principio che è la cosa più scontata e assodata che esista, qui si sta votando in Consiglio, collega Repetto, in un clima a questo punto che Lei ha favorito di aperta demagogia al quale ovviamente altri si sono uniti, tanto è vero che c'è stato il bisogno dell'intervento del collega secessionista Knoll per poi mobilitare la coscienza di qualcuno a intervenire. Si ritiene, e lo ritengo questo estremamente offensivo, nella mia versione non a caso io avevo usato una parola molto chiara, "promuovere"; sono due concetti molto diversi, presidente, promuovere significa organizzare, strutturare, mettere in moto un'organizzazione 'caldeggiare' significa che in questo Consiglio si ritiene che debba essere convinto l'animo di ciascuno dei consiglieri della necessità di aderire a uno dei valori fondamentali ai quali ciascuno di noi dovrebbe aderire a prescindere, che è il valore della libertà, il valore della democrazia.

Io lo rifiuto. Rifiuto che qualcuno ritenga che un fatto che io darei per assodato e scontato debba essere oggetto di una votazione del Consiglio provinciale, che il Consiglio provinciale debba caldeggiare, cioè che il presidente Nogglar, debba venire da me e mi debba sussurrare nell'orecchio caldeggiando la mia sensibilità rispetto a un dolore e un dramma universale. Io, presidente, questo lo rifiuto, perché nella mia relazione che ho svolto ieri senza bisogno di caldeggiamenti di nessuna natura, di cui qualcuno evidentemente ha un particolare bisogno, ho ricordato il mio intimo e personale Viaggio della Memoria, che ho compiuto in tutta Europa, in ogni luogo di sofferenza, dalla Risiera di San Sabba a Dachau, passando per Birkenau, Auschwitz, Mauthausen e possiamo aggiungere tanti altri, Theresienstadt, Terezin. Quindi non ho bisogno di sentirmi caldeggiato da nessuno.

Io ho ricordato, presidente, ieri come con mia intima convinzione mi sono presentato come presidente di Alleanza Nazionale per la prima volta alle cerimonie davanti al Lager di Bolzano. Non c'è bisogno di un voto del Consiglio provinciale per svegliare la nuova coscienza, forse ne avete bisogno voi e allora ve la votate la seconda parte. Invece, presidente, non posso che confermare il mio interesse, anche se ho chiesto al collega Repetto, che ovviamente per tenere i piedi in due scarpe ha rifiutato il mio emendamento, ho chiesto che potesse essere nella prima parte della parte impegnativa aggiunto, invece che mettere al campo di concentramento di Mauthausen, a tutti i campi di concentramento ancora esistenti, in quanto testimonianza storica, ma evidentemente si vuole restringere solo, perché questa era l'iniziale proposta, quindi per tenere un po' un equilibrio rispetto all'evoluzione del dibattito non ha voluto mettere la pluralità dei campi. Peccato, ma voterò la prima parte con convinzione, presidente. Grazie.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Sì, anch'io mi chiedevo in che Consiglio fosse seduto nelle scorse legislature e anche in questa il collega Knoll, a cui non riconosco il diritto di giudicare la coscienza dei propri colleghi di lingua italiana. Anche perché è un po' sordo il collega Knoll, io sono un collega di lingua italiana, forse nel partito sbagliato secondo Lei, perché secondo Lei gli italiani devono

stare con gli italiani e i tedeschi con i tedeschi, ben separati. Io sono un collega di lingua italiana e ho parlato più volte sulle responsabilità del nazismo e del fascismo in Südtirol, non solo, ma ho presentato insieme alla collega Foppa e al collega Heiss la scorsa legislatura diversi atti, diverse mozioni.

Le leggo un pezzettino di una mozione che chiedeva l'istituzione di un Istituto di storia contemporanea proprio per approfondire le responsabilità del fascismo e del nazismo, si diceva – io, il consigliere Heiss e la consigliera Foppa - *"Mentre la pratica convinta di una storia aperta è già abbastanza diffusa tra chi si occupa di storia e tra i docenti, persistono in larghe fasce della popolazione,"* oggi *"sia tra gli adulti che tra i giovani, grandi lacune nella conoscenza dei temi essenziali della storia locale, del suo inquadramento in contesti più ampi e dei suoi risvolti totalitari. Il fascismo è tuttora da molti considerato una 'dittatura all'acqua di rose', così come spesso non vengono riconosciute le varie forme che il nazismo ..."*. Quindi, caro cons. Knoll, per favore non faccia il professorino che dà i voti e tra l'altro i professori di solito ascoltano i propri studenti, i bravi professori.

PRÄSIDENT: Abgeordneter Knoll, Sie haben das Wort in persönlicher Angelegenheit, bitte.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich persönlicher Angelegenheit, weil ich hier von zwei Seiten angegriffen worden bin! Ich möchte schon präzisieren, dass es in der Vergangenheit nicht möglich war, auch nicht im Südtiroler Landtag, über diese Themen zu sprechen. Ich erinnere daran - weil ich jetzt persönlich angegriffen wurde -, als meine Kollegin Eva Klotz und ich hier zum Gedenken an die Opfer des Faschismus mit einer schwarzen Armbinde in den Landtag gekommen sind, es die Kollegen der Grünen waren, die den Landtagspräsidenten aufgefordert haben, uns von hier zu entfernen. Also, deswegen diese Scheinheiligkeit brauche ich nicht auf mir sitzen lassen. Aber ich möchte auch nicht, dass meine Aussage hier zum Streit wird, denn ich glaube, dass es um etwas geht, das über dieser persönlichen Auseinandersetzung liegen sollte, und das ist der Inhalt dieses Antrages, der von mir und von meiner Fraktion aus den oben genannten Gründen bereits unterstützt wird. Ich glaube, wir sollten uns darauf konzentrieren und nicht mit gegenseitigen Beschuldigungen von dem eigentlichen Inhalt dieses Antrages ablenken.

PRÄSIDENT: Abgeordneter Lanz, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten, bitte.

LANZ (SVP): Einmal zum Fortgang der Arbeiten! Es geschieht heute zum wiederholten Male, dass Abgeordnete hier drinnen schreien. Ich ersuche schon, dass man mit Rücksicht auf alle Abgeordneten ein bisschen einen gemäßigten Ton hier hereinbringt. Ich glaube, das haben wir uns alle verdient. Inhaltlich kann man ja unterschiedlicher Auffassung sein, aber in der Form sollten wir uns doch eine gewisse Tonart angewöhnen, vor allem weil wir wirklich Angst haben, dass es den Kollegen Urzì in den nächsten Stunden wirklich umhaut. Im Notfall habe ich heute Tabletten mit.

Inhaltlich – Wie gesagt - können wir diesem Antrag zustimmen, weil wir auch der Meinung sind, dass es wichtig ist, Signale zu setzen. Dann mögen diese Signale zu Beginn vielleicht falsch bzw. vom Anfang, vom Aufwand, den man betreiben will, und von der Formulierung her nicht ganz korrekt sein. Aber ich glaube, auch der Gedanke und die Diskussion, die hier drinnen stattfinden, gehen in die richtige Richtung. Deswegen werden wir diesem Antrag zustimmen. Danke!

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Herr Präsident! Wie schon von Kollegen Lanz angekündigt, werden wir dem Antrag in dieser neu formulierten Form zustimmen. Uns geht es um eine ständige und dauerhafte Auseinandersetzung mit der Geschichte. Ich möchte das an dieser Stelle noch einmal betonen. Auch in diese Richtung zielten die Initiativen, die wir in der vergangenen Legislaturperiode gesetzt haben. Es hat damals begonnen, dass wir erstmals in Südtirol auch jene Personen in Südtirol, die im Widerstand waren, und zwar im Widerstand gegen den Faschismus und gegen den Nationalsozialismus, in besonderer Weise hervorgehoben und geehrt haben, und zwar auf Schloss Tirol. Das zweite Thema, mit dem wir uns in besonderer Weise auseinandergesetzt haben, war die Historisierung der faschistischen Denkmäler. Wir wollen nämlich durch diese Historisierung nicht Geschichte wegräumen - das würde manchem so passen -, sondern wir wollen die dauerhafte Auseinandersetzung mit faschistischem Unrecht möglich machen, indem wir diese Denkmäler in Mahnmale umfunktionieren und aufzeigen: Das ist Geschichte, das ist Teil unserer Geschichte, die passiert ist, und das darf nie wieder passieren. Das ist die Botschaft, die wir hier geben wollen, auch mit diesen Initiativen, die hier gefördert werden sollen. Im deutschen Text steht übrigens "hinzuwirken". Das ist

eigentlich genau das, worum es geht. Sie ermöglichen, dass möglichst viele teilnehmen, darauf hinzuwirken, das heißt zunächst einmal organisatorisch zu informieren und vielleicht auch Erleichterungen zu schaffen, damit das möglich ist. In diesem Sinne unsere klare Zustimmung dazu, damit wir aus der Geschichte lernen, die richtigen Schlüsse zu ziehen, und nicht wieder dieselben Fehler begehen. Wir wissen, dass das Thema leider aktueller denn je ist.

PRÄSIDENT: Abgeordneter Urzì, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten, bitte.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Solo per chiedere cortesemente la votazione separata delle premesse e dei due rispettivi punti della parte impegnativa. Grazie.

PRÄSIDENT: Wir kommen zur Abstimmung. Wie vom Abgeordneten Urzì beantragt, stimmen wir getrennt über den Beschlussantrag ab.

Ich eröffne die Abstimmung über die Prämissen: mit 30 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen genehmigt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 1 des beschließenden Teiles: einstimmig genehmigt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 2 des beschließenden Teiles: mit 33 Ja-Stimmen und 1 Nichtbeteiligung genehmigt.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, möchte ich die Klasse 2A Wirtschaftsmarketing und die Klasse 2A Wirtschaftssprachen der Wirtschaftsfachoberschule Bozen recht herzlich hier im Landtag begrüßen.

Punkt 14 der Tagesordnung wird kurzfristig ausgesetzt, da noch ein Änderungsantrag angekündigt worden ist, der noch übersetzt und ausgeteilt werden muss.

Punkt 15 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 10/18 vom 11.12.2018, eingebracht von den Abgeordneten Foppa, Dello Sbarba und Staffler, betreffend ökologisch nachhaltig mit Stroh: der Bau innovativer, widerstandsfähiger, umweltfreundlicher und komfortabler Häuser soll unterstützt werden."**

Punto 15) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 10/18 dell'11/12/2018, presentata dai consiglieri Foppa, Dello Sbarba e Staffler, riguardante edilizia ecosostenibile con la paglia: sostenere case innovative, resistenti e di grande comfort abitativo."**

Ökologisch nachhaltig mit Stroh: der Bau innovativer, widerstandsfähiger, umweltfreundlicher und komfortabler Häuser soll unterstützt werden

Der Trend der Strohhallenhäuser breitet sich langsam auch in Südtirol aus, während solche Gebäude in den USA, in Kanada und in Australien eine lange Tradition haben. Die ältesten davon wurden vor über 100 Jahren errichtet. Mit Stroh und Holz kann man stabile, komfortable und mehrstöckige Gebäude bauen. Diese Bautechnik hat mittlerweile in Europa, sprich in Frankreich, Großbritannien, Holland, Österreich und in der Schweiz Fuß gefasst und auch in Deutschland steigt das Interesse dafür.

Stroh ist ein erneuerbarer Rohstoff, der preiswert und leicht erhältlich ist, und kurze Wertschöpfungsketten sowie einen hohen Mehrwert für das Territorium generiert. Auch wenn man es nicht meinen möchte, sind Strohhäuser feuerbeständig und zudem erdbebensicher, da ihr Tragwerk aus Holz oder Stahlbeton sein muss.

Die verwendete Bauweise ermöglicht eine geringe Umweltbelastung und trägt aus dreierlei Gründen zum Klimaschutz bei:

- *Während des Wachstums nimmt die Pflanze Kohlendioxid aus der Atmosphäre auf.*
- *In der Bauphase wird eine viel geringere Menge an CO₂ ausgestoßen als bei der Verwendung von anderem Isoliermaterial wie Steinwolle oder Polystyrol.*
- *Dank der hervorragenden wärmedämmenden Eigenschaften der mit Strohhallen errichteten Wände verbraucht das Gebäude weniger Energie für den Wärmekomfort und trägt somit zur Senkung der Schadstoffemissionen bei.*

Die Lebenszyklusanalyse (Life Cycle Assessment) von Stroh ist im Vergleich zu anderen verbreiteten Isoliermaterialien wie Mineralfasern und Polystyrol äußerst niedrig: Stroh ist ein Nebenprodukt der Landwirtschaft; daher braucht es für die Herstellung dieses Rohstoffes sehr wenig Energie. Außerdem sind die Transportkosten und -wege äußerst gering, da Stroh in ganz Italien bezogen werden kann und die Landwirte selbst die Ballen, die für das Bauwesen nötig sind, in der erforderlichen Größe und Kompaktheit herstellen können. Am Ende seines Lebenszyklus kann das Stroh kompostiert werden und entspricht daher bestens den Zielen der Kreislaufwirtschaft. Die mäßigen Kosten im Vergleich zu einem Standardgebäude und die gesunde Innenraumluft bilden den wahren Mehrwert dieses Materials. Dank der hohen Wärme- und Lärmdämmung und der Luftqualität lebt es sich in einem Strohhhaus sehr gut. Stroh setzt keine Schadstoffe frei und wenn zudem die Innenwände mit Lehm verputzt werden, absorbiert Letzterer nicht nur einen Teil der Schadstoffe, sondern trägt auch zur Feuchtigkeitsregulierung bei, was wiederum zu einem besseren hydrothermischen Komfort führt.

2015 wurde im TIS ein Workshop zu diesem Thema organisiert aus dem hervorgegangen ist, dass dieses Material und die entsprechende Bautechnik in Südtirol noch viel zu wenig verwendet werden. Laut Experten hat der Strohballebau in Südtirol ein großes Entwicklungspotential, da dadurch sowohl die traditionelle Bauweise erhalten wird als auch innovative Lösungen ermöglicht werden, eine Kombination, welche die Stärke und die touristische Attraktivität vieler Ortschaften ausmacht.

Aus diesem Grund

verpflichtet
der Südtiroler Landtag

die Landesregierung,

1. in Zusammenarbeit mit KlimaHaus, TIS, der Laimburg und der Universität Bozen ein Projekt zur Forschung, Information und Förderung des Strohballebaus in Südtirol in die Wege zu leiten;
2. Ausbildungskurse für Handwerker und Planer zu den Bautechniken mit Stroh anzubieten;
3. für Bauherren, die sich für dieses nachhaltige Material entscheiden, konkrete Unterstützungsmaßnahmen, auch wirtschaftlicher Natur, auszuarbeiten.

Edilizia ecosostenibile con la paglia: sostenere case innovative, resistenti e di grande comfort abitativo

Il trend delle case fatte di paglia si sta diffondendo anche in Alto Adige, ma vantano una lunga tradizione negli USA, in Canada, in Australia, dove le più antiche risalgono a oltre 100 anni fa. Con la paglia e il legno si possono realizzare edifici resistenti, confortevoli e su più piani. In Europa questa tecnica costruttiva ha nel frattempo preso piede in Francia, Gran Bretagna, Olanda, Austria e Svizzera. E anche in Germania sta crescendo l'interesse per questo tipo di costruzione.

La paglia è una materia prima rinnovabile, a basso costo, facilmente procurabile e che consente quindi la creazione di una filiera corta e ad alto valore aggiunto per il territorio. Le case costruite con la paglia, al contrario di quanto si crede, sono resistenti al fuoco e sismicamente sicure, anche perché la struttura portante deve essere in legno o in cemento armato.

La tecnica della costruzione con la paglia assicura un ridotto impatto ambientale contribuendo a tutelare il clima in tre modi diversi:

-Durante la crescita, la pianta sottrae anidride carbonica all'atmosfera.

-In fase di costruzione viene emessa molta meno CO2 rispetto alla produzione di altri materiali isolanti come la lana minerale o il polistirolo.

-Grazie alle ottime caratteristiche di isolamento termico delle pareti realizzate con balle di paglia, l'edificio consuma meno energia per il comfort termico riducendo le emissioni inquinanti.

L'indice di impatto ambientale LCA (Life Cycle Assessment) della paglia è bassissimo, rispetto ad altri materiali isolanti molto diffusi come le fibre minerali e il polistirene: è un materiale di scarto dell'agricoltura, quindi richiede pochissima energia in fase di produzione della materia prima, i trasporti sono molto ridotti vista la produzione di paglia diffusa in tutta Italia e sono gli stessi contadini a imballare la paglia nella misura e compattezza adeguata agli scopi edili. E anche a

fine ciclo di vita la paglia può essere portato al compostaggio perciò è un materiale da costruzione che si allinea perfettamente agli obiettivi dell'economia circolare.

I costi contenuti, rispetto a un edificio standard, e la salubrità degli ambienti interni costituiscono il vero valore aggiunto di questo materiale. In una casa di paglia si vive bene per il grande isolamento termico e acustico e per la qualità dell'aria. La paglia non rilascia nessuna sostanza nociva, in più, se abbiniamo un intonaco in argilla all'interno, questo assorbe parte degli inquinanti e regola l'umidità, aumentando il comfort idrotermico.

Nel 2015 presso il TIS era stato realizzato un laboratorio su questo tema da cui era emerso che questa materia prima e la relativa tecnica vengono troppo poco sfruttate in Alto Adige/Südtirol. Secondo gli esperti le case in paglia avrebbero grande potenziale di sviluppo nella nostra provincia, perché permetterebbero di combinare le esigenze locali di mantenimento della tradizione e l'apertura all'innovazione, punto di forza e di attrazione turistica di molte località.

Per questo motivo,

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
impegna*

la Giunta provinciale

- 1. ad avviare in collaborazione con CasaClima, TIS, Laimburg e l'Università di Bolzano un percorso di ricerca, informazione e promozione delle costruzioni in paglia per la nostra provincia;*
- 2. a proporre dei corsi di formazione rivolti ad artigiani e progettisti sulle tecniche di costruzione con la paglia;*
- 3. a individuare delle misure concrete di sostegno anche economico per chi decide di costruire con questo tipo di materiale ecosostenibile.*

Abgeordnete Foppa, Sie haben das Wort für die Erläuterung, bitte.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Danke, Herr Präsident! In den letzten Wochen und Monaten spricht man sehr viel von Klima. Da sprechen vor allem junge Leute sehr viel über Klima, europaweit ausgegangen von einer jungen Schwedin, die darauf aufmerksam gemacht hat, wie wichtig Klimaschutz ist. In Europa hat sich eine völlig neue Debatte über Klimaschutz entwickelt. Weit über die internationalen Konferenzen hinaus und weit über den technischen Klimaschutz hinaus hat sich eine breite gesellschaftliche Debatte zum Thema Klimaschutz entwickelt und diese geht von den jungen Leuten aus. Denen geht es nämlich um ihre Zukunft. Daher ist es so wichtig und sind wir auch so erfreut über diese Debatte, denn sie zielt eben darauf ab, klimafreundlich zu leben, klimafreundliche Gesetze und klimafreundliche Politik zu machen. Wenn es um Klimaschutz geht, dann gibt es bekanntermaßen drei große Säulen, an denen man ansetzen kann oder an denen die Welt bisher zu wenig angesetzt hat. Diese drei Säulen sind Wohnen, Essen und Mobilität. Über diese drei großen Lebensumfelder entwickelt sich Klimaschutz oder kein Klimaschutz. Wir haben in diesem Landtag viel über Mobilität gesprochen. Auch in dieser Periode haben wir schon wieder angefangen, über Mobilität zu sprechen, zum Glück auch über nachhaltige Mobilität. Manchmal hatten wir ganz andere Mobilitätsdebatten in diesem Plenarsaal. Über den zweiten Teil Ernährung hat sich in den letzten Jahren eine ganz neue Sensibilität entwickelt. Vor vielen Jahren waren wir da noch sehr allein, als wir zum Beispiel vom Fleischkonsum begonnen haben zu sprechen und wie wichtig dessen Auswirkungen auf das Klima, auf den CO₂-Ausstoß zu nehmen sind. Man hat uns lange belächelt. Inzwischen weiß man, dass sich die Ernährung noch mehr als die Mobilität auf den Treibhauseffekt auswirkt. Hier hat also ein Umdenken begonnen und auch wir werden diesmal Vorschläge hierzu vorlegen. Übers Wohnen spricht man nicht so viel. In Südtirol sind wir schon sehr weit voraus. Durch die Klimahausdiskussion und durch die Einführung des gesamten Klimahausystems ist Südtirol in dieser ganzen Diskussion in Bezug auf die Wohnbauweise sehr weit voraus. Auch da haben Grüne Hände durchaus ein wenig mitgespielt, möchte ich anmerken.

Es gibt neue Methoden. Natürlich ist Klimahaus eine ganz bestimmte Weise der Zertifizierung zum Klimaschutz, aber es gibt noch andere Bauweisen, die in Entwicklung begriffen sind. In Südtirol gibt es noch wenige, aber einzelne Häuser, die mit Stroh gebaut werden. Es gibt – glaube ich – etwas mehr Häuser, die mit Stroh gedämmt werden. International hat sich dieser Trend schon sehr weit vorgewagt. Beispielsweise in den USA, in Kanada und in Australien haben diese Häuser mit Strohbauweise eine sehr lange Tradition. In Europa entwickeln sie sich derzeit insbesondere in Frankreich, Großbritannien, Niederlanden, Österreich und der Schweiz. Es war bei der Alpenraumtagung letztes Jahr in Vorarlberg ein sehr wichtiges Thema und da

haben uns Architektinnen gezeigt, wie weit sie in den verschiedenen Ländern der Welt und auch im Alpenraum mit Strohbauweise schon gekommen sind. Warum ist Stroh nützlich? Es liegt auf der Hand: Stroh ist ein erneuerbarer Rohstoff, eigentlich ein Abfallprodukt. Er kann preiswert und lokal produziert werden. Deshalb ist er natürlich auch wichtig für Lebenszyklusanalysen und für die gesamte Debatte rund um 0-Kilometer, weil wir hier sozusagen ein Baumaterial erster Güte vor Ort produzieren können. In Südtirol hat sich die Holzbauweise ja schon wieder entwickelt und etabliert. Man macht damit sehr komfortable Häuser und es gibt hier auch einen Wirtschaftszweig um die Holzbauweise. Die Strohbauweise wäre noch ein wenig zu entwickeln. Wer vielleicht einmal die Möglichkeit hatte, in einem Strohbauhaus zu sein, sich aufzuhalten, der hat sicher sofort gemerkt, was für ein Wohnkomfort sich daraus ergibt. Stroh dämmt sehr gut und sehr natürlich. Das Raumklima in Strohhäusern ist extrem angenehm.

Noch mal zurück zum Klimaschutz. Während des Wachstums nimmt die Pflanze Kohlendioxid aus der Atmosphäre auf und ist somit schon ein Klimaschützer. Jede Pflanze ist ja bekanntlich klimaschützend, weil sie CO₂ in O₂ umwandelt. In der Bauphase wird eine viel geringe Menge an CO₂ ausgestoßen, als bei der Verwendung von anderen Isolationsmaterialien. Man weiß ja, dass das der oft kritisch bemerkte Punkt von Klimahaus ist, dass dort auch Dämmmaterialien verwendet werden, die aus Erdöl kommen und vielleicht oft sehr energieaufwendig hergestellt werden. Dank der hervorragenden wärmedämmenden Eigenschaften der Wände verbraucht das Gebäude schließlich auch weniger Energie für den Wärmekomfort. Ich war vor zwei Jahren im Vinschgau in einem Strohhäuser. Kollege Noggler war nicht mit mir im Vinschgau im Strohhäuser, aber das Wärmegefühl darin war sehr angenehm, obwohl damals keine Heizung eingeschalten war. Die Strohbauweise hat natürlich auch Limits. Man kann damit natürlich keine Hochhäuser bauen, aber für Einfamilienhäuser und Mehrfamilienhäuser in einer gewissen Höhe sind sie durchaus geeignet. Dann setzt das Stroh natürlich keine Schadstoffe frei und wenn die Innenwände zusätzlich mit Lehm verputzt werden, dann absorbiert dieser nicht nur einen Teil der Schadstoffe, sondern trägt auch zur Feuchtigkeitsregulierung bei. Das ist gerade das, was ich mit Wohnkomfort angemerkt hatte. TIS hat 2015 einen Workshop zu diesem Thema organisiert und da kam als Ergebnis heraus, dass in Südtirol die Strohbauweise noch zu wenig berücksichtigt ist bzw. Entwicklungspotential hat. Wir glauben, dass wir hier gerade dieser innovativen Bauweise auch noch mal mehr Raum machen sollten. Deshalb schlagen wir in unserem Beschlussantrag vor, die Landesregierung zu verpflichten: "1. in Zusammenarbeit mit KlimaHaus, TIS, der Laimburg und der Universität Bozen ein Projekt zur Forschung, Information und Förderung des Strohbaubaus in Südtirol in die Wege zu leiten; 2. Ausbildungskurse für Handwerker und Planer zu den Bautechniken mit Stroh anzubieten; 3. für Bauherren, die sich für dieses nachhaltige Material entscheiden, konkrete Unterstützungsmaßnahmen, auch wirtschaftlicher Natur, auszuarbeiten." Ich bin gespannt auf die Diskussion. Vielen Dank!

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Herr Präsident! Stroh ist in der Tat einer jener Rohstoffe, der als Neben-, manchmal leider auch in der Landwirtschaft als Abfallprodukt bezeichnet wird, der aber immer mehr Verwendung findet auf der Suche nach alternativen Materialien. So zum Beispiel dient er auch als Ersatz für Styroporverpackungen. Da hat Stroh und die damit verbundene Technik ein sehr großes Potential bei der Bauweise, vor allem auch in der Isolierung und in der Dämmung. In diesem Zusammenhang hat die Kollegin Foppa bereits einiges aufgezählt. Im beschließenden Teil heißt es: "*Zur Information und Förderung des Strohbaubaus in Südtirol*". Unter dem Bau selber versteht man wirklich die Konstruktion der ganzen Häuser aus Stroh. Ich würde das ein bisschen offener behalten, weil ich wirklich glaube, dass es in Südtirol vor allem in der Dämmung und in der Verpackungsgeschichte viele Bereiche gibt, wo wir das einsetzen könnten. Deshalb sollte man die Formulierung vielleicht ein bisschen weiter setzen und sagen: "Von Stroh als Bau- und Dämmmaterial", dann hätten wir alle Bereiche drinnen. Dann könnten wir es auch bei Verpackungen miteinbeziehen, vor allem im Styroporbereich, wo es sehr große Mengen gibt, die dann ersetzt werden könnten. Das finde ich ein bisschen praktischer, als gleich vom "Strohbau" zu sprechen. Wir würden somit bei jenem Level beginnen, bei dem wir uns vielleicht leichter tun, auch hier vor Ort. Wie gesagt, mit dieser Änderung wäre unsere Stimme auch da dabei.

FAISTNAUER (Team Köllensperger): Herr Präsident! Der Beschlussantrag mit dem Titel: "Ökologisch nachhaltig mit Stroh: Der Bau innovativer, widerstandsfähiger, umweltfreundlicher und komfortabler Häuser soll unterstützt werden" ist generell zu unterstützen. Aber ich speziell von meiner Seite aus würde mir wünschen, dass er ein bisschen weiter gefasst wäre und auch die Dämmmaterialien wie zum Beispiel Flachs, Hanf, Schafwolle und andere miteinbeziehen würde. Man muss differenzieren, ob Stroh in diesem Fall - wie

der Kollege Leiter Reber gesagt hat - rein als Dämmmaterial eingesetzt wird oder auch eine statische Funktion übernehmen soll und muss. Sollte Stroh eine statische Funktion übernehmen, dann reden wir hier von 1,20 oder 0,80 Meter tiefen Mauerstärken - und wie wir wissen, haben wir in unserer Bergregion das Problem mit der beschränkten Kubatur und Baudichte -, dann ist das ein zweischneidiges Schwert von der statischen Geschichte her gesehen. In Bezug auf die Dämmung können wir das von unserer Seite her ganz eindeutig zu hundert Prozent unterstützen, wobei ich mir aber bei den einzelnen Punkten im beschließenden Teil einige Ergänzungen wünschen würde. Sie haben aufgezählt: "in Zusammenarbeit mit KlimaHaus, TIS, der Laimburg und der Universität Bozen". Ich möchte da auch den LVH, den Bauernbund und den Maschinenring hinzufügen, als Akteure, die draußen vor Ort tätig sind und das unterstützen sollen, damit es wachsen kann.

Es handelt sich beim Strohballebau - wie immer bei so außerordentlichen Maßnahmen - um Pioniere, die meistens zuerst belächelt werden, aber die Ergebnisse sieht man heuer in verschiedensten Baumaßnahmen. Ich begleite zurzeit eine solche Baumaßnahme in der Gemeinde Feldthurns für ein Urlaub-am-Bauernhof-Projekt. Wenn es die Dämmschicht übernimmt, dann ist es zu bevorzugen bzw. zu unterstützen. Bei statischer Übernahme sehe ich das problematisch. Weiters weisen Sie in den Prämissen darauf hin, dass es vom Preis her günstig sei, aber wenn ich schon etwas Günstiges habe, dann muss man immer schauen, wie ich zu dieser günstigen Bauweise komme. Fakt ist, dass wir in Südtirol keine oder nur sehr, sehr wenige Handwerker haben, die sich mit der Strohbauweise beschäftigen und sich damit auseinandersetzen. Sie führen auch nicht die Modulbauweise, die das günstige Bauen ermöglichen würde, durch, sondern es geht dann meistens um Regiearbeit, um Unvorhergesehenes, weil sie es nicht beherrschen. Deshalb explodieren dann die Preise leider wieder. Deshalb wäre mein Vorschlag in Punkt 2 des beschließenden Teils, auch die Landesberufsschulen für die Maurer usw. miteinzubeziehen, um diese Bautechnik von den zuständigen Fachlehrern zu implementieren und in ihrem Lehrprogramm einzubringen. Wenn Sie in Punkt 3 des beschließenden Teils Unterstützungsmaßnahmen für Bauherrn vorsehen, die sich für dieses Material entscheiden, dann sind wir wieder beim Punkt Förderung wie vorher bei den Elektroautos. Ich finde, wenn eine Sache durchdacht ist und Handwerker sich dafür die Zeit nehmen bzw. das notwendige Know-how haben, dann bedarf es keiner solcher Förderungen, sondern dann spricht der Preis für sich und wird sich auch durchsetzen. Danke schön!

PRÄSIDENT: Es wurden Wünsche für Änderungen geäußert. Deshalb richte ich jetzt schon die Frage an Frau Foppa als Einbringerin, ob Sie damit einverstanden ist, diese Änderungen vorzunehmen. Wenn ja, dann möchten Sie das bitte schriftlich vorlegen. Wenn nein, dann erübrigt es sich.

Abgeordneter Knoll, Sie haben das Wort, bitte.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich muss gestehen, dass ich im ersten Moment ein bisschen geschmunzelt habe, als ich diesen Antrag gelesen habe. Das klang so nach einem typisch Grünen Beschlussantrag: "Wir bauen jetzt Strohhütten in Südtirol", aber da steckt natürlich schon wesentlich mehr dahinter, wenn wir uns ein bisschen die Baugeschichte unseres eigenen Landes vor Augen führen. Es wurde bereits gesagt, dass der Baustoff Stroh nichts Fremdes in Südtirol ist. Er ist im Alpenraum in der Vergangenheit nicht nur zum Dämmen, sondern - erinnern wir uns gerade an die landwirtschaftliche Bauweise - sehr oft auch als Dachabdeckung verwendet worden. In Südtirol gibt es nur mehr sehr wenige Häuser, die mit Stroh gedeckt sind. Das war eine gängige Bauweise auch hier in Südtirol. Stroh galt als preiswerter und nachwachsender Stoff. Er war recht langlebig und robust und hat durchaus seinen Zweck erfüllt. Deswegen ist die Strohballebauweise natürlich sicherlich nichts Neues und oftmals muss man auf Altbewährtes zurückgreifen. Die Frage ist jetzt natürlich, inwiefern diese Strohbauweise eingesetzt wurde. Es wurde bereits gesagt, dass, wenn Stroh in Form von Dämmung, in Form von Abdeckungen und als Zusatzbaustoff verwendet wird, dann ist das sicherlich interessant. Das klassische Strohhäuser als solches wird vielleicht in Südtirol ein bis zwei Pioniere ganz interessant erscheinen, aber es wird sich wahrscheinlich eher nicht durchsetzen, auch aus einem anderen Aspekt heraus. Wir reden von einem nachwachsenden Stoff, der in Südtirol in dieser Summe und in dieser Masse, die notwendig wäre, gar nicht produziert wird. Wir müssten hier praktisch einen Stoff - Brigitte Foppa nennt das Beispiel, dass in Italien viel Stroh angebaut wird –aus Italien importieren, hätten aber in Südtirol viel Holz, das wir für die Holzbauweise verwenden können. Also wenn wir über die Nachhaltigkeit von Baumaterialien nachdenken, dann sollten wir schon auch berücksichtigen, dass gerade die Strohbauweise interessant für jene Gebiete ist, wo bestimmte Baustoffe wie beispielsweise Holz, Ziegel usw. Mangelware sind. Das muss man schon auch berücksichtigen. Ich glaube, es wäre jetzt nicht der Sinn, dass wir hier flächendeckend mit Stroh in Südtirol bauen, sondern hier sollte – wie schon gesagt wurde – diese Abänderung aufgenommen

werden, Stroh als zusätzlichen Baustoff, als Dämmstoff und anderes zuzulassen. Das könnte durchaus interessant sein. Es gibt ja inzwischen auch Versuche, wieder mit Schafwolle Isolationen zu machen, die sehr, sehr gute Werte hervorbringen. Ich glaube, wir sollten das wesentlich offener formulieren, weil hier die verschiedenen Varianten von Interesse sein könnten. Schilf beispielsweise wurde auch sehr oft angewandt. Wenn man sehr alte Häuser restauriert, dann findet man an der Decke, wo der Putz angebracht ist, diese Schilfmatten, wo dieses Schilfmaterial früher zum Verputzen mitverwendet wurde. Das sind alles Dinge, die es ja auch bei uns schon gegeben hat, die manches Mal leider aus der Mode geraten sind, weil man gemeint hat, dass es besser ist, irgendein chemisches Mittel an die Wand hochzuspritzen, welches gut haftet. Dann kann man draufputzen und fertig! Dass das ganze Haus dann nicht mehr atmungsaktiv und ein abgeschlossenes System ist, samt den Fenstern, hat man nicht berücksichtigt. Deshalb ist der Antrag durchaus interessant, aber - wie gesagt - ich ersuche, ihn ein bisschen offener zu formulieren, damit wir uns eben nicht alle wieder in Strohhütten wiederfinden.

LANZ (SVP): Im Gegensatz zur vorherigen Thematik der Elektromobilität, wo wir eine neue Technologieform haben, reden wir hier von einer Technologie, die bekannt ist. Insofern glaube ich, dass der Beschlussantrag in der Form nicht ganz passend ist, und zwar aus folgendem Grund: Eine bestehende Technologie bzw. eine bekannte Technologie kann nur durch den Markt wieder eingeführt werden. Dieser Bereich fehlt hier komplett. Es sind die Betriebe, die eigentlich dieses Produkt anbieten müssen, um dann auch am Markt diese Lösung verkaufen zu können. Es ist immer schade, wenn wir in den Betrieben draußen vor Situationen gestellt werden, wo irgendwo ein Beschluss gefasst wird, bei dem man sagt: "Jetzt alle Richtung Holz! Jetzt alle Richtung Beton! Jetzt alle Richtung Stroh! Jetzt alle Richtung Metall!" Diese Vorschläge oder die drei Punkte, die Sie im Beschlussantrag formuliert haben, sind heute in dieser Form umsetzbar. Es ist heute möglich, über IDM oder NOI Themen zu starten; da müssen wir nichts Neues beschließen. Es ist heute möglich, die Ausbildungskurse zu machen. Da braucht man heute nichts Neues zu beschließen. Wennschon müsste man beschließen, dass die Rahmenbedingungen so formuliert werden, dass neue Technologien Platz haben. Das ist ein Problem, weil der Betrieb draußen, der neue Technologien einführen oder alte Technologien anwenden will, immer wieder vor der Herausforderung steht, dass diese dann normativ nicht bewertet werden können, nicht messbar sind oder nicht abgenommen werden. Das stellt dann ein Problem dar. Das heißt, man müsste wennschon diesen Antrag anders formulieren und fragen: Ist es möglich, dass heute auch in Südtirol Strohhäuser gebaut werden? Ich glaube Ja. Ist es möglich, dass man das auch umsetzen kann? Dann haben wir alle Werkzeuge da, die man braucht, um dementsprechend in diese Richtung zu arbeiten.

Nur ganz kurz zum Vorschlag von Kollegen Faistnauer! Ich danke natürlich in meiner ursprünglichen Funktion, dass Sie den LVH erwähnen, aber bei solchen Themen ist es einfach korrekt, dass man wirklich die Wirtschaft miteinbezieht, weil es ja nicht nur in die eine oder andere Richtung gehen soll. Ich glaube, das war von ihm auch so gemeint. Nur als Ergänzung von mir, danke!

STAFFLER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Herr Präsident! Man kann jedes Problem vom Großen ins Kleine oder auch vom Kleinen ins Große denken. Hier haben wir uns überlegt, das Thema - die Frage ist ja, welches eigentlich das Thema ist - "nachhaltiges Bauen" vom Kleinen ins Große zu denken. Es ist ein riesen Feld, ein riesen Thema, deswegen hier ein konkreter Vorschlag. Manchmal wird kritisiert, dass man keine konkreten Vorschläge vorbringt. In diesem Fall ist es ein ganz konkreter Vorschlag und dieser beruft sich natürlich nicht nur darauf, dass man mit Stroh baut. Das ist jetzt ein Element von vielen, aber es geht eigentlich in die Richtung, dass wir einfach nachhaltiges Bauen in den Vordergrund stellen, das heißt, mit nachwachsenden Rohstoffen bauen. Ob das dann Holz, Hanf oder Schafwolle ist - wie wir gehört haben -, ist zweitrangig. Es ist nur interessant - und das möchte ich vielleicht noch einfließen lassen -, dass wir bei den Außendämmungen in diesem Lande momentan maximal fünf Prozent an Naturstoffen bzw. Naturfasern haben. Das ist natürlich schon eine bedenkliche Zahl, das heißt, 95 Prozent der Außendämmstoffe sind meistens Ölprodukte oder Ölderivate. Da kann man natürlich nicht von nachhaltigen Konzepten sprechen. Zudem - und jetzt komme ich nochmal zurück und wir hatten dieses Thema schon - muss man diese Themen immer aus der Sicht der Umweltbilanz betrachten, also: Wie wird ein Stoff produziert? Wie wird er eingesetzt und wie wird er am Ende seiner Lebenszeit, seiner Lebensdauer entsorgt? Da sind natürlich alle nachwachsenden Rohstoffe viel weiter und viel besser einsetzbar als Ölderivate oder ähnliche Dämmstoffe. Aus diesem Blickwinkel gilt es jetzt einfach darum, ein konkretes praktisches Beispiel herauszugreifen. Dann ist es natürlich so, dass

man es auf alle anderen nachwachsenden Rohstoffe, auf natürliche Holzfasern und solche Dinge ausweiten muss. Danke schön!

VETTORATO (assessore alla scuola italiana, formazione professionale italiana, cultura italiana, energia, ambiente - Lega Alto Adige – Südtirol): Grazie presidente. Concordo che se il titolo faceva sorridere, poi uno leggeva la mozione e invece era anche interessante, questo va detto.

Effettivamente, come ha detto la cons. Foppa, la paglia è tra gli elementi più isolanti che ci sono sul mercato e chiaramente è un elemento naturale, tuttavia io ho fatto fare delle ricerche dai tecnici di CasaClima e la paglia presenta alcune problematiche che sono state anche già citate negli interventi. Presenta delle problematiche per quanto riguarda le dimensioni, come è già stato detto, per cui già i muri devono avere uno spessore superiore, ma poi presentano delle problematiche di staticità, nel senso che gli edifici costruiti con coibentazione della paglia non possono superare i due piani di altezza. Questa è la relazione tecnica che mi hanno dato gli uffici.

Poi ci sono altre problematiche legate all'umidità, quindi presenza di muffe nel momento dell'inserimento nel muro, eccetera, per cui quando va fatto il riempimento – passatemi il termine – del muro, va fatto in maniera abbastanza rapida, soprattutto perché bisogna evitare poi che si introducano animali tipo topi, eccetera, considerato che le case sono di bassa altezza, si presume che vengano fatte non sicuramente a Bolzano, ma chiaramente magari in periferia.

Questa è un'analisi, quindi dal punto di vista tecnico di isolamento sicuramente è accertata la validità del materiale, ma si presenta poi un altro problema che è stato riscontrato, cioè che la paglia è altamente incendiabile e quindi in caso di incendio tende a propagare il fuoco.

Per cui al punto 1 fondamentalmente chiederei di modificare la mozione in questo senso: in questo contesto, con tutte le premesse fatte, pertanto sembra più appropriato che l'Agenzia CasaClima insieme a questi soggetti citati, Bioedilizia Südtirol, Ordine degli Architetti, eccetera, cerchi di divulgare il tema e le conoscenze tecniche correlate mediante le campagne di sensibilizzazione e corsi di formazione per progettisti e artigiani.

Al punto 2 – mi fanno presente che l'Agenzia per l'ambiente nel 2011 aveva già realizzato dei corsi – ci rendiamo disponibili eventualmente a fare un'ulteriore sessione di corsi per sensibilizzare i professionisti all'utilizzo di materiali di isolamento naturali e quindi nota l'offerta formativa dell'Agenzia, che comprende già i corsi per la costruzione di edifici in legno e in terra cruda, tetti verdi e bioedilizia più in generale, quindi si chiederebbe di modificare il testo inserendo la possibilità di fare questi corsi che sono stati organizzati nel passato.

Il punto 3 invece, per quanto riguarda i finanziamenti, dobbiamo proprio rigettarlo perché finché non abbiamo delle analisi tecniche specifiche, soprattutto per quanto riguarda la struttura delle case e quindi la resistenza sismica, eccetera, non possiamo andare a finanziare delle costruzioni dove ci potrebbero essere problemi di statica. Grazie.

PRÄSIDENT: Wir vertagen die Replik der Einbringerin auf den Nachmittag.
Die Sitzung ist unterbrochen.

ORE 12.58 UHR

ORE 14.33 UHR

Namensaufruf - appello nominale

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Nachdem zum Beschlussantrag Nr. 10/18 ein Änderungsantrag eingegangen ist und dieser übersetzt und verteilt werden muss, schlage ich vor, die weitere Behandlung auszusetzen. Wir fahren mit der Behandlung der Tagesordnung fort.

Punkt 14 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 8/18 vom 3.12.2018, eingebracht von der Abgeordneten Mair betreffend: Altersarmut bekämpfen.**"

Punto 14) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 8/18 del 3/12/2018, presentata dalla consigliera Ulia Mair, riguardante: combattiamo la povertà in età avanzata."**

Altersarmut bekämpfen

Die Daten der ASTAT-Veröffentlichung Nr. 64 vom November 2018 zu den Renten in Südtirol zeigen ganz offen die Problematik der Altersarmut auf. So ist unter anderem Folgendes zu entnehmen: "Unterteilt man die von den Empfängern von Altersrenten bezogenen Renteneinkommen nach monatlichen Betragsklassen, so zeigt sich, dass 2,9 % der Rentenempfänger ein monatliches Renteneinkommen von unter 500 Euro beziehen und zwar 4,9 % der Frauen und 0,9 % der Männer. 31,3 % der Altersrentenempfänger bekommt weniger als 1.000 Euro im Monat. 44,6 % der Frauen erhalten Renten bis 1.000 Euro, bei den Männern liegt diese Quote bei 17,5 %. Mehr als ein Viertel (28,1 %) der Altersrentenempfänger bekommt pro Monat 2.000 Euro oder mehr: Das betrifft 40,4 % der Männer und 16,4 % der Frauen."

Immer mehr Südtiroler Rentner geraten, auch aufgrund der seit Jahren sinkenden Kaufkraft der Renten in die Altersarmut. Darauf machen Rentenexperten, Seniorenvertreter und Schuldnerberater immer wieder mit Nachdruck aufmerksam. Besonders alleinstehende Frauen sind der drohenden Altersarmut ausgeliefert, zumal sie oft in ihrer Rentenbiografie größere Lücken aufweisen. Vielfach wurden Frauen früher arbeitsrechtlich nicht gemeldet oder haben ihre Zeit in die Kindererziehung investiert. Sie haben aber für die Entwicklung der Gesellschaft einen wesentlichen Beitrag geleistet.

Auch wenn die primäre Zuständigkeit für das Rentenwesen bekanntlich beim Staat liegt, so ist es doch auch die Aufgabe der politisch Verantwortlichen in Südtirol dafür Sorge zu tragen, im Rahmen der autonomen Zuständigkeiten alle Möglichkeiten auszuschöpfen, für Verbesserungen zu sorgen.

"Die Landesregierung hat bereits zusätzliche Maßnahmen eingeführt, um Situationen von Altersarmut zu bekämpfen. Mit Beschluss Nr. 671 vom 10.6.2014 wurde eine erhöhte Leistung für Wohnungsnebenkosten für alleinlebende Personen, welche über 70 Jahre sind und ein Gesamtennettotoeinkommen von bis zu 7.800 € jährlich haben, eingeführt. Diese erhöhten Beiträge betragen zwischen 160-185 € pro Monat, wobei die effektiv ausgezahlten Beträge auch von zusätzlichen vorhandenen Einnahmen oder Vermögen abhängig sind, was die Treffsicherheit der Maßnahme gewährleistet". (Antwort zur Landtagsanfrage Nr. 1320/2015) Dennoch fallen viele Rentner durch das soziale Netz, sodass auch Senioren, welche über ein geringes Einkommen oder Vermögen verfügen, beim Sozialsprengel um das Soziale Mindesteinkommen ansuchen müssen, welches für 1 Jahr gewährt werden kann.

Der Südtiroler Landtag spricht sich grundsätzlich für eine Erhöhung der Mindestrenten aus und verpflichtet

die Landesregierung

im Rahmen ihrer Zuständigkeit Schritt für Schritt folgende Maßnahmen umzusetzen:

- 1. das vom Land gesetzlich geregelte soziale Mindesteinkommen (L.G. Nr. 13/91 – Dekret LH Nr. 30 vom 11.8.2000) auf 800 Euro monatlich zu erhöhen;*
- 2. mit dem Staat in Verhandlung zu treten, damit umgehend eine Anhebung der Mindestrenten auf das Soziale Mindesteinkommen (Lebensminimum) erfolgen kann;*
- 3. weitere Maßnahmen zur vermehrten Bekämpfung der Altersarmut zu erarbeiten und umzusetzen.*

Combattiamo la povertà in età avanzata

Dai dati contenuti nell'astatinfo n. 64 del novembre 2018 sulle pensioni emerge distintamente il problema della povertà in età avanzata. Tra le altre cose vi si legge che "suddividendo i redditi da pensione di vecchiaia per classi d'importo mensile si osserva che il 2,9% dei beneficiari percepisce meno di 500 euro. Questo si verifica per il 4,9% delle donne contro lo 0,9% degli uomini. Tra tutti i titolari di pensioni di vecchiaia, il 31,3% percepisce un reddito da pensione inferiore a 1.000 euro al mese. Le donne hanno pensioni fino a 1.000 euro nel 44,6% dei casi mentre tra gli uomini tale quota è pari al 17,5%. Oltre un quarto dei titolari di pensioni di vecchiaia (28,1%) percepisce un importo mensile di 2.000 euro e oltre: ciò riguarda il 40,4% degli uomini e il 16,4% delle donne."

In Alto Adige sono sempre più numerosi i pensionati che, anche per via del costante calo del potere d'acquisto, finiscono in una situazione di povertà. Gli esperti in materia previdenziale, i rappresentanti dei pensionati e gli addetti alla consulenza debitori continuano a segnalare con forza il problema. Soprattutto le donne che vivono da sole sono esposte al rischio di povertà in quanto la loro storia contributiva presenta spesso grossi buchi. In passato le donne spesso lavoravano in nero oppure investivano il loro tempo nell'educazione dei figli, dando però comunque un contributo essenziale allo sviluppo della società.

Anche se le pensioni sono materia di competenza primaria dello Stato, è comunque compito dei responsabili politici a livello provinciale sfruttare le prerogative dell'autonomia per migliorare la situazione.

"La Giunta provinciale ha già provveduto a introdurre misure aggiuntive per combattere situazioni di povertà in età avanzata. Con la delibera n. 671 del 10/6/2014 è stato aumentato il contributo per le spese accessorie a favore degli ultrasessantenni che vivono da soli e percepiscono una pensione annuale non superiore a 7.800 euro netti. Si tratta di somme tra i 160 e i 185 euro mensili, anche se l'importo effettivamente erogato dipende anche dalle ulteriori entrate e dal patrimonio, il che consente di destinare i fondi a chi ne ha effettivamente bisogno." (risposta all'interrogazione consiliare n. 1320/2015) Tuttavia molti pensionati non arrivano a beneficiare di queste misure e alcuni anziani con un basso reddito o con una piccola proprietà si vedono costretti a presentare domanda al distretto sociale per il reddito minimo di inserimento, che può essere concesso per un anno.

Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano si dichiara sostanzialmente favorevole all'aumento delle pensioni minime e

impegna

la Giunta provinciale

ad attuare progressivamente, nell'ambito delle proprie competenze, le seguenti misure:

- 1. aumentare a 800 euro mensili il reddito minimo di inserimento disciplinato per legge dalla Provincia (L.P. n. 13/91 – decreto del presidente della Giunta provinciale 11 agosto 2000, n. 30);*
- 2. avviare trattative con lo Stato ai fini di un immediato aumento delle pensioni minime al livello del reddito minimo di inserimento (minimo vitale);*
- 3. elaborare e poi attuare ulteriori misure per una lotta più incisiva alla povertà in età avanzata.*

Es ist ein Änderungsantrag von den Abgeordneten Mair und Leiter Reber eingebracht worden, der wie folgt lautet: "Im beschließenden Teil wird im Punkt 1 die Zahl "800" durch die Zahl "1000" ersetzt."

"Nel punto 1 della parte dispositiva la cifra "800" è sostituita dalla cifra "1000"."

Abgeordnete Mair, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

MAIR (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Präsident. Bevor ich mit der Erläuterung beginne, möchte ich mich bei der Kollegin Brigitte Foppa dafür bedanken, dass sie mich auf den Fehler hingewiesen hat. Im Punkt 1 des beschließenden Teiles, obwohl wir den Antrag verändert haben, hat sich ein Fehler eingeschlichen. Die 800 Euro möchten wir durch den Änderungsantrag mit 1.000 Euro ausbessern. Das Thema ist nicht neu. Wir haben hier im Landtag schon öfters darüber diskutiert. Ich denke, es ist immer wieder richtig und wichtig, auf dieses Thema hinzuweisen, dass man darüber spricht, dass man die Problematik angeht, auch wenn unterschiedliche Meinungen oder Ansätze diesbezüglich gegeben sind.

Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass das Thema der Altersarmut ganz besonders im Wahlkampf 2013 ein großes Thema war. Dann ist es etwas abgeflaut. Man hat versucht, diese Problematik mit Einführung des Heizkostenschecks, usw. zu kompensieren. Die Landesregierung hat etwas unternommen, aber nach wie vor ist es so, dass ein großer Teil unserer Senioren durch den Rost fällt. Es ist klar, nach den Landtagswahlen im November hat das ASTAT in seiner Broschüre zu den Renten die Problematik aufgegriffen und dazu auch die Zahlen geliefert. Da ist eindeutig herausgekommen, und das ist nicht neu, das haben wir immer wieder auch betont und ist jedem von uns klar, dass Altersarmut vor alle auch weiblich ist. Wir kennen die Problematik. Viele Frauen haben Kinder in die Welt gesetzt, sind deshalb zuhause geblieben. Sie waren oft, auch wenn sie beim Mann gearbeitet haben, nicht gemeldet. Also fehlen denen natürlich die Jahre. Was man aber nicht sagen darf ist, dass diese Frauen nicht gearbeitet hätten, nichts geleistet hätten, sondern sie

haben für die Gesellschaft insgesamt einen wertvollen Dienst erbracht. Die Problematik ist aber klar, Altersarmut betrifft vor allem die Frauen. Es ist so, dass immer mehr Rentner in Südtirol aufgrund der sinkenden Kaufkraft in die Altersarmut abrutschen. Es ist so, dass wirklich viele Rentner in prekären Situationen leben, aufgrund eines Rentenanspruchs, der wirklich oft jeder Beschreibung spottet, um es salopp auszudrücken. Es sind wirklich viele, die an der Grenze der Altersarmut entlangschlittern, wenn sie nicht die Unterstützung der Kinder haben, sofern sie überhaupt Kinder haben, oder wenn sie nicht durch Angespartes oder durch Vermögensbestände gesichert sind, oder durch Zuwendungen vonseiten des Landes, die step by step die Landesregierung eingeführt hat. Man muss aber auch sagen, es gibt einen überschaubaren Kreis, der sich zu den Begünstigten zählen kann, diese Maßnahmen zu nutzen, die die Landesregierung gesetzt hat. Es ist nach wie vor so, dass viele durch dieses Raster fallen. Ich denke, es ist wichtig, dass man erneut einen Anlauf nimmt, Maßnahmen zu setzen. Wir haben bewusst im Punkt 3 nicht über Maßnahmen gesprochen, weil wir uns erwarten, dass man hier eventuell diskutiert und mitredet, dass man Vorschläge machen kann. Wir wollen explizit nichts Konkretes festschreiben, weil es dann vielleicht nicht passt. Wir sind hier also bereit für Diskussionen. Natürlich müssen die Maßnahmen so gesetzt werden, dass Altersarmut stark abnimmt, ob man sie ganz beseitigen kann, wage ich zu bezweifeln. Ein Beispiel: wir haben gestern von Kollektivverträgen gesprochen. Wir wissen, dass bei den Kollektivverträgen der Staat in vielen Bereichen zuständig ist, dass man aber vielleicht dort ansetzen kann, wenn man weiß, dass man heute noch gültige Kollektivverträge hat, wo man bei einer Achtstundenarbeit, Fünf- oder Sechstageswoche am Ende unterm Strich nur auf die Mindestrente kommt. Dann stimmt etwas nicht in diesem Bereich. Hier ist anzusetzen. Ich glaube, wir sind es der Aufbaugesellschaft schuldig. Wir stehen in der Pflicht, dass wir hier ein eigenes Rentensystem erwirken, dass wirklich Gerechtigkeit erzielt werden kann, Altersarmut vermindert und die soziale Sicherheit geboten werden kann. Wir haben immer die Auffassung vertreten, dass es unsere eigenen Leute zuerst treffen muss, dass die die ersten Adressaten des sozialen Netzes sein müssen, der sozialen Fürsorge. Deswegen erwarten wir uns das in diesem Bereich und wir wollen mit diesem Antrag noch einmal den Anlauf unternehmen, dass sich der Landtag grundsätzlich für eine Erhöhung der Mindestrenten ausspricht. Wir wollen, dass die Landesregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeiten Schritt für Schritt dann auch Maßnahmen setzt. Wir wollen, dass das vom Land gesetzlich geregelte soziale Mindesteinkommen auf 1.000 Euro monatlich erhöht wird. Wir wollen, dass mit dem Staat verhandelt wird, dass umgehend eine Anhebung der Mindestrenten auf das soziale Mindesteinkommen erfolgen kann. Selbstverständlich sind wir auch gerne bereit, darüber zu diskutieren, weitere Maßnahmen zur vermehrten Bekämpfung von Altersarmut zu erarbeiten und festzusetzen, die dann auch umgesetzt werden können.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Wir unterstützen diesen Antrag, weil wir gerade zu diesem Thema selbst einiges vorgelegt hatten und immer wieder, nicht nur am Tag der Frau, auf die Armutgefährdung insbesondere der Frauen im Alter hingewiesen haben. Das ist ein guter Ansatz, um darauf noch einmal hinzuweisen. Wir wissen, dass es immer wieder Menschen gibt, die in regelrechte Einkommenslöcher fallen. Da ist das Präkariat ausschlaggebend, da ist die Mobilität ausschlaggebend. Es sind aber auch sehr oft Frauen, die während der sogenannten Familienpause, die man sich eigentlich nicht mehr leisten kann, aussetzen und denen dann später diese Jahre fehlen. Aber in ganz besonderem Maße sind die Alleinerzieherinnen und auch Alleinerzieher davon betroffen. Deshalb braucht es Sicherungssysteme. Wir finden, dass es diese auch dann braucht, wenn man in Arbeit ist. Es heißt heute "working poors". Das sind Menschen, die arbeiten und trotzdem nicht genug Geld zum Leben haben. Auch für die braucht es eindeutig Sicherungssysteme. Es ist ein regelrechter Dschungel, wenn es darum geht, zu einem Mindesteinkommen zu kommen. Wir schlagen deshalb schon seit längerem das soziale Grundeinkommen vor. Wichtig wäre es die verschiedenen Maßnahmen zusammenzuführen, um eine einheitliche Antragstellung, eine einheitliche Bearbeitung zu haben und auch mehr Übersicht. Das würde ein bisschen weniger Sozialneid geben. Noch ein kleiner Hinweis. Es ist die Rede vom staatlichen Grundeinkommen, das ein wenig in Konkurrenz steht zu den Sicherungsmaßnahmen im Lande. Wir rufen dazu auf, die Reichweite und den Handlungsspielraum, den uns das Autonomiestatut gibt, auf keinen Fall aufzugeben. Hier darf man auf keinen Fall locker lassen und sich auch nicht die Vorstellung machen, man könnte den Landeshaushalt aufbessern, wenn man sich auf das staatliche Bürgereinkommen zurückziehen würde. Wir haben da Äußerungen gehört, die uns sehr aufhorchen haben lassen. Wir glauben von den Vätern und Müttern der Autonomie wurden sehr mutige Schritte gesetzt und die sollte man auf keinen Fall verbraten (das in einem größeren Kontext gesagt). Diesem Antrag können wir auf jeden Fall zustimmen. Er ist auch in der Folge, von dem was wir gestern hier gesagt haben, deshalb

finde ich es sehr positiv, dass wir diese Legislaturperiode mit dem Thema Arbeit und Einkommen eröffnen. Das wird uns sicherlich noch weitere Jahre beschäftigen. Vielen Dank!

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Wir haben hier im Landtag und auch im Regionalrat schon öfters über die Rentenproblematik und die Altersarmut, die damit einhergeht, gesprochen. Wir hatten auch einmal darauf hingewiesen, und das ist nicht zu unterschätzen, dass es in Zukunft zu einem immer größeren Problem wird, dass Familiengründungen immer später stattfinden. Damit erfolgt natürlich auch die Anschaffungen für ein Haus oder eine Wohnung immer später. Es macht einen Unterschied aus, ob ich einen Kredit mit Zwei- undzwanzig oder ob ich ein Kredit mit Mitte Vierzig aufnehme. Wenn ich anfangs, einen Kredit erst mit Mitte Vierzig aufzunehmen, um eine Wohnung abzuzahlen, dann muss in meiner Lebensbiografie und in der meines Partners bzw. Partnerin schon alles gut laufen, ansonsten haben wir ein Problem. Das stellt sehr viele Menschen in Zukunft vor einer Herausforderung. Vor allem, wenn man berücksichtigt, dass in Zukunft die älteren Generationen immer mehr dafür sorgen müssen, dass die jüngeren Generationen über die Runden kommen, während es früher manchmal andersherum gewesen ist, sehen wir, welcher Entwicklung wir entgegen gehen, wenn wir auch berücksichtigen, dass die Gesellschaft in den nächsten Jahren zunehmend altern wird. Wir haben uns deswegen im Landtag auch schon mit der Thematik auseinandergesetzt. Der Landtag hat sogar dem Antrag zugestimmt, dass man prüfen sollte, in Südtirol ein eigenes Rentensystem aufzubauen. Wir haben festgestellt, dass ein Teil der Rentenbeiträge, die in Südtirol eingezahlt werden, gar nicht in Südtirol landen, sondern irgendwohin versenden. Schon deswegen wäre das grundsätzlich weiterhin zu verfolgen. Darüber hinaus scheint mir aber auch das Modell der Ausgleichszulage sehr interessant, d.h. es gibt die Ausgleichszulage, unter einem anderen Namen in Deutschland und Österreich, man schaut sich das Einkommen eines Rentners anhand der ausgezahlten Rente und sonstigen Einkünften, wenn jemand vielleicht eine Wohnung vermietet, an. Welches Realeinkommen ergibt sich daraus? Liegt dies unter einem bestimmten Satz, wird ihm bis zu einer Grenze von ca. 1.000 Euro der Ausgleich ausbezahlt, damit der Rentner nie darunterliegen kann. Ich glaube, das wäre ein Modell, das wir uns in diesem Zusammenhang auch in Südtirol überlegen sollten. In Südtirol gibt es Rentner, die mit 400, 500, 600 Euro einen Monat lang über die Runden kommen sollen, die damit Miete, Heizkosten, Lebensmittel zahlen sollen. Im Alter kommen dann auch therapeutische Maßnahmen, Medikamente, Arztbesuche, usw. dazu. Da kann man sich eine ganz einfache Rechnung machen, dass man das mit einer so geringen Rente nicht bezahlen wird können. Deswegen glauben wir den Weg der Ausgleichszulage, wie man sie dann benennt, ist egal, es ist sinngemäß damit gemeint, den Vorschlag von 1.000 Euro durchaus als interessant. Das sind wir unseren Senioren auch schuldig, denn den Wohlstand, den wir heute in Südtirol haben, der ist von der älteren Generation aufgebaut worden. Leider wurden nicht immer die entsprechenden Beiträge eingezahlt, aber die Arbeit wurde trotzdem verrichtet. Der Wohlstand, den wir heute haben, ist von dieser Generation mit aufgebaut worden. Ich glaube jede Generation hat das Recht im Alter in Würde zu leben. Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass das möglich ist, deswegen sollten wir alles unternehmen, damit man auch im Alter ein würdiges Einkommen und Auskommen hat.

RIEDER (Team Köllensperger): Auch wir vom Team Köllensperger unterstützen diesen Antrag. Danke, Frau Kollegin Mair, dass Sie dieses wichtige Thema gleich am Anfang der Legislaturperiode auf das Parkett bringen. Altersarmut ist wirklich heute schon ein großes Thema, dann wird es das in Zukunft wohl noch mehr sein. Wir sind wieder beim Thema von gestern, dass Niemand mit 600 Euro Mindesteinkommen in Südtirol leben kann. Das wissen wir alle, darüber brauchen wir nicht zu diskutieren. Eine Erhöhung auf 1.000 Euro würde den Lebenserhaltungskosten einigermaßen Rechnung tragen. Wir wissen natürlich auch wen Altersarmut hauptsächlich betrifft, es sind Frauen, wie die Vorrednerinnen schon angesprochen haben, und es das Schlimme ist, dass es in Zukunft noch mehr Frauen betreffen wird. Das Phänomen Altersarmut wird in den nächsten Jahrzehnten noch schlimmer werden, also dann unsere Generation, wenn wir nicht schon jetzt Maßnahmen setzen. Es gibt heute viele Rentnerinnen und Rentner, die mit einer Mindestrente von 500 Euro auskommen müssen. Derjenige, der eine Rente von 500 Euro bezieht, muss ein Ansuchen machen, um auf die 600 Euro Lebensminimum zu kommen, da frage ich mich, ist es wirklich notwendig, das Gesuch jedes Jahr neu machen zu müssen? Ich meine, wenn jemand 85 oder 90 Jahre alt ist, eine Mindestrente bezieht, dann wird sich das Jahreseinkommen nicht wesentlich verändern. Das wäre eine Maßnahme, die wir von Amts wegen zum Bürokratieabbau und auch um den Menschen entgegenzukommen, die die Landesregierung sofort setzen könnte. Es gibt viele ältere Menschen in Südtirol, und so habe ich auch Rückmeldungen, die sich als Bittsteller fühlen, wenn sie jedes Jahr ansuchen müssen, hingehen müssen, alles belegen müssen. Gar einige,

glaube ich, suchen gar nicht an, sondern sitzen lieber zuhause in der kalten Wohnung. Auf jeden Fall sind wirkliche Maßnahmen notwendig. Wenn wir schon gestern und auch heute über niedrige Löhne gesprochen haben, das ist ein Kreislauf, es gehört alles zusammen. Wenn wir heute schon beim Tische einrichten sind, würde ich die Landesrätin bitten, wir würden auch da gerne mitarbeiten und unsere Ideen einbringen, damit wir möglichst schnell für die Zukunft Maßnahmen setzen.

NICOLINI (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Grazie presidente. Io sono favorevole a incrementare l'aiuto alle persone anziane, quindi voterò positivamente alla mozione presentata dalla cons. Mair.

C'è però il punto 2 dove io mi chiedo se è al corrente di quello che sta succedendo a livello statale, perché lo Stato ha già provveduto, ha già fatto qualcosa per le pensioni minime, c'è la pensione di cittadinanza, il programma sta andando avanti secondo i tempi prestabiliti, il tempo per le domande sarà fino alla fine del mese di marzo e poi si inizierà a dare 780 euro, che è molto vicino alla previsione che aveva detto inizialmente il consigliere, soltanto per la pensione di cittadinanza, senza dover fare delle prestazioni supplementari come ad esempio per il reddito. È molto importante che si sappia che c'è questa pensione di cittadinanza. Io non so se è perché sono rappresentante del Movimento 5 Stelle, però a me capita costantemente anche in questi giorni che vengo fermato da persone che per strada o sui social mi chiedono come ottenere questa pensione di cittadinanza o il reddito di cittadinanza. Io sono favorevole che la Provincia abbia delle misure compensative o che comunque mantenga tutto quello che riguarda il suo reddito minimo, però vorrei anche che si potesse agevolare e mettere a conoscenza tutti quanti che lo Stato ha già fatto tanto per dare un sostegno alle classi più povere e anche agli anziani. Grazie.

ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Auch von uns wurde bereits mehrmals erwähnt, dass besonders die Frauen von der Altersarmut betroffen sind. Um dem entgegenzuwirken, ist es wichtig, sich vorab abzusichern, sich rechtzeitig abzusichern, um später nicht in der Altersarmut zu enden. Wenn man im Internet verschiedene Suchworte eingibt, Altersarmut bekämpfen, Maßnahmen gegen Altersarmut, dann findet man quer durch Europa durch verschiedene Konzepte und Vorschläge, aber die Liste nimmt kein Ende, es wird nirgends darauf hingewiesen, dass es dagegen ein wirklich gutes Konzept gibt. Die Fälle werden immer mehr. Es gibt immer wieder Berichte, wo man liest, dass Rentner im Winter in der kalten Wohnung sitzen, weil sie sich die Heizungskosten nicht leisten können. Auch bei uns findet man verschiedene Beiträge von Caritas, Vinzenzverein, von der Tafel, wo immer wieder darauf hingewiesen wird, dass es weitaus mehr Bedürftige gibt, die mit ihren Renten nicht durchs Monat kommen, sich aber nicht trauen, an eine Hilfsorganisation zu wenden, weil sie sich schämen. Ich selbst habe einen Bekannten, der in einer Hilfsorganisation freiwillig tätig ist und auch er sagt immer wieder, dass sich die Leute schämen, wenn sie die Hilfspakete zu ihnen nach Hause bringen. Sie wollen von den Nachbarn nicht gesehen werden. Auch Gutscheine für Geschäfte wären nicht sinnvoll, weil damit würden sie sich sozusagen "outen". All dies ist eigentlich für die Rentner selbst eine große Hürde. Die Menschen bleiben auf ihren Problemen sitzen. Wenn man sich die Jahresberichte der Caritas anschaut, wo im Jahre 2017 darauf hingewiesen wird, dass fast 2.000 Menschen die Schuldner- und Beratungsstelle beansprucht haben, Tendenz steigend, ist es wirklich notwendig, dass Maßnahmen ergriffen werden. Jeder kleine Tropfen ist sozusagen ein Tropfen auf dem heißen Stein, aber steter Tropfen höhlt auch den Stein. Deshalb muss man am Thema dranbleiben. Wir müssen mit vereinten Kräften Ideen sammeln und Anregungen sammeln. Eine kleine Maßnahme wäre bereits, wenn man den Sockelbetrag erhöht oder sich ein anderes Modell aneignet, wie beispielsweise das von Österreich, damit man dem Problem der Altersarmut Herr wird.

AMHOF (SVP): Ich kann in vielen Dingen meinen Vorrednerinnen und Vorrednern Recht geben, nämlich, dass mit der Mindestrente, wie sie heute vonseiten des Staates ausgezahlt wird, viele Menschen nicht über die Runden kommen. Vor allem und das haben wir bereits gestern gehört, bei den Lebenshaltungskosten, die wir in Südtirol heute haben. Die Zuständigkeit für die Rente, das wissen wir auch alle, liegt nicht bei uns, sondern das ist eine staatliche Zuständigkeit. Wir haben bereits in den vergangenen Legislaturen versucht, unsere Vorgängerinnen und Vorgänger haben schon versucht, diese Tatsache abzupuffen, um doch die Menschen, die dieses Land zu dem gemacht haben, was es heute ist, nämlich ein sehr wohlhabendes Land, zu unterstützen, die nicht genügend eingezahlt haben, um eine gute Rente zu bekommen. Hier wurden Maßnahmen getroffen, die diesen Menschen auch ein würdiges Leben im Alter ermöglichen. Einer der Beschlüsse, die ich zitiere, war der vom Jahre 2014, dort wurden Beiträge geschaffen, um Lebensnebenkosten zu finan-

zieren, sodass die Menschen bis auf einen Betrag von ca. 750 Euro gekommen sind. In einem weiteren Beschluss von 2018 wurde der Betrag noch einmal angehoben, sodass die Rente dann ca. 850 Euro betrug. Dort wurde auch das Alter von ursprünglich 70 Jahren auf 65 Jahre herabgesetzt. Man hat also bereits ab 65 Jahre Anspruch auf diese Beiträge für Wohnnebenkosten. Damit wären die Forderungen im ursprünglichen Beschlussantrag bereits erfüllt gewesen. Ich denke aber auch, dass wir in allen Bereichen, Brigitte Foppa hat es bereits gesagt, und vor allem in diesem Bereich unsere autonomiepolitischen Zuständigkeiten maximal ausnützen müssen. Das machen wir auch zurzeit. Wenn wir jetzt die Beiträge auf ein weiteres Höchstmaß anheben, dann laufen wir bei einer nicht exakten Nebenrechnung Gefahr, dass dann die staatliche Rente im Gegenzug gekürzt wird. Das war auch die Thematik, über die wir in der letzten Legislatur hier einige Male diskutiert haben, und zwar dass die INPS dann im Verhältnis die staatliche Rente reduziert, wenn die Zusatzbeiträge vonseiten des Landes angehoben werden und über ein gewisses Maß hinausgehen. Das wäre dann ein Bumerang, der niemandem dienen würde, weder uns, da wir dann Kosten übernehmen, die eigentlich der Staat zu tragen hat, und vor allem nicht den Menschen, die diese Rente empfangen würden, weil der Betrag so oder so der gleiche bleibt. Ich wage also den Zwischenruf, überwerfen wir nicht ein System, sondern machen wir bitte zuerst die Gegenrechnung bis wohin können wir gehen, damit es nicht ein Bumerang für die Menschen wird. Herzlichen Dank!

URZI (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Grazie presidente, faccio una considerazione di fondo: è evidente che le situazioni di sofferenza che vivono alcune categorie di persone nella nostra provincia, hanno la necessità di trovare adeguate forme di ristoro. Indubbiamente questa è una delle proposte che vanno in questa direzione, una volta tanto possiamo dire che è una forma di assistenza che ci va bene, perché non ci va bene l'assistenzialismo verso un trentenne bello muscoloso, ci va bene invece l'assistenza verso una persona che ha raggiunto l'età della pensione e che ha il diritto di poter non sopravvivere ma vivere.

Ovviamente la formulazione e la graduazione di questi interventi potrebbero essere oggetto di un lunghissimo dibattito e ognuno può avere il suo punto di vista, quindi 1.000, 1.100, 980, è tutto relativo, fasce di reddito, opportunità, patrimonio, reddito minimo, eccetera. La mozione va nella giusta direzione, quindi la voterò volentieri.

Sul punto 2 chiedo la votazione separata, presidente, dei punti dell'impegnativa, credo che debba essere messo un punto interrogativo un po' più pesante. È vero che c'è la necessità di un coordinamento con lo Stato, questo è verissimo, perché non dico che c'è il rischio che si accavallino le iniziative – un po' questo c'è stato, a dire la verità – ma c'è anche il rischio che poi si perdano di vista gli obiettivi comuni.

Alla base di tutto, però, c'è un ulteriore ragionamento che mi sono permesso già di svolgere ieri quando si parlava invece delle classi attive, qui stiamo parlando delle classi inattive, quindi delle persone nel mondo del lavoro.

Il tema vero, sostanzialmente, è: con 1.000 euro in Alto Adige cosa compri? Qual è il tuo potere d'acquisto? Con 1.000 a Verona cosa compri? Con 1.000 euro a Pavia cosa compri? E, se piace a qualcuno, con 1.000 euro a Innsbruck cosa compri? Ossia, il tema è il potere d'acquisto, 1.000 a Catania probabilmente sono anche molto di più rispetto a quelli che sono i 1.000 euro a Bolzano o a Bressanone. Questo ragionamento per dire che di fondo c'è un ragionamento da svolgere, e vedo che c'è fatica ad avviarlo, sul costo della vita in Alto Adige e le responsabilità del costo della vita non sono per grazia divina o per sventura divina, ma sono perché c'è stato un insieme di fattori, di scelte politiche che questo costo della vita hanno montato esponenzialmente ed è questo il tema grave, perché 1.000 euro con un costo della vita ancora più basso, evidentemente sarebbero di estremo maggiore ristoro rispetto ai 1.000 euro con l'attuale costo della vita. Su questo la politica si è interrogata? Le responsabilità le ha attribuite? Apriamo questo capitolo, presidente, la prossima volta. Intanto voto a favore, comunque. Grazie.

UNTERHOLZNER (Team Köllensperger): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir heute Vormittag hören, dass für eine Elektroautoförderung sehr wohl ein doppelter Bonus genehmigt wird, dann muss es auch eine Regelung oder ein Vorgehen geben für die Armen in unserem Land. Wie Sven Knoll richtigerweise gesagt hat, haben diese Menschen auch für unseren Wohlstand beigetragen. Deshalb darf es keine Ausrede geben. So geht es geht nicht, man muss zumindest den Ärmsten unter die Arme greifen. Wenn man hier darüber diskutieren will, dann bin ich am falschen Ort.

RENZLER (SVP): Dass die Altersarmut bekämpft werden muss, das steht außer Frage. Allerdings möchte ich schon einige Missverständnisse ausräumen, die hier im Laufe der Diskussion entstanden sind. Wir vergessen, dass für all jene, die ab dem 1. Jänner 1996 das erste Mal Rentenversichert waren, also die heute 40- bis 45jährigen, das staatliche Gesetz vorsieht, dass sie erst im 72. Lebensjahr in Rente gehen können, wenn ihr monatlicher Rentenbetrag, der effektive Betrag, 2,8 Mal des Sozialgeldes, das die INPS im Bezugsjahr ausbezahlt, ausmacht. Wenn man das auf das Jahr 2018 umrechnet, muss ich mindestens 1.251 Euro brutto monatlich an Rente erhalten, damit ich vor 72 in Pension gehen kann. 1.251 Euro bedeuten laut heutigem Rentensystem und Berechnungssystem, dass ich mindesten 350.000 Euro an Eigenkapital in meiner Rentenversicherungsposition angespart haben muss. Wenn ich jetzt ein Lebensminimum von 1.000 Euro gebe, dann muss man mir erklären, für wen von den heute 40- bzw. 45jährigen und noch Jüngeren der Anreiz besteht, überhaupt Rentenversicherungsbeiträge einzuzahlen, wenn sie dann sowieso früher gehen können, mit 65 Jahren laut Bestimmungen des Landes, und aufgrund ihres ausgeübten Berufes, z.B. Raumpflegerinnen, nie auf die 350.000 Euro Beiträge kommen. Das heißt also in diesem Beschlussantrag fehlt das Alterslimit, die zeitbegrenzte Maßnahme. Man kann es nicht unbegrenzt lassen, denn dann hat man genau die gegenteilige Wirkung von dem was man erreichen will.

Weiters gebe ich zu bedenken, dass in Südtirol 49% der Mindestrentenempfänger ehemalige Selbständige waren mit allen sich daraus ergebenden Vergünstigungen, die sie zum Teil auch hatten. Steuerreduzierungen, Abschreibemöglichkeiten, usw., während die Lohnabhängigen dies nicht haben. Das ist eine sehr gefährliche Situation, wenn man die Anhebung auf 1.000 Euro verallgemeinert, ohne bestimmte Grenzen zu setzen.

Klar ist, Altersarmut muss bekämpft werden. Das Land hat einiges getan und wird auch in Zukunft sehr sensibel auf diesem Gebiet sein, aber wenn man es so verallgemeinert, ist es nicht sinnvoll.

LANZ (SVP): Arbeitsarmut gehört natürlich bekämpft und wird auch bekämpft! Es gibt eine Reihe von Maßnahmen, die in diese Richtung abzielen, auch wenn die Wirkung noch nicht die ist, die wir uns vorstellen oder noch nicht in dem Ausmaß vorhanden ist, wie sie notwendig wäre. Deswegen können wir dem Beschlussantrag in Punkt 3 zustimmen, in dem man sagt: weitere Maßnahmen sollen weiterhin ergriffen werden und sollen weiterhin unterstützt werden. Wir sind aber bei Punkt 1 und Punkt 2 gegenteiliger Meinung und zwar insofern, weil wir hier die Auswirkungen im derzeitigen System noch nicht positiv bewerten können. Eine Erhöhung der Mindestrente würde wahrscheinlich nicht bei den richtigen Leuten ankommen, sondern irgendwo und deshalb hat es so keinen Sinn. Wir stimmen dem 3. Punkt zu, wo man sagt, weitere Maßnahmen ergreifen und in dieser Phase zu schauen, wie man das Problem der Altersarmut langfristig lösen kann. Das heißt konkret Ja zu Punkt 3 und Nein zu Punkt 1 und Punkt 2. Danke.

DEEG (Landesrätin für Soziales, Wohnbau, Familie und Senioren - SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich nur wiederholen bezüglich dieser Thematik, es ist gleich wie beim Thema Pflege. Ich darf einige Daten, Fakten, objektive Zahlen vielleicht kurz erwähnen, damit wir das Thema vielleicht ein bisschen greifbarer machen.

Zum Thema Armut. Geht es um Armut oder geht es um Altersarmut? Das sind für mich zwei verschiedene Dinge. Ich darf Ihnen ein Beispiel dazu machen. Im Jahr 2017 wurden in der Region Trentino Südtirol 1,2 Milliarden Euro für Glücksspiel ausgegeben. Im Jahr 2017 allein in Südtirol 900 Millionen Euro für Glücksspiel. Diese Ziffer kann man 2-, 3mal wiederholen, die Zahl beeindruckt mich immer wieder, weil man sich schon fragt ... Das Gefühl dafür, dass Armut im Lande verbreitet ist, ist da. Aber gleichzeitig sehen wir, dass 900 Millionen Euro pro Jahr für Glücksspiel ausgegeben wird, da möchte ich schon fragen: Glauben Sie, dass es Sinn macht, den Menschen mehr Geld in die Hand zu geben? Das zum Thema Armut. Da sind wir nicht bei der Altersarmut. Oder brauchen wir andere Maßnahmen, die die Menschen begleiten, damit das Geld eben nicht da hineinfließt. Wir können die Statistik anschauen, ob das in Richtung junge Menschen geht oder nach Bildungsgrad, das kann ich Ihnen jetzt nicht sagen, ich habe jetzt nur ein paar Ziffern zusammengetragen. Wir können das aber gerne vertiefen.

Der zweite Punkt ist, dass das Thema Altersarmut mit dem Thema sozialen Mindesteinkommen vermischt wird. An die Kollegin Mair gerichtet, ich darf Ihnen auch eine Ziffer geben. Wie viel Prozent geht vom sozialen Mindesteinkommen an Einheimische, wie viel geht an die Mindestrentner? Wir verknüpfen das Thema jetzt mit der Frau, 75 Jahre alt, hat 6 Kinder großgezogen, hat im Verein gearbeitet, also absoluter Konsens, die müssen wir unterstützen, der müssen wir helfen. Wir müssen vor allem junge Mütter und Väter unterstüt-

zen, dass sie niemals in diese Situation kommen. Dann reden wir von Altersarmut. Beim sozialen Mindesteinkommen geht 33% des Einkommens an Nicht-EU-Bürger. Wenn wir jetzt die Ziffer erhöhen, wohin geht dann das Geld vorwiegend? Wollen wir das dann? Darüber können wir diskutieren. Reden wir darüber, wohin das Geld dann geht, weil um das wollen wir auch reden wollen und müssen. Ich möchte noch eine Ziffer anhängen. Wir haben Maßnahmen ergriffen, wo wir genau anknüpfen an die Diskussion. Wir wollen Mindestrentnerinnen und Mindestrentner unterstützen. Wie machen wir denn das? Was Frau Kollegin Amhof gesagt hat, da haben wir zig Rückmeldungen auf Facebook und Co. bekommen, weil wir einmal dagegen gestimmt haben. Wir wären gegen die Maßnahmen für Altersarmut. So ein Quatsch! Entschuldigung! Wir sind dafür, wir setzen Maßnahmen und wir sind dafür! Wir machen das, indem wir uns überlegen, wie unterstützen wir Rentnerinnen und Rentner so, dass wir ihnen mehr Geld geben können, ohne dass ihnen irgendjemand mehr Geld nimmt und am Ende bleibt ihnen unterm Strich das gleiche.

Ein letztes noch, ich habe die Ziffern mit. Ich habe kein Problem, das sind offiziellen Daten. Wieviel zahlen wir heute den Menschen auf die Hand? Ich lese jetzt die Ziffer, entschuldigen Sie bitte, ich habe sie nicht im Kopf. Also eine Einzelperson, ein Alleinstehender bekommt heute, wenn er kein anderes Einkommen hat, ein soziales Mindesteinkommen von 600 Euro, er erhält den maximalen Mietbeitrag von 420 Euro und dann noch einen Beitrag von 100 Euro an Wohnnebenkosten. Das sind zusammen 1.120 Euro. Ich frage Sie, über was reden wir hier heute? Armut? Altersarmut? Über das was wir haben oder über das was wir noch brauchen? In dieser Kombination, ich gebe Ihnen die Ziffern gerne, das ist kein Problem, wir haben uns mit dem "reddito di cittadinanza" und "pensione di cittadinanza" auseinander gesetzt und wir haben den Leute gesagt, entscheidet euch, wenn ihr die Landesleistung nehmt, ist es so viel und wenn ihr den "reddito di cittadinanza" nehmt, dann sind das 780 Euro pro Monat, wovon 500 Euro Mindesteinkommen sind und 280 Euro Mietbeitrag. Dann hat man gleich gesehen, warum die Leute in Südtirol weniger um den "reddito di cittadinanza" ansuchen, weil wir hier in Südtirol zum Thema soziale Armut und Unterstützung für Armut sehr viel mehr getan haben und auch weiterhin tun wollen. Deshalb nehmen wir den Punkt 3 gerne an. Wir können auch gerne dazu diskutieren. Vergessen wir aber bitte nicht, dass Armut sehr oft mit vielen Faktoren zu tun hat. Das hat oft mit psychischen Erkrankungen oder mit physischen Erkrankungen zu tun, mit familiären Not-situationen oder mit dem Verlust des Arbeitsplatzes. Ganz oft ist mehr Geld in die Hand geben nicht die richtige Maßnahme. Wir brauchen die Menschen im sozialen Netz, wir brauchen sie begleitet, wir müssen sie dorthin bringen, dass sie ihr Leben wieder selbst in die Hand nehmen und wieder unabhängig werden vom sozialen Tropf. Das wünschen wir uns. Wir wünschen uns Menschen, die gestalten, die die Verantwortung für sich selbst in die Hand nehmen. Wenn wir überlegen, was wollen wir für die Zukunft? Wo investieren wir da? Weil wir gerade junge Leute auf der Tribüne haben, möchte ich sagen, die besten Ausgaben zur Prävention von Altersarmut, sind Prävention in Bildung, dann all das was wir zur Absicherung der Renten und Erziehungszeiten ausgeben und auch in Thema Arbeitsmarktgeschichte. Wir wollen gerne Geld in diesem Bereich ausgeben. Ich bin die erste, die hier steht und sagt, das machen wir. Sagen Sie mir aber wie und wo. Es muss dann aber dort ankommen und fruchten. Ich möchte hier schließen, ich könnte noch lange darüber reden, vielleicht können wir mit diesen Daten arbeiten und gemeinsam weiterdenken. Punkt 1 und Punkt 2 nehmen wir aus gesagten Gründen nicht an. Punkt 3 hingegen nehmen wir gerne an. Wer würde nicht weiterdenken wollen, da würden wir uns wohl die Tür selbst zuschlagen.

MAIR (Die Freiheitlichen): Zunächst möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen, die sich zu Wort gemeldet haben, bedanken. Ich möchte mich auch bei der Landesrätin für ihre Antwort bedanken. Ich möchte aber hinzufügen, dass das Thema der Altersarmut nichts mit den Themen zu tun hat, die Sie aufgezählt haben. Ich weiß, wenn man das jetzt groß diskutieren möchte, haben Sie in einigen Punkten Recht. Man kann aber jetzt nicht so tun als wären die Senioren die Glücksspieler oder als würden die Senioren selbstverschuldet in die Armut getappt sein. Ich glaube, der Vergleich war nicht gerade sehr geschickt gewählt. Vielen Senioren fehlt schlichtweg das Geld, Einkäufe zu tätigen. Vielen Senioren fehlt schlichtweg das Geld, Rechnungen zu bezahlen. Ich denke, der Aufwand, der hier betrieben wird, um Ausreden zu suchen und sich um die Problematik zu kreisen, ist hoch. Machen wir doch den Aufwand, um wirklich konkrete Vorschläge zu bringen. Wir versuchen und werden kritisiert für das was wir tun, aber seit Jahren fehlen mir von eurer Seite ganz konkrete Maßnahmen, damit die Problematik halbwegs einer Lösung zugeführt werden kann. Alle hier haben die Problematik verstanden. Das spreche ich überhaupt niemandem ab, auch der Landesregierung nicht. Ich habe aber oft das Gefühl, dass gerade in diesem Bereich, wo es um Senioren geht, da wurde ein Flickwerk geschaffen, es wurde viel mehr Bürokratie erzeugt mit den zusätzlichen Anträgen und zusätzlichen

Maßnahmen. Ich stimme Ihnen absolut zu, wenn Sie sagen, niemand will, wenn man die Senioren finanziell mehr unterstützt, dass ihnen auf der anderen Seite etwas genommen wird. Deswegen ist es wichtig, dass mit dem Start diesbezüglich gesprochen wird. Wir haben leider in vielen Bereichen, wo wir für unsere Leute effektiv Politik gestalten und machen können, damit wir auch die Probleme imstande sind zu lösen, nicht die Kompetenzen. Es ist wichtig, wie man das Kind dann nennt, ob man verhandelt, spricht, diskutiert, etwas ausmacht, ist mir eigentlich egal, aber dass man nicht gerade bei der Aufbaugeneration so einen Tanz aufführt und versucht, Ausreden zu suchen. Verbesserungen ja, es wurden Vorschläge gemacht, die kann man vielleicht in einem zweiten Moment aufgreifen und einfließen lassen. Es wurde einiges hier gesagt, auch von Kolleginnen der Opposition, Vorschläge gemacht, die durchaus zu unterstützen sind, aber mir geht es darum, dass die Maßnahmen, die vonseiten der Landesregierung gesetzt werden, ein bisschen ein Flickwerk sind, quasi wir haben die Problematik erkannt und führen hier oder da einen Bonus ein. Man erreicht aber oft nur einen kleinen Kreis von Menschen, die begünstigt werden. Es sind sehr viele, die durch den Rost fallen. Uns muss es um diese Menschen gehen, dass man sie sozial auffängt und dass man sie unterstützt. Ich bedanke mich, dass zumindest Punkt 3 angenommen wird. Ich wünsche mir natürlich und das liegt an uns allen, dass wir an der Thematik dranbleiben, dass man hier wirklich konkrete Maßnahmen setzt, damit Altersarmut soweit als möglich bekämpft werden kann. Ich wünsche mir, dass man ein Modell schafft, das breitestmöglich Begünstigte hat und dass es nicht immer Kategorien gibt, die durch den Rost fallen.

PRÄSIDENT: Wir kommen nun zur Abstimmung. Wie vom Abgeordneten Urzi beantragt, stimmen wir getrennt über den Beschlussantrag ab.

Ich eröffne die Abstimmung zu den Prämissen: mit 17 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum verpflichtenden Teil und stimmen über getrennt ab. Ich eröffne die Abstimmung zu Punkt 1. Mit 15 Jastimmen, 19 Neinstimmen und 1 Enthaltung wird der Punkt 1 abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung zu Punkt 2 des beschließenden Teils: mit 14 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung 2 abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung zu Punkt 3 des beschließenden Teils: mit 34 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme genehmigt.

Mittlerweile ist die laut Geschäftsordnung vorgesehene Zeit für die Behandlung der politischen Akte der Abgeordneten der Opposition abgelaufen. Bevor wir zur Behandlung der politischen Akte der Landesregierung bzw. der Abgeordneten der Mehrheit übergehen, möchte ich die Klasse 5A der Wirtschaftsfachoberschule mit Frau Prof. Michaela Schalk recht herzlich hier im Südtiroler Landtag begrüßen.

Punkt 52 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 9/18 vom 11.12.2018, eingebracht von den Abgeordneten Amhof und Tauber, betreffend Brixen Süd – Ein- und Ausfahrt."**

Punto 52) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 9/18 dell'11/12/2018, presentata dai consiglieri Amhof e Tauber: Bressanone sud – svincolo autostradale in entrata e in uscita."**

Brixen Süd – Ein- und Ausfahrt

Seit 2007 ist der Halbanschluss an die Brennerautobahn in Brixen Süd in Betrieb. Durch ihn hat sich die Verkehrssituation in Brixen verbessert. Weniger Fahrzeuge fahren durch das Brixner Stadtzentrum. Schwerfahrzeuge und Pkws gelangen durch den Anschluss direkt in die Industriezone und die Stadt bleibt zum Teil vom Schwerverkehr entlastet. Der Halbanschluss sollte aber nur bis 2013 ein solcher bleiben und dann zu einer Autobahnausfahrt mit vollwertiger Ein- und Ausfahrt umgebaut werden. Die Landschaftsschutzkommission hatte dazu bereits im Jahre 2012 ihr Einverständnis erteilt und entsprechende Ausbaupläne wurden von der Brennerautobahngesellschaft in Auftrag gegeben. Doch leider ist Brixen Süd nach wie vor ein Halbanschluss – die Landesregierung hatte einen "Fortgang" in dieser Angelegenheit mit Neuvergabe der Autobahnkonzession angekündigt. Demnach dürfte es bald soweit sein.

Dies vorausgeschickt,

*beauftragt
der Südtiroler Landtag*

die Landesregierung

alle Maßnahmen in die Wege zu leiten, um die Erweiterung des Halbanschlusses Brixen Süd zu einer vollwertigen Autobahnein- und -ausfahrt innerhalb des Jahres 2019 zu veranlassen.

Bressanone sud – svincolo autostradale in entrata e in uscita

Dal 2007 è attivo il semiraccordo di Bressanone sud all'autostrada del Brennero. Da allora la situazione del traffico a Bressanone è migliorata e il numero di veicoli che attraversano il centro città è diminuito. Il semiraccordo ha contribuito a decongestionare la città da almeno una parte del traffico pesante, poiché consente ai mezzi pesanti e agli autoveicoli di raggiungere direttamente la zona industriale. Questo semiraccordo avrebbe però dovuto rimanere tale soltanto fino al 2013, per poi essere trasformato in un vero e proprio svincolo con regolari corsie di entrata e di uscita. Già nel 2012 la commissione per la tutela del paesaggio aveva dato il suo nulla osta all'ampliamento e la società Autostrada del Brennero aveva affidato i relativi incarichi di progettazione. Purtroppo però quello di Bressanone sud continua ad essere un semiraccordo – la Giunta provinciale aveva annunciato che con il rilascio della nuova concessione per l'autostrada qualcosa si sarebbe mosso in questa vicenda. Quindi i tempi dovrebbero ormai essere maturi.

Ciò premesso,

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
 incarica*

la Giunta provinciale

di avviare tutte le misure necessarie a trasformare il semiraccordo di Bressanone sud in un vero e proprio svincolo autostradale entro il 2019.

Abgeordneter Tauber, Sie haben das Wort für die Erläuterung, bitte.

TAUBER (SVP): Brixen Süd – Ein- und Ausfahrt: Seit 2007 ist der Halbanschluss an die Brennerautobahn in Brixen Süd in Betrieb. Durch diesen Anschluss hat sich die Verkehrssituation in Brixen verbessert. Weniger Fahrzeuge fahren nunmehr durchs Zentrum. Somit ist der Schwerverkehr und auch die Pkws weniger belastend für die Stadt selber. Der Halbanschluss sollte bereits 2013 zu einem Vollanschluss ausgebaut werden. Die Landschaftsschutzkommission hat bereits 2012 ihr Einverständnis gegeben und auch die Autobahngesellschaft selber hat bereits einen Antrag gestellt. Doch leider ist bis heute Brixen Süd immer noch ein Halbanschluss. Die Landesregierung hat einen "Fortgang" in dieser Angelegenheit mit Neuausschreibung der Autobahnkonzession angekündigt. Wir hoffen nun, dass dies bald erfolgt. Dies vorausgeschickt, beauftragt der Südtiroler Landtag die Landesregierung, alle Maßnahmen in die Wege zu leiten, um die Erweiterung des Halbanschlusses Brixen Süd zu einer vollwertigen Autobahnein- und -ausfahrt für dieses Jahr zu realisieren.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Grazie presidente. Forse conveniva chiedere a Carlo Costa a Bressanone e avevamo risolto il problema, però, a parte le battute, il tema è un tema importante e mi fa piacere che venga sollevato in forma molto ufficiale anche in questa sede. Ovviamente avrà il mio convinto voto favorevole. È un problema, un tema per lo meno, sospeso da troppi anni, come è stato giustamente ricordato dal collega Tauber e incomprensibilmente sospeso, mi verrebbe da dire. Ora io credo che peraltro anche l'apertura della circonvallazione di Bressanone abbia creato delle condizioni di maggiore deflusso del traffico, quindi intervenendo sulle potenziali forme di preoccupazione che potevano essere legate all'apertura ufficiale dello svincolo autostradale. Bressanone vive una situazione estremamente paradossale, è una città fra le più importanti dell'Alto Adige e non ha il suo svincolo autostradale, il suo casello, perché sono lontanissimi dal centro ed è incomprensibile che uno debba uscire a Chiusa e poi attraversare, fare chilometri per raggiungere la città e quello svincolo invece sia utilizzabile solo in una determinata direzione nel momento in cui si è già usciti dalla città. L'altro a nord è praticamente quasi a Rio Pusteria, comunque fra Varna e Rio Pusteria, in una situazione, anche in quel caso, estremamente decentrata.

Non aggiungo nulla di più, io condivido lo spirito molto costruttivo, pratico, ma anche l'obiettivo che è quello di garantire un maggiore rispetto anche di tutta quella fascia di territorio che oggi viene attraversata da un grande traffico legato alla necessità di entrare e uscire dall'autostrada e che deve però percorrere molti chilometri inutilmente sulla strada statale, ma anche rendere finalmente Bressanone dotata di un proprio casello autostradale. Grazie.

PLONER Alex (Team Köllensperger): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als direkt Betroffener - ich wohne seit vielen Jahren in dieser Zone, vorher in Albeins und jetzt in Milland - kenne ich die Situation natürlich bestens. Es macht einfach keinen Sinn, wenn man Bozen fahren will, dass man in Klausen auf die Autobahn-Einfahrt fährt und die ganze Situation dort seit Jahren hinnimmt, ohne dafür etwas zu tun. Kollege Urzi hat es bereits gesagt, es ist seit Jahren ein nicht hinzunehmender Missstand, der dort herrscht. Die Brixnerinnen und Brixner werden es euch danken, wenn wir hier schnellstens eine Lösung finden, und nicht nur jene sondern auch alle anderen Autofahrer, die in Klausen einfahren müssen, um nach Bozen zu kommen. Es freut mich auch, dass eure Kollegin und euer Kollege euch zur Geschwindigkeit drängen, das ganze innerhalb 2019 zu machen. Ich bin kein Techniker, kein Planer. Ich habe mich ein bisschen umgehört, allein die Planung von dem Projekt wird einige Monate in Anspruch nehmen. Ihr könnt natürlich eure Regierung zur Geschwindigkeit drängen. Ich habe einen Änderungsantrag zum Beschlussantrag eingebracht, wo man statt "innerhalb 2019 die Maßnahmen zu ergreifen" sagt "so schnell als möglich". Somit könnt ihr in Ruhe arbeiten, damit das ganze auch Kopf und Fuß hat und gut umgesetzt werden kann. Auf alle Fälle werden wir für den Beschlussantrag stimmen, damit dieses Projekt so schnell als möglich umgesetzt werden kann.

STAFFLER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Im Prinzip ist diese Maßnahme zu begrüßen. Es wäre aber schon wünschenswert, wenn man hier in den Prämissen das Gesamtkonzept der Verkehrssituation in Brixen aufzeichnen würde. Ansonsten ergibt sich für den Betrachter von außen, der die Situation nicht so genau kennt, der Eindruck, es handle sich nur um ein Flickwerk. Es wäre angebracht zu sagen, es wurde die Westumfahrung gebaut, die Spangen-Diskussion ist noch offen, und und und. Das wäre sicherlich interessant. Was das Bauprogramm betrifft, alle gehen davon aus, dass es das Bauprogramm der A22 ist und nichts mit der Landesbaudirektion zu tun hat. Hier kann die Landesregierung und auch die Regionalregierung maßgeblich als großer Aktionär bei der A22 eingreifen und ein gewichtiges Wort für die Priorität der Baumaßnahmen einlegen. Was mich aber in diesem Zusammenhang noch interessieren würde, vielleicht weiß das Kollege Tauber, ist, wie hoch die veranschlagten Kosten sind, ob man davon schon Kenntnis hat? Danke.

MAIR (Die Freiheitlichen): Von unserer Seite gibt es natürlich die Zustimmung zu diesem Beschlussantrag. Wir haben in der Vergangenheit selbst zu diesem Thema immer wieder nicht nur mit Anfragen, sondern auch mit Beschlussanträgen auf dieses Thema hingewiesen. Man kann dort derzeit nur ausfahren und nicht einfahren. Wie Kollege Ploner es schon gesagt hat, nicht nur die Brixnerinnen und Brixner werden es danken, sondern alle, die dort unterwegs sind und immer wieder in die absurde Situation gelangen, um in Richtung Süden zu fahren, bis nach Klausen fahren zu müssen, um auf die Brenner Autobahn zu kommen. Das ist eigentlich ein Nonsens. Deswegen die Zustimmung unsererseits. Ich habe nur eine Frage. Natürlich bedeutet die Realisierung der Maßnahmen Projektierung, usw. Ist somit 2019 realistisch? Wie sieht es diesbezüglich aus?

REPETTO (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten): Grazie. Anch'io naturalmente appoggio questa mozione nella speranza che venga fatta al più presto, perché è uno scherzo del destino. Più volte mi sono trovato da una parte o dall'altra perché non mi ricordavo più qual era l'uscita o l'entrata prevista, ma ha importanza soprattutto perché c'è una zona industriale di Bressanone che sta sempre più crescendo, è sempre più importante nel panorama produttivo della provincia di Bolzano, per cui un collegamento infrastrutturale così importante necessita di questa entrata/uscita.

La domanda che faccio all'assessore è naturalmente: che cosa è previsto al di là di questo intervento immediato – perché come è stato detto è un'assurdità che ci troviamo con un'entrata e con un'uscita – in futuro sull'Autostrada del Brennero? Diversi interventi devono essere previsti, sempre nella speranza che venga data questa concessione, perché quello è il vero motivo su cui c'è la discussione e c'è tutto il blocco di questo tipo di investimenti. Grazie.

AMHOF (SVP): Dieses Anliegen der Vollauffahrt auf der Autobahn in Brixen ist ein seit langem bekanntes Problem. Es gibt ein Gesamtkonzept, ein Verkehrskonzept. Herr Staffler, Sie haben es angesprochen, dazu gehört eine Südspange, eine Umfahrung von Milland, dazu gehört die Fertigstellung der Umfahrung von Brixen bis hinauf nach Vahrn. Es sind eine Reihe von Maßnahmen zu setzen, um dies auch ordentlich auf Straße zu bekommen. Was ich noch dazu sagen möchte ist, dass wir derzeit bereits ganz stark spüren, dass Brixen selbst keine Ausfahrt hat. Vor allem in der Hochsaison, in der Wintersaison, wenn viele Touristen für

das Grödnertal oder Gadertal ankommen, dann staut es sich in Vahrn und in Klausen. Die Brixner müssen alle dort ein- und ausfahren. Da ist an Freitagen bzw. Samstagen gar kein Durchkommen mehr. Ich spüre hier im Saal eine große Zustimmung. Ich kann auch das unterstützen, was Uli Mair vorher gesagt hat. Es ist schon passiert, dass der eine oder andere nicht ausfahren konnte wie er wollte, sondern weiterfahren musste bis zur nächsten Ausfahrt, um dann wieder zurückzufahren. Vielen ist einfach nicht bekannt, dass diese eine voll funktionierende Ausfahrt ist. Ich denke eine Stadt wie Brixen hat sich eine Vollaufahrt verdient. Ich bedanke mich und würde mich freuen, wenn alle in diesem Saal das mittragen würden.

BESSONE (assessore all'edilizia e servizio tecnico, patrimonio, libro fondiario e catasto - Lega Alto Adige – Südtirol): Volevo dire che è un lavoro che secondo me si deve fare in fretta, perché Bressanone è una città molto bella, abbiamo una tangenziale bella al vedersi, ma a mio giudizio fatta male nell'ingresso a nord perché è difficile che la gente ci entri in maniera naturale. È una valle stretta con gravi problemi di traffico e ritengo che non sia accettabile che si debba fare così tanta strada per entrare ai caselli. Questo casello è stato fatto secondo me in un periodo preelettorale, è stato fatto quasi di fretta e sicuramente non funziona a regime, perciò io chiedo che si intervenga, trovo giustissima questa mozione e speriamo che si faccia al più presto. Grazie.

FAISTNAUER (Team Köllensperger): Wir vernehmen von diesem Beschlussantrag, dass bereits 2013 dieser Halbanschluss zu einer vollwertigen Aus- und Einfahrt umgebaut werden hätte sollen. Jetzt schreiben wir das Jahr 2019. Mir als Wipptaler fällt auf, dass hier mit zwei Geschwindigkeiten gearbeitet wurde. Zum einen haben wir die BBT-Baustelle in Franzensfeste, wo es möglich war, eine Aus- und Einfahrt für LKWs in kürzester Zeit zu realisieren, zum anderen in Brixen-Süd nicht. Ich plädiere natürlich auch dafür, dass die vollwertige Ein- und Ausfahrt in Brixen-Süd so rasch wie möglich umgesetzt wird.

ALFREIDER (Landesrat für Ladinische Bildung, Ladinische Kultur, Verkehrsnetz, Mobilität - SVP): Zum Thema vollwertiger Autobahn-Anschluss in Brixen! Es stimmt, 2013 gab es das Vorhaben und es war ein Anliegen der Südtiroler Landesregierung bzw. der Stadt Brixen und aller Betroffenen, einen Vollanschluss in Brixen zu realisieren. 2013 haben wir in Zusammenarbeit mit der Brennerautobahn dieses Projekt auf die Wege gebracht, zuerst ein halbwertiger Anschluss, dann kam der Wunsch der Landesregierung dort einen vollwertigen Anschluss zu bauen. Was ist in der Zwischenzeit geschehen? Dazu muss man etwas aufklären, und zwar, Kollege Staffler hat es bereits vorher gesagt, es sind zwei Kompetenzbereiche. Einmal ist es die Brennerautobahn, die eine Schnittstelle mit unserem Verkehrssystem hat. Der Kompetenzbereich liegt bei der A22. Die A22 hat das Projekt bereits realisiert, also das gibt es schon, wir brauchen nicht eine neue Planung beauftragen. Allerdings ist es so, 2014 wurde ein Projekt gestartet: Erneuerung der Brennerautobahn-Konzession bzw. wie können wir in den nächsten Jahren die Brennerautobahn führen? Sie haben es auch oft vom Landeshauptmann Kompatscher und der Landesregierung gehört, man versucht gerade die neue Lösung für die Brennerautobahn zu finden. Es hat einige gesetzlichen Änderungen auf nationaler Ebene in Rom gebraucht. Es hat Abkommen mit der damaligen Regierung gegeben. Wir sind dabei an einer Lösung zu arbeiten. Was passiert in der Zwischenzeit? Es passiert eines, dass die Projekte, die auf dem Weg waren, vom Ministerium nicht die Genehmigung bekommen, weil sich sonst der Wert der Konzession erhöhen würde. Das gilt nicht nur für den Vollanschluss sondern auch für andere Projekte, dass diese derzeit vom Ministerium nicht genehmigt werden bis die Autobahnkonzessionsfrage nicht gelöst ist. Wir sind dabei, dieses Thema voranzubringen und wir hoffen, dass die Lösung so bald als möglich da sein wird. Wir arbeiten daran. Es muss aber für alle klar sein, dass die Genehmigung erst dann kommen wird, wenn wir das Thema Autobahnkonzession gelöst haben. Zu den Ausfahrten der BBT-Baustelle muss man sagen, dass man sehr stark mit der Bevölkerung, mit den Gemeinden vor Ort zusammengearbeitet hat. Wir haben gesagt, wenn die Baustellen schon direkt bei der Autobahnstrecke sind, dann sollen die Ausfahrten direkt von der Autobahn auf die Baustelle möglich sein, damit wir den Schwerverkehr nicht in den Dörfern haben. Ich glaube, das war eine hervorragende Lösung, die man zusammen mit der Brennerbasistunnelgesellschaft gemacht hat. Die Brennerbasistunnelgesellschaft wurde beauftragt diese Ausfahrten zu machen, damit wir weniger Lärm, weniger Verkehr durch unsere Dörfer haben. Ich bin froh, dass in unseren Gemeinden diese Ausfahrten realisiert worden sind. Allerdings sind das nicht richtige Autobahnausfahrten wie es die in Brixen sein soll. Wir arbeiten weiter daran. Es laufen Gespräche. Wir hoffen, dass wir auch mit dieser Regierung in Rom die Abkommen, welche schon vor einigen Jahren auf den Weg gebracht worden sind, sobald als möglich abschließen können.

TAUBER (SVP): Vielen Dank an alle für die rege Beteiligung! Ich denke, dieses Thema ist für uns alle ein sehr wichtiges Thema. Über Mobilität haben wir heute schon gesprochen. Dass das Gesamtkonzept erst richtig greifen wird, wenn es komplett realisiert wird, ist uns auch allen bewusst. Ich denke, es ist wichtig, dass der Landeshauptmann mit seinen ganzen Leuten, die dahinter mitarbeiten, und mit der ganzen Regierung schnellstens versuchen wird, diese Konzession zurückzuholen, um dadurch schnellstens die Realisierung anzugehen. Ich bin überzeugt, dass wir ein großes Votum schaffen, weil das für alle ein wichtiges Thema ist. Danke vielmals.

PRÄSIDENT: Wir kommen zur Abstimmung über Beschlussantrag Nr. 9/18. Ich eröffne die Abstimmung: einstimmig genehmigt.

Punkt 53 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 15/18 vom 13.12.2018, eingebracht von den Abgeordneten Amhof und Tauber, betreffend LKW-Fahrverbot auf der SS12."**

Punto 53) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 15/18 del 13/12/2018, presentata dai consiglieri Amhof e Tauber, riguardante divieto di transito per i mezzi pesanti sulla SS12."**

LKW-Fahrverbot auf der SS12

Das Eisacktal und das Wipptal ersticken im Verkehr. Die Menschen, die entlang der Brennerachse leben, sind besorgt. Sie bangen um die Gesundheit ihrer Kinder. Die Lärm- und Schadstoffbelastung, der sie rund um die Uhr ausgesetzt sind, ist beängstigend. Und der Verkehr nimmt weiter zu.

Viele Jahre schon fordern BürgerInnen und politisch Verantwortliche der beiden Bezirke dringende Maßnahmen zur Reduzierung des LKW-Verkehrs auf der Brennerachse. Zahlreiche Treffen haben dazu stattgefunden. In Workshops und auf Verkehrsgipfeln hat man gemeinsam mit den Nachbarprovinzen an Lösungen gefeilt. Der Brennerbasistunnel wird definitiv Erleichterung bringen, doch bis zu seinem Bau müssen kurzfristige Maßnahmen ergriffen werden, die eine schnelle und wirksame Entlastung der Brennerachse zum Ziel haben. Zusätzliche Lärmschutzwände gehören ebenso in dieses Maßnahmenpaket, wie eine geplante Erhöhung der Autobahn-maut für den Schwerverkehr. Vor wenigen Tagen hat sich auch die EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc im Rahmen ihres Südtirolbesuches positiv zu einer Korridormaut von München bis Verona geäußert. Die EU werde die Umweltmaut unterstützen, welche eine spürbare Reduzierung des LKW-Verkehrs auf der A22 mit sich bringen wird und eine Verlegung des Schwerverkehrs auf die Schiene forcieren soll.

Doch was bedeutet das für die Brennerstaatsstraße? Sollte diese nicht vorher oder zeitgleich für den Schwerverkehr geschlossen werden, werden LKWs und Kleintransporter vermehrt auf die SS12 ausweichen, um die Maut zu umgehen. Heute schon nutzen LKWs und Kleintransporter die Staatsstraße – vor allem, um den kilometerlangen Staus auf der Autobahn auszuweichen. Die Menschen, die entlang der SS12 leben, klagen über noch stärkeren Lärm, Gestank und Verlust an Lebensqualität.

Landeshauptmann Arno Kompatscher kündigte im Sommer den Erlass eines sofortigen LKW-Transitverbotes auf der Brennerstaatsstraße an. Es gelte nur noch den Abschluss der Konzessionsverhandlungen mit der Brennerautobahn abzuwarten. Dies hat der Landeshauptmann auch beim Verkehrsgipfel am 12. Juni deponiert. Die Landesregierung wolle ihren Handlungsspielraum als Straßenbetreiberin ausnutzen und das LKW-Fahrverbot auf der Brennerstaatsstraße zum Schutz der Gesundheit veranlassen.

Nun steht die Konzessionsvergabe der A22 unmittelbar bevor – in Kürze dürfte es soweit sein. Dies vorausgeschickt,

*beauftragt
der Südtiroler Landtag*

die Landesregierung,

- dem Vermerk der Landesregierung vom 28.8.2018 Rechnung zu tragen und das Ausweichen von Transit-Schwerfahrzeugen von der Brennerautobahn auf die Brennerstaatsstraße zu un-

terbinden und zu diesem Zwecke die sofortige Schließung der SS12 für den LKW-Transitverkehr zu verwirklichen bzw. zu veranlassen;

- den Landeshauptmann bei der Durchsetzung oben genannter Initiative geschlossen und tatkräftig zu unterstützen;
- dem Südtiroler Landtag im Rahmen der folgenden Landtagssitzungen kontinuierlich über den Stand der Dinge zu informieren, bis oben genannte Forderung umgesetzt ist.

Divieto di transito per mezzi pesanti sulla SS12

La Val d'Isarco e l'Alta Valle Isarco sono soffocate dal traffico e le persone che vivono lungo l'asse del Brennero sono preoccupate per la salute dei loro figli. L'inquinamento acustico e le emissioni, a cui la popolazione è costantemente esposta, sono allarmanti e il traffico è in continuo aumento. Sono anni che gli abitanti e i responsabili politici delle due comunità comprensoriali chiedono urgenti misure per una riduzione del traffico dei mezzi pesanti lungo l'asse del Brennero. A tale scopo si sono già svolti numerosi incontri, e in workshop e vertici sui trasporti si è cercato soluzioni assieme alle province limitrofe. Il tunnel di base del Brennero ridurrà decisamente il problema, ma in attesa della sua completa realizzazione vanno adottate misure efficaci per alleggerire, in tempi rapidi, la situazione lungo l'asse del Brennero. Questo pacchetto di misure deve comprendere anche la realizzazione di ulteriori barriere antirumore e il già previsto aumento del pedaggio autostradale per i mezzi pesanti. Alcuni giorni fa anche la commissaria europea ai trasporti Violeta Bulc, che era in visita in provincia, si è dichiarata favorevole all'introduzione di un pedaggio di corridoio tra Monaco di Baviera e Verona. L'UE intende sostenere il pedaggio ambientale, che comporterà una sensibile riduzione della circolazione dei mezzi pesanti sull'A22 e incoraggerà il passaggio alla rotaia.

Ma quali sono le conseguenze per la strada statale del Brennero? Se prima o contestualmente non si provvede a chiudere al traffico pesante anche questa strada, i tir e i piccoli trasportatori si riverseranno su di essa per non pagare il pedaggio. Già adesso la strada statale è utilizzata da tir e piccoli trasportatori soprattutto per evitare le code chilometriche sull'autostrada. Chi vive lungo la SS12 protesta per l'aumento di rumore e odori e per il peggioramento della qualità di vita.

Nella scorsa estate il presidente della Provincia Kompatscher aveva annunciato l'imminente introduzione di un divieto di transito per i mezzi pesanti sulla strada statale del Brennero, aggiungendo che bisognava solo aspettare la conclusione delle trattative per la concessione della gestione dell'A22. Il presidente Kompatscher ha ribadito questi propositi in occasione del vertice sul traffico del 12 giugno. La Giunta provinciale intende avvalersi delle sue prerogative come responsabile della gestione e, a tutela della salute pubblica, disporre il divieto di transito per i mezzi pesanti sulla strada statale del Brennero.

Nel frattempo tutto è pronto, e l'affidamento della concessione per la gestione dell'A22 dovrebbe avvenire a breve.

Ciò premesso,

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
incarica*

la Giunta provinciale

- *di intervenire, sulla base del promemoria della Giunta provinciale del 28/8/2018, per evitare che il traffico di transito dei mezzi pesanti sull'autostrada del Brennero si sposti sulla strada statale, e a tale scopo disporre per questi veicoli il divieto immediato di transito sulla SS12;*
- *di sostenere attivamente e in modo compatto il presidente della Provincia nell'attuazione di questo provvedimento;*
- *di relazionare regolarmente il Consiglio provinciale sulla situazione nelle successive sedute consiliari e fino alla piena attuazione del provvedimento.*

Abgeordnete Amhof, Sie haben das Wort für die Erläuterung, bitte.

AMHOF (SVP): Danke, Herr Präsident! Ich verstehe, wenn einige jetzt nicht mehr die Geduld haben, aber diesen letzten Antrag machen wir noch. Immerhin haben wir in dieser Sitzungswoche einige der wirklich brisantesten Themen aus der letzten Legislatur in die Aula gebracht.

Sowohl das Eisacktal als auch das Wipptal ersticken im Verkehr. *"Die Menschen, die entlang der Brennerachse leben, sind besorgt. Sie bangen um die Gesundheit ihrer Kinder. Die Lärm- und Schadstoffbelastung, der sie rund um die Uhr ausgesetzt sind, ist beängstigend. Und der Verkehr nimmt weiter zu."* Wir haben es auch heute wieder gehört, die Autobahn war ein reiner Parkplatz und auch auf der Staatsstraße zwischen Brixen und Bozen gab es kein Durchkommen mehr.

"Viele Jahre schon fordern BürgerInnen und politisch Verantwortliche der beiden Bezirke dringende Maßnahmen zur Reduzierung des LKW-Verkehrs auf der Brennerachse. Zahlreiche Treffen haben dazu stattgefunden." In Workshops und auf Verkehrsgipfeln hat man gemeinsam mit den Nachbarprovinzen und Regionen an Lösungen gefeilt. Der Brennerbasistunnel wird definitiv Entlastung bringen, doch bis zu seinem Bau müssen wir kurzfristige Maßnahmen ergreifen, die eine schnelle und wirksame Entlastung der Brennerachse zum Ziel haben. *"Zusätzliche Lärmschutzwände gehören ebenso in dieses Maßnahmenpaket, wie eine geplante Erhöhung der Autobahnbahnmaut für den Schwerverkehr."* Vor mittlerweile doch einigen Monaten hat sich auch die EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc im Rahmen ihres Südtirolbesuchs positiv zu einer Korridormaut von München bis Verona geäußert. *"Die EU werde die Umweltmaut unterstützen, welche eine spürbare Reduzierung des LKW-Verkehrs auf der A22 mit sich bringen wird und eine Verlegung des Schwerverkehrs auf die Schiene forcieren soll."*

Doch was bedeutet das für die Brennerstaatsstraße? Sollte diese nicht vorher oder zeitgleich für den Schwerverkehr geschlossen werden, werden LKWs und Kleintransporter vermehrt auf die SS12 ausweichen, um die Maut zu umgehen. Heute schon nutzen LKWs und Kleintransporter die Staatsstraße – vor allem, um den kilometerlangen Staus auf der Autobahn auszuweichen. Die Menschen, die entlang der SS12 leben, klagen über noch stärkeren Lärm, Gestank und Verlust an Lebensqualität." Ich glaube, wir sind es diesen Menschen entlang der Strecke schuldig, endlich auch Maßnahmen zu ihren Gunsten zu treffen.

"Landeshauptmann Arno Kompatscher kündigte im Sommer den Erlass eines sofortigen LKW-Transitverbotes auf der Brennerstaatstraße an. Es gelte nur noch den Abschluss der Konzessionsverhandlungen mit der Brennerautobahn abzuwarten. Dies hat der Landeshauptmann auch beim Verkehrsgipfel am 12. Juni deponiert. Die Landesregierung wolle ihren Handlungsspielraum als Straßenbetreiberin ausnutzen und das LKW-Fahrverbot auf der Brennerstaatsstraße zum Schutz der Gesundheit veranlassen." Und ich glaube, es geht einzig und allein darum, um die Gesundheit der Menschen entlang dieser Strecke.

"Nun steht die Konzessionsvergabe der A22 unmittelbar bevor – in Kürze dürfte es soweit sein." Dies hoffen wir jedenfalls!

"Dies vorausgeschickt, beauftragt der Südtiroler Landtag die Landesregierung,

- *dem Vermerk der Landesregierung vom 28.8.2018 Rechnung zu tragen und das Ausweichen von Transit-Schwerfahrzeugen von der Brennerautobahn auf die Brennerstaatsstraße zu unterbinden und zu diesem Zwecke die sofortige Schließung der SS12 für den LKW-Transitverkehr zu verwirklichen bzw. zu veranlassen;*
- *den Landeshauptmann bei der Durchsetzung oben genannter Initiative geschlossen und tatkräftig zu unterstützen;*
- *dem Südtiroler Landtag im Rahmen der folgenden Landtagssitzungen kontinuierlich über den Stand der Dinge zu informieren, bis oben genannte Forderung umgesetzt ist."* Vielen herzlichen Dank!

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ja, das eine sind die Prämissen, dort steht sicherlich vieles drinnen, was richtig ist, auch wenn die Schlussfolgerungen nicht immer richtig sind. Dass der Brennerbasistunnel so schnell Entlastung bringen wird, den Glauben habe ich nicht mehr, vor allem wenn ich mir die Entwicklung der Zulaufstrecken in Italien und Bayern anschau. Ich kann nur immer wieder wiederholen, wir werden 2026-2027 eine wunderbare schnelle Zugverbindung zwischen Bozen und Innsbruck bekommen, aber mit einer Verlagerung des Transitverkehrs hat das noch gar nichts zu tun, ganz zu schweigen von der stetigen Zunahme des LKW-Verkehrs. Der Brennerbasistunnel wird maximal in der Lage sein, einen Teil des Zuwachses abzufangen, aber bestimmt nicht, den gesamten Transitverkehr auf die Schiene zu verlagern, so wie es die Tiroler Landesregierung in einer Propagandaschrift einmal gesagt hat: keine LKWs mehr auf der Brennerautobahn. Da werden die Leute für dumm verkauft, wenn man das so der Bevölkerung sagt.

Was den beschließenden Teil anbelangt, darum geht es ja auch, sehe ich ein Problem. Hier wird teilweise zwar die Problematik angesprochen, dass LKWs auf die Staatsstraße ausweichen, nur redet ihr hier von den Transitschwerfahrzeugen und die sind nicht das große Problem. Das sind auch das Problem auf der Staatsstraße, aber das viel größere Problem sind in Zukunft die Klein-LKWs. Die Transiteure und Spediteure haben natürlich auch erkannt, dass es immer schwieriger werden wird, mit Fahrverboten, mit Kontingentierungen, usw., die LKWs auf der Autobahn fahren zu lassen. Anstatt einen großen LKW auf der Autobahn fahren zu lassen, lassen sie dann zwei oder drei Kleintransporteure auf der Autobahn oder der Staatsstraße fahren, wo sie von Nachtfahrverboten und von Kontingentierungen, usw. ausgenommen sind. Die sind jetzt schon das große Problem auf der Bundesstraße und auf der Staatsstraße. Wer sich auf die Straße begeben hat, wird festgestellt haben, dass permanent Kleinlastwagen aus Polen, aus Rumänien, usw., über die Staatsstraße durch das gesamte Wipptal fahren, die eigentlich nichts anderes sind als aufgesplittete Schwerverkehrsfahrzeuge. Deswegen müssten wir eigentlich eine Regelung finden, die es vorsieht, dass LKWs, und hier rede ich auch von Kleintransporteuren, die ihr Ziel- und Quellgebiet, um das Ganze in einen europäischen Rahmen zu fassen, nicht innerhalb der Europaregion Tirol haben, ihre Waren verbindlich auf der Schiene transportieren müssen. Das ist die einzige Möglichkeit. Wir können nicht sagen, wir gliedern nur ausländische Transporteure von der Staatsstraße aus, da werden wir mit dem EU-Recht zuwiderlaufen. Wir können auch nicht sagen, wir gliedern alle aus, denn sonst können die heimischen Firmen auch nicht mehr auf der Straße fahren. Hier wird es langfristig nur eine Regelung geben können, die vorsieht, dass Transporteure, die ihr Ziel- und Quellgebiet nicht bei uns haben, diese Straße nicht mehr benützen dürfen bzw. auf die Schiene ausweichen müssen. Mein Vorschlag wäre, Kollegin Amhof, dass man anstatt Transitschwerfahrzeuge nur Transit-LKWs oder Transitschwerfahrzeuge sagt, sodass man dieses "schwer" herausnimmt. Ich glaube, der Sinn ist ersichtlich, und zwar, dass man die Fahrzeuge, die derzeit auf der Staatsstraße fahren, dass man diese wegbekommt, die das einfach nur als Ausweichroute für die Autobahn benutzen.

URZI (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Grazie presidente. Secondo me questa mozione l'ha scritta la cons. Amhof, non il cons. Tauber, ci vedo lo zampino della collega Amhof, vero?

È molto plastica, o così o così, esprime un po' quel senso della politica del divieto, per cui quando non si sa cosa fare, si impone un divieto e il divieto risolve tutto, invece non credo che sia così perché poi il problema ha sempre una sua origine, che peraltro viene trattata in maniera molto marginale nella premessa: la commissaria europea, poi potremmo tirare fuori anche le politiche dell'Austria e poi potremmo dire che il costo del pedaggio sull'Autostrada del Brennero, poi domani potrebbe essere altro.

Il tema è se si vogliono affrontare a monte i problemi oppure si vuole esclusivamente affrontare la contingenza, di vero c'è che si afferma nella mozione e il problema dovrebbe, speriamo, essere radicalmente affrontato, non dico risolto, dall'apertura del Tunnel del Brennero, verrà il ministro Toninelli a inaugurarlo, tunnel che riuscirà a trasportare le merci dalla strada alla rotaia.

Posta così, la mozione, siccome dobbiamo anche votarla, oltre a essere estremamente così brutale, onestamente crea qualche imbarazzo, perché parla di divieti, non parla di eccezioni e di deroghe, per cui cosa vuol dire raggiungere le zone industriali o artigianali dovrebbe essere precluso perché c'è il divieto in assoluto, non viene specificato nella mozione, certo sembra irrealistico pensare che debba essere così, per carità di Dio, esperimenti sono stati fatti anche nel passato, pensiamo in corrispondenza però di abitati, non lungo un'indefinita tratta autostradale. Un conto è dire a Laives non facciamo transitare i mezzi pesanti nel tratto urbano, e può avere una sua ragione, un conto è dire lungo la statale del Brennero – e qui c'è scritto così – non deve più viaggiare un TIR e io su questo, onestamente, non sono d'accordo, sono molto perplesso e posso essere anche molto preoccupato.

Intanto mi fermo a questo, mi sembra troppo generica l'affermazione, troppo generalista, improntata alla politica del NO, un po' distratta sulle cause e le origini del problema che comunque esiste, nessuno vuole negarlo, e quindi mi sento con fatica di impegnarmi su una posizione di questo tipo. Grazie.

REPETTO (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten): Grazie presidente. Io interpreto questa mozione come uno stimolo essenzialmente perché porta tre argomenti, a mio modo di vedere, nella mia lettura.

Il primo argomento è questa storia della concessione dell'A22, per cui tutti gli investimenti, eccetera eccetera, nella speranza che arrivi, non si capisce se arriva, questo è un grande punto di domanda, al Governo

c'è un po' di confusione sul problema della mobilità, lo sappiamo, ci sono frizioni alquanto preoccupanti legate agli investimenti.

Il secondo argomento interessante è la vecchia statale SS12. Noi sappiamo che questa statale comunque, se andiamo a verificare lungo tutto il tragitto che esistono, se non sbaglio, tre tangenziali – a Ora, a Laives e a Bressanone – non esistono altre tangenziali nell'ambito del suo percorso, perciò se uno vuole andare a Egna deve uscire a Mezzocorona, perciò si deve fare Salorno ed Egna con tutte le problematiche che ci sono, perché a Salorno attraversi il paese, se vuoi andare alla zona industriale di Laives devi uscire da Egna, perciò hai quel tragitto, se vuoi andare a Bolzano esci a Bolzano Sud, perché c'è la zona industriale, però Bolzano non ha una tangenziale, perché non possiamo chiamare tangenziale l'arginale, che è un aborto di strada costruita con i soldi del Comune in quanto la Provincia allora aveva detto "è una strada vostra, comunale e Bolzano non ha una sua tangenziale", è una vecchia polemica, Chiusa non ha una sua tangenziale, ha delle strettoie e comunque c'è una zona industriale interessante, Vipiteno fino al Brennero non ha la zona industriale. Perciò la questione della statale è un argomento su cui c'è stato questo divieto nel periodo estivo, perciò sarebbe interessante avere dei dati su cosa è successo, se gli autotrasportatori si sono lamentati di questo, oppure no, ma è chiaro che il vero problema non è tanto la lunga percorrenza, ma la percorrenza di pochi chilometri, raggiungendo una zona industriale o una zona o l'altra. Certo è che sulla Statale 12 c'è un aumento del traffico, soprattutto dei furgoncini, i nuovi tipi di acquisti online danno un nuovo senso anche alla mobilità ed è chiaro che su questa Strada Statale 12 questa mozione dà un senso di cartellino giallo nei confronti della mobilità complessiva nell'ambito della nostra provincia, su cui qualcosa bisogna intervenire.

Io chiedo al presidente che vengano votati separatamente i punti 1, 2 e 3 della parte dispositiva.

NICOLINI (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Grazie presidente. Io sono totalmente d'accordo con la collega Amhof su questa mozione, sarà perché sono un utente giornaliero della SS12, quindi so qual è il problema, c'è stato un forte incremento del traffico pesante negli ultimi anni e non è tanto dovuto al fatto degli acquisti su internet, ma più che altro è dovuto al fatto che c'è stata una forte liberalizzazione con i trasporti, soprattutto con i Paesi dell'Est. Ad ogni ora del giorno e della notte, quando vado a casa trovo e supero tanti camioncini targati Polonia, Repubblica Ceca, Paesi dell'Est, che tra l'altro, non avendo l'obbligo del dischetto, so che è gente veramente sfruttata, che viaggia anche per 40 ore di seguito, non si fermano mai e sono un grave pericolo ovviamente per tutto il traffico, perché non hanno le soste obbligate. Poi è chiaro che nell'applicazione va fatto sì che dal casello autostradale alla zona di scarico, è ovvio che un camioncino o un TIR può prendere la statale, perché altrimenti non potrebbe fare delle consegne e lì, ovviamente, bisogna implementare i controlli.

Visto che ho ancora un po' di tempo, approfitto anche della presenza del *Landeshauptmann* e vorrei chiedere a che punto è con la concessione dell'A22, perché mi risulta che non ci sono problemi nel Governo per andare alla firma, mentre mi sembra invece che siano le rappresentanze locali che fanno ancora resistenza e stanno aspettando perché non gli va bene quello che è stato proposto. Mi rifaccio anche a quello che ha detto ieri sul programma delle regionali di 5 anni fa, io mi ricordo che anche lì nel programma nel quinquennio passato c'era proprio la concessione dell'A22 e ritornando a quello che mi aveva detto, avevate tutte le condizioni favorevoli, avevate un Governo amico, avevate una Giunta amica, avevate anche l'Europa amica, mi è stato detto, eppure non siete riusciti ad arrivare alla concessione e dobbiamo farla noi a questo punto. Noi siamo pronti, vorrei sapere che cosa ancora manca. Grazie.

FAISTNAUER (Team Köllensperger): Auch aus meiner Sicht haben Sie die volle Unterstützung zum Beschlussantrag. Ich möchte nur noch ein paar Erklärungen abgeben. Die Bürgermeister vom Bezirk Wipptal, Brenner, Sterzing, Freienfeld und Franzensfeste, verlangen seit Jahren schon, dass LKWs, die nicht Ziel- und Quellverkehr bedeuten, nicht mehr auf der SS12 verkehren sollten. Wir hatten auch in vergangenen Jahren mehrmals die Möglichkeit zu sehen, wie es in der Wirklichkeit aussieht, wenn so ein LKW-Fahrverbot vorherrscht. Zum Beispiel als in Brennerbad die Brücke abgebrochen und neugebaut wurde, herrschte ein Fahrverbot über mehrere Monate. Es hat sich gezeigt, dass wenn man ein Verbot implementiert, dass es dann die Kontrolle und die Sanktion braucht. Dasselbe war beim Tunnel in Mittewald. Als dieser saniert wurde, gab es die Umfahrung der Handwerkerzone Mittewald. Es war wiederum ein LKW-Fahrverbot von Sterzing bis nach Vahrn ausgeschildert. Wer hielt sich an das? Wenige oder eben die wenigsten. Nach Nachfragen meinerseits bei den Ordnungskräften wurde gesagt, es gebe zu wenig Personal. Bürger haben sich bei mir erkundigt, warum fahren die LKWs trotzdem, wenn das Verbotsschild da ist? Natürlich wenn keine Kontrolle ist und keine

Sanktion bzw. nur sehr wenig, dann spricht sich das herum und dann wird es auch keine Wirkung zeigen. Deshalb nur ein Verbotsschild aufstellen, bringt zu wenig und das ist zu kurzfristig gedacht. Man muss natürlich auch für die Kontrolle und für die Sanktionierung sorgen. Diese Beispiele haben uns Bürgern im Wipptal gezeigt, es ist zu wenig, ein Verbotsschild aufzustellen. Es muss auch kontrolliert und sanktioniert werden. Erst dann wird es seine Wirkung haben. Danke.

STAFFLER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Wir finden das eine gute Initiative, die selbstverständlich unterstützenswert ist, weil wir die Bevölkerung vor Ort schützen müssen vor Lärm, Staub und Gestank. Es wird dabei aber nur ein lokales Problem gelöst. Es gibt auch andere Staatsstraßen, wo der Schwerverkehr Ausmaße angenommen hat, die für die Bevölkerung nicht gut sind. Ich denke an das Pustertal und ich denke auch an den Vinschgau. Soweit ich die Straßenverkehrsordnung kenne, wird es große Probleme geben, denn wir werden hier keine Maßnahmen setzen können. Das Hauptproblem ist aber eigentlich ein anderes. Das Hauptproblem ist die A22 und die Bewirtschaftung der A22. Dort liegt der Hase im Pfeffer. Die A22 ist die einzige alpenquerende Autobahn, wo sei ca. seit 2000 der LKW-Verkehr kontinuierlich zugenommen hat. Die Tauernautobahn ist seit ca. 2005 konstant, die Schweizer Autobahnen sind stark rückläufig, wie Sie wissen, weil die Schweizer eine LKW-Begrenzung von insgesamt 1 Million durch die Schweiz haben. Allein die Brennerautobahn muss derzeit ca. 2,5 Millionen stemmen. Hier liegt das Problem, es ist an der Zeit, und die Zeit der Konzessionsvergabe ist jetzt, dass die Maut auf der Brennerautobahn für LKWs zumindest verdoppelt werden muss, damit der LKW-Umwegverkehr, Experten schätzen den auf 40%, den wir aus vor allem aus dem Westen und Osten anziehen und der dann über die Brennerautobahn abläuft, verbannen. Das ist die kurz- und mittelfristige Lösung. Dort müssen wir ansetzen. Ich glaube, nur dort können wir momentan ansetzen und nicht über die Straßenverkehrsordnung, obwohl es sehr wichtig wäre und ich es sehr begrüßen würde, auch für andere Staatsstraßen im Lande. Langfristig muss uns der Brennerbasistunnel die versprochene Lösung im Verkehrsfluss geben. Das ist die langfristige Perspektive. Kurz- und mittelfristig können wir sehr wohl über die Landesregierung und die Regionalregierung gute Verhandlungen führen, um die Maut auf der A22 wesentlich zu erhöhen und somit eine gute Basis zu schaffen, um diesen wahnsinnigen Umwegsverkehr aus dem Lande hinaus zu bekommen.

TAUBER (SVP): Ich möchte nur noch ergänzen, diese Problematik ist nicht nur ein Thema für das Eisacktal sondern für die ganze Achse Brenner-Salurn. Wie wir bereits gehört haben, diese Achse ist europäische Hauptachse mit großer Belastung für alle. Erinnern wir uns zurück an die 60-Jahre-Feier der Autobahn, wie wichtig dieser Hauptkorridor hier ist. Für alle Menschen, die hier leben, müssen wir uns an diese Situation tagtäglich neu formieren und wir müssen jetzt reagieren und wir können nicht warten bis der Brennerbasistunnel kommt. Wir können auch nicht warten bis wir hoffentlich diesen Korridor bekommen mit einer Erhöhung auf der Brennerautobahn und wir können nicht warten, dass wir hoffentlich die gesamte Mobilität Europas nochmals neu überdenken und nicht nur diese Südtirol-Achse haben. Zum Beispiel heute, als ich hier zum Landtag hergefahren bin, war die Autobahn überlastet, die Landstraße war überlastet, es hat Staus gegeben. Wer nicht ganz früh aufgestanden ist, der ist im Stau gestanden. Wir müssen hier reagieren. Vor allem für unsere Bevölkerung, für die Menschen, die hier leben, für alle zusammen. Deshalb ist diese Aktion auf jeden Fall wertvoll. Ob wir dann die Entscheider sind? Wir müssen Druck erzeugen, wir müssen reagieren, wir müssen unseren Beitrag leisten, um für unsere Bevölkerung hier halbwegs eine Situation zu haben, dass es funktioniert. All jene, die nur durchfahren, sollen möglichst auf der Autobahn bleiben.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Zunächst begrüße ich den Beschlussantrag, weil der jetzt die Landesregierung und mich als Verhandler in Rom in einer wichtigen Phase unterstützen kann, wo es genau um diese Thematik geht. Ein paar Informationen für Sie, es ist auch gebeten worden, dass die Gelegenheit dazu genutzt wird. Zunächst zum Thema: warum gibt es keine Verbote derzeit für den schweren Warentransitverkehr entlang der Brennerachse auf der Staatsstraße? Weil es die Straßenverkehrsordnung in der Form nicht zulässt. Es wurde bereits gesagt. Wir hatten das in den Gemeinden, ja genau, weil die Straßenverkehrsordnung das innerhalb der Ortsgebiete zulässt. So ist es. Innerhalb der Ortsgebiete kann man Fahrverbote mit Gesundheitsschutz begründen, während außerhalb der Ortsgebiete Fahrverbote laut geltender italienischer Straßenverkehrsordnung nur mit der technischen Charakteristik der Straße begründet werden können, Art. 6, Abs. 6 der geltenden Straßenverkehrsordnung. Ich habe angekündigt, dass wir ein Verbot erlassen wollen. Das gibt es bereits im Bundesland Tirol, selbstverständlich gibt es die Regelung, dass Ziel-

und Quellenverkehr hier ausgenommen ist, das wäre noch schöner, ansonsten würde das nicht funktionieren. Ich glaube, darüber brauchen wir uns nicht unterhalten, das ist allen klar, was gemeint ist, es geht um den Transitverkehr. Das Thema, das vom Kollegen angesprochen worden ist, dass viele Frächter gerade auch aus anderen EU-Staaten, - aber nicht nur, das sind auch Frächter aus Italien, Österreich und Deutschland, es sind aber sehr viele aus den neuen EU-Staaten -, umgestiegen sind auf Kleinlastwagen, weil dort eben der Fahrtschreiber nicht vorgeschrieben ist und ähnliches mehr, und man damit Hürden umgehen kann und damit in einem Wettbewerbsvorteil gerät gegenüber jenen, die sich im Schwerverkehr an die ganz vielen Regeln, Ruhezeiten, usw. halten müssen. Dieses Phänomen ist auf EU-Ebene inzwischen so weit diskutiert, dass man sich bereits politisch auf Ebene der EU-Verkehrsminister, auf Ebene des EU-Rates geeinigt hat, diesen Verkehr künftig den Regeln im Schwerverkehr gleichsetzen zu wollen. Das ist der entscheidende Schritt. Dann wird das Phänomen auch wieder verschwinden, denn dann zahlt es sich nicht mehr aus zu stückeln. Dann ist der Laster wieder das vernünftigste Transportmittel, anstelle von 10 solchen kleinen Transportern einen LKW zu haben. Das ist ungefähr die Größenordnung. Das wird stattfinden, somit wird sich das ein Stück weit relativieren. Es gibt auf europäischer Ebene einen Konsens, dass es das nicht mehr gibt. Es gibt sehr viele Unfälle, auch verursacht von diesen Fahrzeugen, weil sie sich eben nicht an die Ruhezeiten halten, übermüdet sind, usw., auch in Südtirol erleben wir das, besonders Auffahrunfälle.

Zum Thema: was machen wir jetzt? Ich habe angekündigt, wir wollen diese Verbote erlassen. Ich hätte das nicht gemacht, wenn ich nicht bereits gewusst hätte, dass es jetzt einen Weg gibt. Wir haben beim Treffen mit dem Verkehrsminister in Rom, das übrigens beim Ministerratspräsidium angelegt worden ist, auf unserem Ersuchen hin, auf meine Forderung hin, zwei Themen besprochen. Die Dosierung des Verkehrs in besonders absehbaren Belastungssituationen. Sie erinnern sich im Nachgang des Verkehrschaos bei den Schneefällen hatten wir hier die Debatte. Eine der vorgeschlagenen Maßnahmen war ein Dosiersystem einzuführen. Immer dann, wenn es bereits absehbar ist, aufgrund der Wettersituation, des Ferienbeginns oder Ferienendes, oder ähnliche Situationen, das ist ja prognostizierbar. Das war der Hauptkritikpunkt. Man wusste, dass es passieren würde und hat es zugelassen. Wie kann so was sein? Ja, weil es keine Instrumente gab. Wir haben jetzt mit dem Ministerium vereinbart, dass es künftig Instrumente geben soll. Wenn es absehbar ist, wird schon im Vorfeld dosiert, es werden weniger Fahrzeuge auf die Autobahn gelassen.

Das zweite Thema war anlässlich dieser Diskussion auch mögliche Verbote für die Staatsstraße. Es ist mir zugesichert worden, dass im heurigen Frühjahr ein Gesetzesentwurf im Parlament behandelt werden soll, der Art. 6, Abs. 4, genau dahingehend abändern soll. Diese permanenten Verbote werden auch außerhalb der Ortsgebiete mit der Begründung Gesundheit, Umweltschutz, und ähnliches, erlassen. Die Verbote hängen nicht nur mehr mit der Charakteristik der Straßen zusammen. Das ist nämlich unser Problem, die Straße ist technisch in der Lage den Verkehr aufzunehmen. Zurzeit kann man solche permanenten Verbote nicht erlassen.

Gleichzeitig haben wir als Landesregierung den Auftrag gegeben, das ist der Vermerk, den Kollegin Amhof und Kollege Tauber im Beschlussantrag zitiert haben, die Datensammlung zu machen, die Erhebung, dass wir auf jeden Fall auch mit der Begründung Gesundheitsschutz dann temporäre Verbote erlassen können, in Erwartung dessen, was in Rom passieren soll. Denn sollte nichts passieren, wollen wir trotzdem agieren können. Ich bin zwar zuversichtlich, dass das Gesetz aus Rom kommt, aber gleichzeitig machen wir eine temporäre Lösung. Das wären dann 6 Monate solange die Luftqualität so schlecht ist, dann würde man weitermessen und evtl. wieder sagen weitere 6 Monate solange die Luft so schlecht ist. Das wäre die Technik. Dazu muss man die entsprechenden Daten vorlegen können.

Macht das Ganze Sinn? Ja, das ist schlicht und einfach notwendig. Wir haben eine Studie des Politecnico von Turin, welche besagt, dass bei einer Erhöhung der Maut um 40% man Mitte 20 Cent bezahlt. Das ist übrigens nicht viel, wir haben zurzeit eine Maut von 18 Cent pro Kilometer. Das ist im Gegensatz zu den 80 Cent auf der Inntalautobahn sehr niedrig. Das würde dann bereits eine Verkehrsverlagerung im Ausmaß von 12% geben, also 12% des Schwerverkehrs würde darauf reagieren, sagt der Politecnico. Interessant ist, dass von den 12% 10% auf der Staatsstraße landen würden und nur 2% auf der Schiene. Es kann sein, weil es einfacher ist und weil die Schiene auch zum Teil noch nicht so wettbewerbsfähig ist. Um so wichtiger, wenn wir jetzt beginnen im Einvernehmen mit der italienischen Regierung, mit dem Verkehrsministerium, Maßnahmen zu setzen, um endlich bei der Autobahn Kostenwahrheit einzuführen. Umweltkosten mit einzupreisen bei der Maut, dann heißt das auch unter Umständen, dass wir katastrophale Folgen hätten und für die Bürgerinnen und Bürger nichts verbessern würden, denn dann würden wir die Autos auf der Staatsstraße haben. Deshalb ist das notwendig und sinnvoll! Natürlich muss das einhergehen mit der Stärkung der Schiene. Die Schiene

muss wettbewerbsfähig werden. Das werden die Unternehmer und Frächter sagen und in diesem Punkt haben sie 100prozentig recht. Die Schiene muss attraktiv werden, muss schneller sein, unbürokratischer gestaltet werden, die Bahnhöfe müssen dementsprechend entwickelt werden. Dazu soll die Autobahnkonzession auch dienen, weil damit querfinanziert werden soll, dass die Schiene entsprechend attraktiv gestaltet wird. Das ist das ganze Konzept.

Kollege Nicolini hat gefragt: woran hakt es? Sicherlich nicht an uns. Es ist klar, dass wir sehr lange schon mit der vorherigen Regierung gearbeitet haben. Es gab auch dort jede Menge Widerstände. Kollege Allfreider kann das bestätigen. Es war nicht so, dass da alles "amico" war, es gab auch vorher Widerstände, weil eine solche Autobahnkonzession für große private Konzerne ein Appetithappen wäre. Die hätte natürlich ganz einfach Geld gesehen, eine Gelddruckmaschine in einer Autobahnkonzession. Es hat mehrmals die Ausschreibung gedroht, und man hat mehrmals getan, als müsste man ausschreiben. Übrigens auch vonseiten von damaligen Oppositionsparteien, die heute in der Regierung sitzen, ist öfters in diese Richtung gearbeitet worden. Man hat gesagt, das Modell, das wir hatten mit der Mehrheit in öffentlicher Führung, das wäre schlecht, das wären die Parteien, die sich was aufteilen, das müsse man ausschreiben, das wäre gut für die Bevölkerung. Zum Glück ist man von diesem Gedanken völlig abgekommen. Das ist eine klare Aussage vom Minister Toninelli, es soll öffentlich geführt werden. Darüber sind wir uns völlig einig, das passt. Aber das hat man nicht immer so gesehen. Jetzt geht es darum, wie gestaltet man das? Unser Vorschlag lautet, und hier haben wir noch einige Knackpunkte mit der Regierung, ein Vertrag, der vorsieht wir führen das mit einer In-house-Gesellschaft zum Zwecke, dass das als Korridor gestaltet wird. Wir wollen die Autobahn sicher führen, sämtliche Instandhaltungen mit der Maut finanziert, auch sämtliche zusätzliche Investitionen, Überführungen, Radwege, und und und, die Autobahn besser in Schuss halten bis hin zu Themen wie Ausbau zwischen dem Abschnitt Modena und Verona und dynamische Fahrspur bis Bozen herauf. Das sind 4,1 Milliarden Euro Investitionen, davon 800 Millionen Euro Investitionen in den betroffenen Gebieten, um auch das Zulaufsystem entsprechend zu verbessern. Diese 800 Millionen Euro, ein Knackpunkt Kollege Nicolini, ich bin erfreut, wenn es Ihnen gelingt, entsprechend dafür Fürsprache in Rom zu halten, die sind heute noch nicht anerkannt im Sinne des Tarifs, also dass der Tarif dazu dienen soll, auch diese 800 Millionen zu finanzieren. Da sagt man, der Tarif soll nur dafür verwendet werden, also die Autobahngebühr, die anderen Investitionen zu finanzieren, die sich unmittelbar auf der Autobahn befinden und nicht die zusätzlichen. Das ist aus unserer Sicht falsch. Hier geht es nicht um Gewinne verteilen, sondern um Investitionen, von denen übrigens alle Projekte in Rom vorliegen, es ist ganz klar definiert, um welche Projekte es ginge. Die haben alle eine positive technische Bewertung, aber es ist noch nicht sichergestellt, dass sie finanziert werden. Die Berechnung von ART für den Tarif schließt das aus und somit wäre der Tarif zu niedrig und wäre damit nicht finanzierbar. Das zweite Problem ist auch von ART. ART schreibt vor, die Autobahn müsste in Zukunft Einsparungen vornehmen, die Führung müsste weniger kosten und zwar um 3,91% müsste ein "tasso di efficientamento" erreicht werden. Das Problem ist, dass die Bilanz der Brennerautobahn zu über 80% aus Personalkosten (Straßenarbeiter, Dienste, Mauthäuschen, usw., Mitarbeiterkosten) und ordentliche Instandhaltung besteht. Das ist der Großteil der Kosten. Wie soll man bei den ordentlichen Instandhaltungen einsparen? Das ist die Vorgabe dieses Gutachtens. Ich glaube wir wollen nicht eine weitere Brücke, die einstürzt. Das kann doch nicht die Berechnungsmethode sein. Schreiben wir hinein, keine Gewinne ausschütten, alles Mögliche, aber ordentliche Instandhaltung, nicht. Für das muss die Gebühr dienen, die wir bezahlen. Hier muss man wahrscheinlich dem ART eine andere Vorgabe machen. Übrigens die Vorgabe, wie die Berechnung zu erfolgen hat, war seinerzeit einziges Ziel zur Berechnung der Mautgebühr. Sie muss so niedrig wie möglich sein. Das ist ein Fetisch, den man in Italien verfolgt, die Autobahngebühr müsste niedrig sein. Das wäre ein tolles politisches Ziel. Ich glaube, das ist kein gutes politisches Ziel, dass sie partout niedrig sein müssen. Kostenwahrheit ist ein gutes politisches Ziel. Nicht Autobahnbetreiber sollen Gewinne erzielen. Die externen Kosten sollen auch Ausdruck in der Maut finden, deshalb müsste man dieser Behörde neue Vorgaben machen. Übrigens diese Vorgaben sind von der vorherigen Regierung. Damit wir uns richtig verstehen, Kollege Nicolini, hier geht es nicht um Ideologie, es ist einfach ein Fehler, ein Ansatz, der schon sehr alt ist. Es war nämlich auch Ziel der vorhergehenden Regierung, immer die Maut sehr niedrig zu halten. Wir sind der Meinung, die Maut hinunter als Ziel allein ist kein guter Ansatz. Es muss das Prinzip "wer verschmutzt zahlt", "chi inquina paga" gelten und entsprechend auch die Maut erhöht werden, um dann die Maßnahmen zu finanzieren und Querfinanzierung für die Schiene zu ermöglichen. Das ist die Diskussion, die wir zurzeit führen. Ich darf sagen, es hat in der letzten Zeit große Fortschritte gegeben. In Bezug auf die 800 Millionen Euro schaut es jetzt so aus, als ob wir eine Formulierung finden damit es für diese Projekte passt. Wo es noch Schwierigkeiten gibt, ist diese Vorgaben der Aufsichtsbehörde ART, die

eben unabhängig ist, die diese Berechnungsmethode macht, wo wir einfach politisch Grenzen haben zu sagen: wir wollen eigentlich eine Umweltmaut. Die ART sagt, nein, die Maut muss so berechnet werden. Hier haben wir noch einen Knackpunkt. Das sind die Themen, warum es nicht weitergeht. Es geht sicher nicht, wie immer wieder behauptet wird, um irgendwelche "poltrone", es ist eine Inhouse-Gesellschaft, wo die Vertreter, die vom Staat und von den Regionen nominiert werden, paritätisch drinnen sitzen. Also darum geht es sicher nicht.

Letztes noch, ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag. Das hilft uns auch beim Verkehrsministerium auf die Dringlichkeit der Verabschiedung der neuen Version von Art. 6, Abs. 4, der Straßenverkehrsordnung zu pochen. Die Formulierung Transitschwerverkehr ist keine technische, ich würde sie nicht so interpretieren, man kann auch Warenverkehr daraus machen. Auf jeden Fall teilen wir die Auffassung, es ist das worauf wir hinarbeiten. Wenn ich sagen könnte und das ist ein Wunsch, der gesamte Südtiroler Landtag ist auch dieser Auffassung, dann ist das sicherlich Rückenwind für die Verhandlungen in Rom und auf europäischer Ebene, dieses Ziel zu erreichen. Dankeschön.

AMHOF (SVP): Danke. Ich bedanke mich bei all jenen, die sich an dieser Diskussion beteiligt haben. Es ist eine diskussionswerte Thematik und eine die uns noch lange begleiten wird. Es ist eine riesengroße Herausforderung den Verkehr in den nächsten Jahren so zu kanalisieren, dass er nicht zu einer noch größeren Belastung für unsere Bürgerinnen und Bürger wird. Die meisten der Fragen, die sich im Laufe der Diskussion aufgetan haben, hat der Landeshauptmann beantwortet, wofür ich mich auch herzlich bedanken möchte. Kollege Urzì, Sie haben wahrscheinlich auch verstanden, dass es hier um den Transitverkehr geht und nicht um den Quell- und Zielverkehr. Dieser wäre von dieser Regelung ausgenommen. Es geht einfach in einigen Bereichen nicht ohne Verbote. Das müssen Sie uns einfach zugestehen. Ich gebe dem Abgeordneten Faistnauer Recht, Verbote bringen nichts, wenn sie nicht kontrolliert werden. Ich denke, dass es in der ersten Zeit der Umsetzung dieser Maßnahme auch starke Kontrollen braucht, damit sich die LKW-Fahrer daran gewöhnen und wissen, dass dieses Verbot gilt. Das ist in der ersten Zeit sehr wichtig. Ich denke auch, dass diese Maßnahme eine Maßnahme von vielen sein muss, um eine Entlastung herbeizuführen. Es ist eine Maßnahme. Es gehören Lärmschutzmaßnahmen dazu, es gehört Mauterhöhung dazu, es gehört ein Dosierungssystem dazu, es gehören viele, viele Maßnahmen dazu, um diesem Verkehr Herr zu werden. Vor allem geht es darum, unsere Täler wieder lebenswerter zu machen abseits des ganzen Transitverkehrs, der hier durchzieht. Es geht auch um Sicherheit auf unserer Staatsstraße meines Erachtens, denn wenn wir uns den ganzen LKW-Verkehr auf der Staatsstraße anschauen, der noch verstärkt wird durch das Abfahren der A22, dann erschrecke ich schon manchmal. Wir haben eine Engstelle in Klausen bei der Tunneleinfahrt und Ausfahrt, wo jedes Mal, wenn einem ein LKW begegnet, man schauen muss, wie man heil vorbeikommt. Es gibt wirklich Engstellen und Gefahrenpunkte auf unserer Staatsstraße, wo zwei LKWs nebeneinander nicht Platz haben. Es geht wirklich auch um Sicherheit.

Diese Woche fand unter anderem auch ein interessanter Diskussionsabend statt, bei dem Franz Ploner und ich gemeinsam dabei waren mit der Landeshauptmannstellvertreterin aus Nordtirol, Ingrid Felipe, wo es genau auch um dieses Thema ging und wo auch die europäische Dimension dieser Thematik ganz stark unterstrichen wurde. Wir schaffen es nicht allein, wir schaffen es nur im europäischen Kontext.

Danke für den Hinweis, Kollege Knoll. Ich bitte um die sprachliche Korrektur im ersten Absatz des beschließenden Teils, "Transitschwerfahrzeuge" mit "Transitwarenfahrzeuge" zu ersetzen.

Ich bedanke mich nochmals und hoffe auf eine starke Unterstützung.

PRÄSIDENT: Wie vom Abgeordneten Repetto beantragt, stimmen wir getrennt über Beschlussantrag Nr. 15/18 ab.

Ich eröffne die Abstimmung über die Prämissen: mit 31 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung genehmigt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 1 des beschließenden Teiles mit der Korrektur der Kollegin Amhof, bei der das Wort "Schwerfahrzeugen" mit dem Wort "Warenfahrzeugen" ersetzt wurde: mit 30 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Stimmenthaltung genehmigt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 2 des beschließenden Teiles: mit 30 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Stimmenthaltung genehmigt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 3 des beschließenden Teiles: einstimmig genehmigt.

Vor Beendigung der heutigen Sitzung teile ich Ihnen noch mit, dass gegen das Protokoll der letzten Landtagssitzung, welches zu Beginn der heutigen Sitzung zur Verfügung gestellt wurde, während der laufen-



den Sitzung keine schriftlichen Einwände vorgebracht wurden und dass dasselbe deshalb im Sinne von Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung als genehmigt gilt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ore 16.27 Uhr

**Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:
Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:**

ACHAMMER (24)
ALFREIDER (31, 33, 54)
AMHOF (8, 47, 53, 57, 63)
ATZ TAMMERLE (47)
BESSONE (54)
DEEG (11, 13, 49)
DELLO SBARBA (22, 26, 34)
FAISTNAUER (39, 54, 59)
FOPPA (7, 38, 45)
HOCHGRUBER KUENZER (10)
KNOLL (7, 15, 16, 21, 30, 34, 35, 40, 46, 57)
KÖLLENSPERGER (4, 11, 21, 25)
KOMPATSCHER (35, 60)
LANZ (16, 29, 35, 41, 49)
LEITER REBER (9, 15, 16, 28, 39)
LOCHER (30)
MAIR (44, 50, 53)
NICOLINI (4, 9, 20, 25, 29, 47, 59)
PLONER Alex (53)
REPETTO (4, 10, 14, 33, 53, 58)
RIEDER (6, 12, 46)
STAFFLER (29, 41, 53, 60)
TAUBER (31, 52, 55, 60)
UNTERHOLZNER (28, 32, 48)
URZÌ (9, 14, 16, 22, 34, 36, 48, 52, 58)
VETTORATO (23, 42)
VETTORI (16, 33)